

Grund gehabt haben, wenn die eine Beschwerdekommission verlangt haben. Ganz sicher. Ich darf in dem Zusammenhang nur eines sagen: Alles, was auf dem Gebiet geschieht, geschieht unter Beachtung unserer Geschäftsordnung, unter Beachtung von Gesetzen und vor allem unter Beachtung auch der Mißsprache der Landespersonalvertretung. Das hat es bei euch noch nie gegeben, daß eine Personalvertretung, die in eurer Hand ist, wagen würde, gegen eure Regierung zu stimmen. Unsere Personalvertretung hat sich das vor einiger Zeit getraut, ohne daß ihr der Bart gerüpft wurde oder ähnliches mehr. (Abg. Brandl: „Die trauen sich etwas!“) Selbstverständlich, weil sie in dieser Frage völlig exemt ist und nicht am Gängelband geführt wird. Schauen Sie, Sie wissen selber, daß das, was auf dem Gebiet bei den Verhandlungen im öffentlichen Dienst jetzt geschieht, nicht mehr tragbar erscheint. Wenn man einmal so weit geht, dann frage ich mich, ob das klar oder in Ordnung ist. Das ist das eine.

Aber Sie haben Klage geführt. Es gibt ein russisches Sprichwort: „Kein Wind weht umsonst.“ Ich darf sagen, wie geht es in der Steiermark zu. In den Landesdienst kommen nur die ÖAABler hinein. ÖAABler sind auch Menschen. (Heiterkeit.) Aber nun darf ich noch hinzufügen.

Wenn im Land Landespersonalvertretungswahlen und Dienststellenpersonalvertretungswahlen stattfinden, dann kandidieren dort alle Fraktionen, ohne daß eine Kandidatur gefährdet erscheint oder daß einer wegen einer Unterschrift unter Kuratel gestellt wird. (Abg. Hammerl: „Nicht mehr lange!“ — Landesrat Peltzmann: „Sind eure Vertreter so schlecht?“) Meine Frage: Da haben am 27. März — Herr Kollege Hammerl, jetzt kommt (Abg. Dr. Dorfer: „Hammerl, zuhören!“ — Abg. Dr. Strenitz: „Dorfer auch!“) die Kunstpause, denn jetzt muß er sich sammeln — in den steirischen Gemeinden Gemeindebediensteten- und Vertrauensmännerwahlen stattgefunden. In Deutschlandsberg: 99 abgegebene Stimmen, 99 Sozialisten, Christliche Gewerkschafter — ÖAAB — nichts. (Abg. Schrammel: „Da schau her!“ — Abg. Dr. Strenitz: „Gute Arbeit!“) Gibt es in Deutschlandsberg keine Schwarzen? (Abg. Hammerl: „Nur eine Liste!“ — Abg. Schrammel: „Wie geht denn das?“ — Abg. Dorfer: „Das ist sozialistische Demokratie!“) Lieber Freund Schrammel, so viel Phantasie wirst du wohl haben, wie so etwas entsteht. (Abg. Aichhofer: „War das der Klausner?“) In Eisenerz. (Abg. Dr. Dorfer: „In der Arbeiterkammer haben nur 70 Prozent wählen dürfen!“ — Abg. Ing. Stoisser: „Wart, das ist erst der Anfang, es geht noch weiter!“) Du hast recht, das ist eine lange Liste. In Eisenerz: 148 gültige Stimmen, 148 sozialistische Gewerkschafter. (ÖVP: „Ah!“ — Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Das ist nie in der Handelskammer!“) Ich frage mich, gibt es in Eisenerz keine ÖVP-Wähler? In Judenburg, Stadtamt: 107 gültige Stimmen, 107 Sozialisten. In Judenburg gibt es keine Schwarzen? (Abg. Schrammel: „Das ist Demokratie!“) In Kapfenberg — Seppl Gruber halt dich an: 389 abgegebene Stimmen, 389 Sozialisten. (ÖVP: „Ah!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Das ist in Ordnung!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) In Knittelfeld, Herr Bürgermeister Pichler: 151 gültige Stimmen, 151 Sozialisten. (Abg. Dr. Dorfer:

„Bravo! Das ist sozialistische Demokratie!“) In Kindberg: 108 gültige Stimmen, 108 Sozialisten. (Abg. Ileschitz: „Wie schaut es denn in Leibnitz aus?“ — Abg. Dr. Dorfer: „Das ist Betriebsterror, sonst gar nichts!“ — Abg. Ileschitz: „In Fürstenfeld, in Radkersburg?“ — Abg. Preamberger: „Sagen Sie das nicht?“ — Abg. Schrammel: „Das ist halt unangenehm für Sie!“) Ich will Sie nicht langweilen, aber ich könnte jetzt abendfüllend weiter aufzählen. (Abg. Dr. Dorfer: „30 Prozent waren bei der Arbeiterkammer nicht im Wählerverzeichnis. Das hat es in der Handelskammer nicht gegeben! Das ist sozialistische Demokratie!“) Franz Ileschitz, ich habe es bald nicht gefunden: Betriebsratswahlen der Kammer für Arbeiter und Angestellte am 10. November 1975 (Abg. Ileschitz: „Mich interessiert ja Leibnitz!“): abgegebene Stimmen 177, abgegebene gültige Stimmen 161, SPÖ 161. (Abg. Ileschitz: „Und wie schaut es in der Handelskammer aus?“) Frage den Peltzmann, da bin ich nicht zuständig. (Landesrat Peltzmann: „100 Prozent haben wir da nicht!“) Ich will nur sagen, das führt zu nichts, wenn wir uns gegenseitig solche Vorträge halten. (Abg. Ileschitz: „Wie schaut es in Hartberg, Fürstenfeld und Leibnitz aus?“ — Abg. Ing. Turek: „Für uns ist es interessant!“) Sie können dann weiter Einsicht nehmen, ich sage nicht alles. (Abg. Ing. Turek: „Wenn man im Glashaus sitzt, soll man nicht mit Steinen werfen!“) Ich bemerke nur in diesem Zusammenhang, daß es nicht gut ist, mit Steinen zu werfen, wenn man in so einem empfindlichen Glashaus sitzt und ich könnte jetzt fortsetzen, weil da ein Wort gefallen ist, etwa die Gemeinde Wien oder die Österreichischen Bundesbahnen und so fort und so fort. Da gäbe es manches zu sagen, wo wir zweifelsohne uns auch die Frage vorlegen müßten, wie sich so etwas tut.

Ich erkläre Ihnen nochmals verbindlich: Die Einstellung im Landesdienst geht nach den notwendigen geschäftsordnungsmäßigen Bedingungen vor sich. Und jetzt verstehe ich eine Empfindsamkeit, die leuchtet mir ein — es ist eine Betriebsratswahl im Landeskrankenhaus Graz gewesen —, ich kann es mir nicht ersparen, daß ich es hier sage — da hat es einen beachtlichen Erfolg des ÖAAB gegeben. Da sagten mir unsere Leute, als ich sie fragte, was der Grund für diesen Erfolg ist: Es haben uns wenigstens verlässlich auch 120 sozialistische Mitglieder gewählt. (Beifall bei der ÖVP.) Daraufhin fragte ich: „Ja warum, das muß ja auch einen Grund haben.“ (Abg. Aichhofer: „Die haben das 40. Lebensjahr vollendet!“) Worin liegt denn der Grund? Der Grund liegt darin, daß man halt die richtigen Kandidaten haben muß. Wenn man aber so — wie man sagt — Radikalinski hat ... Untersuchen Sie Ihre Leute draußen, das ist nicht meine Sorge, meinemwegen könnt ihr sie kandidieren lassen bis zum Jahre 2000, ich werde mich da nicht aufregen, aber ich kann nur eines sagen — dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn solche Dinge passieren. Aber dann dürfen Sie vor allem eines nicht: die Personalpolitik des Wegart dafür verantwortlich machen. Denn ich bin nicht draußen gewesen und habe ihnen zugeredet, sie sollen uns wählen. Der Kollege Sebastian war draußen, genützt hat es nichts. (Heiterkeit bei der ÖVP und FPÖ. — Erster Landeshauptmannstell-

vertreter Sebastian: „Ich war nur Ohren behandeln draußen und nicht bei der Versammlung!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Beim Ohrenbehandeln läßt sich halt auch etwas politisch unterbringen. Aber bitte, ich kann nur sagen, dann haben Sie ganz ernst zu prüfen, warum diese Ursachen da sind. Sie werden es sicher auch gemacht haben, aber Sie können es sich nicht so einfach machen und sagen: „Na ja, ich — der Wegart — sehe die Leute gar nicht, ich habe gar keine Zeit dazu, es wäre gar nicht möglich und denkbar, weil ja dort nahezu 5000 Beschäftigte sind, glauben Sie, daß das der Referent allein machen kann, undenkbar!“ (Abg. Gratsch: „Sie haben selbst gesagt, Sie werden nicht polemisch, Herr Landeshauptmann?“) Wissen Sie, worauf ich warte, was Ihnen bis zur Stunde nicht gelungen ist, daß Sie einmal aufgestanden wären und gesagt hätten: „Der Wegart hat gesagt, der muß dem ÖAAB beitreten, dann wird er eingestellt.“ Bringen Sie mir ein solches Beispiel. Sie sind nicht in der Lage, weil Sie genau wissen, daß das nicht möglich und denkbar ist. (Abg. Brandl: „So ungeschickt ist er nicht!“ — Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Er hat ja Hunde, die bellen. Er braucht nicht selber bellen!“ — Abg. Ileschitz: „Und nicht selber beißen!“ — Abg. Preamsberger: „Er hat ja Hunde!“) Mein lieber Preamsberger, Waagner-Biro, da wäre ich jetzt dran. Ich will nichts reden. (Abg. Preamsberger: „Jetzt brauchen Sie nur sagen, ich bin auch undemokratisch!“)

Ja, meine Damen und Herren, ich mußte dazu ein Wort sagen, weil ich der Auffassung bin, daß auch das dazugehört. Ich darf Ihnen nur eines sagen: Die Personalpolitik des Landes geht ihren geraden Weg, das beweist sich nicht zuletzt auch dadurch, daß wir die Beschlüsse über Personalangelegenheiten in der Landesregierung, mit Ausnahme von 4 Fällen in 5 Jahren, einstimmig gefaßt haben, daß kein Gegensatz bestanden hat und daß wir auf Wünsche, die stattgefunden haben, so weit als möglich eingegangen sind. Wenn aber gesagt wird, ich habe auf den Brief nicht positiv reagiert oder ich habe ihn abgelehnt, dann darf ich Ihnen eines sagen: Vom Landeshauptmann angefangen bis zum Kollegen Dr. Krainer flattern Briefe auf meinen Schreibtisch und es ist mir nicht möglich, zu sagen, dies und jenes wird aufrecht erledigt, weil wir es einfach auch aus Gründen der Personalbewirtschaftung nicht anders können. Wir haben auch unseren Teil dazu beigetragen, daß wir bei den Einsparungsmaßnahmen im heurigen Jahr 37 Millionen Schilling bei den Löhnen und Gehältern eingespart haben und 14 Millionen Schilling nahezu bei den Dienstreisen. Auch das war ein Beitrag für jene sparsame Personalwirtschaft und für das Vogehen, das der Landtag und die steirische Öffentlichkeit von uns mit Recht verlangen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit hier allen Bediensteten ein herzliches Danke sagen. Wir sind stolz auf unsere Beamten und auf ihre Leistung. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Zweiter Präsident: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann Dr. Niederl.

Landeshauptmann Dr. Niederl: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Im Rahmen der Gruppe 0, Herr Kollege Dr. Klausner — ich glaube er ist nicht hier — sind eine Reihe neuer Aufgaben und die Gruppe 0 ist die breiteste Basis, die wir überhaupt haben, daher muß ich mich auch zu Wort melden. Was Kollege Wegart hier betont hat, muß man, glaube ich, auch erstner betrachten. Ich könnte fast sagen, wir müßten drei Tage diskutieren über das Für und Wider von Personalpolitik in jenen oder in anderen Betrieben. Wir erkennen vielleicht daraus eines, das möchte ich sehr objektiv sagen, daß wir noch ein Stückerl Weg zur Demokratie hin haben. Denn wenn die Wahlergebnisse der Stadtgemeinden hier verlesen wurden, kann doch kein Mensch sagen, daß es immer demokratisch zugeht. Ich habe während meiner Wahlturnee vor dem 5. Oktober einen Betrieb besucht, und alle sind mir mit einem roten Einser begegnet. Da habe ich nichts auszusetzen, selbstverständlich kann das jeder machen. (Abg. Brandl: „Warum nicht?“) Nun einen habe ich sehr gut gekannt, der war Mitglied des ÖAAB, das weiß ich. Ich habe ihn daraufhin gefragt: „Ja warum tragen Sie den Einser?“ Und er hat mir darauf gesagt: „Es ist leider ein Befehl des Betriebsrates gewesen.“ (Abg. Preamsberger: „So etwas gibt es nicht Herr Landeshauptmann! So etwas gibt es nicht!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Meine sehr verehrten Damen und Herren, daher glaube ich, ist es notwendig, daß man über diese Dinge in einer ruhigen Stunde hier in diesem Haus redet und ein bißchen von der Demokratie lernt. Ich nehme gar niemanden aus, meine sehr verehrten Anwesenden.

Schauen Sie, der Herr Landespartei sekretär hat einen einzigen Angriff gegen mich losgelassen. Ich sitze unter keinem Glas. Ich fühle mich sogar geehrt, daß Sie mich so oft genannt haben, Herr Landespartei sekretär. Ich habe auch im „Stenographischen Protokoll“ nachgelesen. Es ist seit 1945 nie passiert, daß ein Landeshauptmann dieses Hauses so angegriffen wurde. Ich möchte fast Ihre Kollegen der Landesregierung als Zeugen aufrufen, daß ich noch nie im Laufe meiner vierjährigen Tätigkeit — heute sind es zufällig 4 Jahre (Beifall bei der ÖVP und FPÖ) —, als Landeshauptmann die Bereitschaft zu Kooperation, zu einer guten demokratischen Auseinandersetzung missen ließ, daß Beschlüsse von mir immer nur dann gefaßt wurden, wenn eine eingehende Diskussion geführt wurde. Ich glaube, es ist nicht ganz gut, wenn man Personalangriffe zur Tagesordnung macht. Wenn das der Inhalt der Budgetdebatte werden sollte, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann wird sie sich auf Bahnen bewegen, die wir alle miteinander nicht wollen. Ich möchte das nur eingangs sagen.

Kritik ist sicher notwendig. (Abg. Dr. Strenitz: „Aber Sie darf nicht den Landeshauptmann treffen!“) Das wollen wir nicht abstreiten. Dem pflichte ich bei. Sie spornt uns letzten Endes an. Sie gibt uns zu neuen Überlegungen Anlaß, zumindest in der Steiermark, meine sehr verehrten Damen und Herren. Aber Kritik nur um der Kritik willen ist nutzlos und sie dient niemandem. Das möchte ich Ihnen auch sagen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Gratsch: „Das ist unfair, Herr Landeshauptmann!“)

Ich möchte doch auf die Generalrede und auch auf die Ausführungen des Landespartei sekretärs

Gratsch eingehen. Das Schlußwort, Herr Abgeordneter Präsident Ileschitz, habe ich versäumt. Ich möchte jetzt nicht auf die Wortverwechslungen hinspielen. Das kann jedem passieren, das ist menschlich und versöhnt auch. Das soll man gar nicht zur Diskussion stellen. Das passiert jedem Menschen. Das Schlußwort war gut. Aber vorher. In diesem Land geschah und geschieht überhaupt nichts, wenn man diese Rede gehört hat. (Abg. Dr. Strenitz: „Das hat ja niemand gesagt!“) Der Bund leistet seit 1970, der Gewerkschaftsbund und die Arbeiterkammer tragen dazu bei. Das waren die Schlußfolgerungen. So ist die Zusammenfassung dieser Generalrede gewesen. Ein rückständiges Land, ein vom personellen Terror erschüttertes Land. Das gibt es nur bei uns, nirgends anders. Unfähigkeit ist am Platz bei allen politischen Referenten. Glauben Sie das alles wirklich, was hier gesagt wurde? Wenn Sie es glauben, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann stehen wir auf und gehen hinaus in die Herren-gasse und fragen die Frauen und Männer, die draußen gehen, ob das stimmt, was hier gesagt wird, daß gar nichts geschehen ist. Eines ist klar. Seit 1945 wurde vieles geleistet, auch in diesem Land; mit allen Problemen, die vorhanden sind, in der Struktur, im Regionalen genauso wie im menschlichen Verkraften. Wir wollen nichts beschönigen. Es ist ein blühendes Land geworden im Jahr 1975. Das hat kein politischer Referent gemacht und auch kein Abgeordneter, sondern alle miteinander. Wir haben höchstens mitgeholfen. Es waren die Steierinnen und Steirer, die dieses Land dazu gemacht haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Fast 100 Prozent der Sachentscheidungen in diesem Haus, in der Landesregierung sind einstimmig gefaßt worden. Wir sollen das nicht vergessen in der Diskussion, die ein bißchen abgeglitten ist in Bereiche, die mir persönlich nicht ganz taugen. Das sage ich Ihnen auch.

Nun zu einigen Fragen, die hier angeschnitten worden sind. Herr Abgeordneter Klobasa, ich möchte Bezug nehmen auf diese gewerbliche Betriebsanlage in Mühlendorf. Der Bürgermeister hat es bewilligt, der Gemeinderat hat die Bewilligung aufgehoben, die Bezirkshauptmannschaft hat es noch nicht durchgeführt. Es ist anhängig und es sind Anrainer beschwerden da. Sie sind auch zu mir gekommen. Es wurde ein Förderungsdarlehen bewilligt unter der Bedingung, daß die Betriebsanlage genehmigt wird. Sie ist nicht genehmigt und daher kann er sie nicht betreiben. Wenn er sie trotzdem betreibt, wird er bestraft. Das ist die einzige Möglichkeit, die wir derzeit in der Republik Österreich haben.

Zweitens zu den Vorwahlen. Es wurde hier von Manipulation gesprochen. Ich möchte gleich vorweg-sagen, diese Vorwahlen sind parteiinterne Angelegenheiten. Die Sozialistische Partei hat Vorwahlen durchgeführt. Die ÖVP hat Vorwahlen durchgeführt. (Abg. Gratsch: „Auf den Unterschied kommt es an!“) Ganz genau weiß ich es nicht von der Freiheitlichen Partei. (Abg. Ing. Turek: „Auch!“) Auch durchgeführt. (Landesrat Bammer: „Da hat der Alexander den Götz gefragt!“) Sie sind in erster Linie parteiinterne Angelegenheiten. Manipulation

ist ein sehr gefährliches Wort. Man muß den Nachweis erbringen, wo manipuliert wurde. Ich lade den Herrn Landespartei sekretär der Sozialistischen Partei in die Landesparteileitung der ÖVP ein. (Abg. Ing. Turek: „Dort wird er hinausgeschmissen!“) Nein, er wird nicht hinausgeschmissen. Gar keine Rede. Er kann dort Akt für Akt durchsehen und mir sagen, wo eine Manipulation stattgefunden hat. Daß Werbungen stattfinden können, das soll man doch niemandem verdenken. (Abg. Gratsch: „Im Sekretariat der ÖVP soll sich feststellen, ob manipuliert wurde?“) Sie können auch zu mir kommen. Ich komme auch zu Ihnen hin, wenn Sie wollen. (Abg. Gratsch: „Das ist ja dasselbe!“) Ich möchte Ihnen eines sagen. Über den Gesetzesentwurf kann man diskutieren. Man kann sagen, das ist ein schlechter Entwurf, er wird verworfen, er wird im Ausschuß zurückgestellt, da muß man vieles neu machen. Der Gesetzesentwurf hat gar keinen anderen Sinn, als das auf eine legale Basis zu stellen, was die politischen Parteien nun intern machen. Wenn nun die Junge ÖVP im „Orizont“ ihre Äußerungen macht, so habe ich nichts dagegen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Bei uns gilt die Redefreiheit. Das muß ich gleich dazusagen. Ich weiß nicht, wie es bei Ihnen ist. Bei uns kann jeder sagen, was er will. (Abg. Gratsch: „Nur die Nummer ist angezogen worden!“ — Abg. Ing. Turek: „Aber der Dr. Maitz ist sauer darüber!“) Glauben Sie, ich habe eine Freude darüber. (Heiterkeit.) Ich möchte eines feststellen: Natürlich kann jeder sagen, was er will. (Landesrat Bammer: „Aber es nützt nichts!“) Die Beschlüsse für die Vorwahlen waren einstimmig. Sie sind parteiintern gefaßt worden. Es waren alle dabei. Wenn Manipulation stattgefunden hat, muß es einer nachweisen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Der Dr. Dorfer sitzt ja da!“) Die Vorwahlen sind groß angekommen. Sie haben eine große Beachtung gefunden und natürlich, wenn einer so weit ist, daß er für sich wirbt, dann sind wir in der Demokratie sehr weit. Vielleicht kommen wir noch ein bißchen weiter, daß die Vorwahlen eine gesetzliche Basis finden und daß wir letzten Endes dann auf dieser Gesetzesbasis diese Vorwahlen auch durchführen können.

Der Landesentwicklungsplan wurde 25 mal genannt. Er ist im Entwurf fertig. Es wurden auch Teile ausgesendet. Kollege Sebastian hat gesagt, es ist eine Abschreibearbeit. Das ist eine Sache, die jeder beurteilen kann. Natürlich ist die Beurteilung anders. Der Landesentwicklungsplan ist eine ungeheure Sache. Das ist mehr als eine Bauordnung, mehr als ein Landarbeiterkammergesetz und das haben wir jahrelang verhandelt. Es ist eine große Sache. Es wird das erste Mal in diesem Land der Versuch unternommen, alle Programme der politischen Parteien zu integrieren, soweit die Möglichkeit dazu besteht. Daß das nicht einfach ist, daß das Arbeit braucht, daß die Beamten hier wirklich Gutes geleistet haben, das muß man wohl sagen. Es ist natürlich eine politische Entscheidung dabei. Es wird sich die Landesregierung genauso wie der Landtag ausgiebig damit befassen müssen. Es wird harte Diskussionen und sicher auch Konfrontationen geben, weil es nicht möglich sein kann, aus der politischen Ideologie heraus einer Meinung zu sein.

Aber da man nun sagt: „Wann kommt er endlich?“, meine sehr verehrten Damen und Herren, da muß man wohl auch eines betonen, daß es eine ungeheure Arbeit ist und daß es noch einiger Vorarbeiten bedarf. Die politischen Besprechungen werden sicher stattfinden und Landesregierung und Landtag werden damit letzten Endes befaßt werden.

Nun zur Mursanierung. Ich muß da doch noch Bezug nehmen auf die Generalrede. Es paßt nämlich hier zum Umweltschutz hinein. Herr Abgeordneter Hleschitz, daß alle etwas getan haben und nur das Land Steiermark nicht, da staune ich nur. (Abg. Hleschitz: „Ich habe ja gesagt was das Land getan hat!“) Ich könnte Ihnen den Briefwechsel vorlegen, den ich mit Minister Moser gehabt habe, daß es dazu gekommen ist, daß letzten Endes das Projekt Leykam-Josefstal untergebracht werden konnte. Ich möchte nicht einmal dem Minister Moser die Schuld geben, sondern es waren die Bundesländer, die ein Hemmschuh gewesen sind. Das sage ich Ihnen auch ganz offen. In einem Umlaufverfahren mußten wir mühselig erreichen, daß die acht anderen Bundesländer letzten Endes gesagt haben, nehmen wir Leykam-Josefstal dran, wenn dann irgendwo anders ein Projekt zum Zuge kommt. So ist die Wirklichkeit und das Land Steiermark hat den bescheidenen Beitrag — ich darf das wohl so sagen — dazu geleistet.

Nun zum Wasserwirtschaftsfonds möchte ich nur eine Bemerkung machen. Eine positive Einrichtung, die wir alle begrüßen. Gott sei Dank haben wir sie, was täten die Gemeinden heute mit den Wasserversorgungs- und Abwässeranlagen. Schade ist nur das eine, daß die Müllbeseitigung noch nicht Eingang gefunden hat. Aber wir müssen doch auch feststellen, daß von Anfang Jänner 1974 bis 19. Dezember 1975 keine Sitzung stattgefunden hat, daß man zwei Jahre ausgelassen hat. Ich bin selbst Mitglied dieses Wasserwirtschaftsfonds und klein gedruckt ist dort gestanden, daß es für zwei Jahre und nicht für ein Jahr gilt. Auf einmal ist höchste Aufregung im gesamten Wasserwirtschaftsfonds und man hat das damals eben mit finanziellen Schwierigkeiten beantwortet, die ja da sind, man muß auch das ehrlich sagen. Am 19. Dezember 1975 sind ungefähr zwei Drittel aller Vorhaben nicht aufgenommen worden, die wir beantragt haben, trotz der Summe, die Sie genannt haben, die beachtlich ist, aber es ist eine ungeheure Anforderung eben da, die wir nicht beseitigen können.

Nun zur Müllbeseitigung. Auch ein Thema, das hier angeschnitten wurde. Schauen Sie, die dauernden Kontakte, die wir mit den Bürgermeistern unseres Landes bei jeder sich bietenden Gelegenheit haben, ermöglichen es immer wieder, die kommunalen Anliegen als solche eben zu beachten, sei es Schulbau, sei es Kindergartenbau oder sei es eben der Wegbau und zum Dritten auch die Wasserversorgungsanlagen, letzten Endes auch die Kanalisationsanlagen, um eben einige Beispiele zu nennen. Ein Problem wird in vielen Gemeinden zum Problem Nr. 1 und das ist die Müllbeseitigung. Ich möchte das klipp und klar sagen. Auf dem Sektor des Umweltschutzes haben wir darüber sehr viel getan, das muß man auch hier feststellen. Um diesen Weg eben fortzusetzen, die Müllbeseitigung zu er-

leichtern, hat der Landtag das Abfallbeseitigungsgesetz im Vorjahr beschlossen und eben auch einen neuen Ausschuß, der sich Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz nennt, konstituiert. Gerade in seiner letzten Sitzung, an der auch der Landeshygieniker der Steiermark, Herr Univ.-Prof. Dr. Josef Möse, mit seinem Mitarbeiterstab teilgenommen hat, wurden sehr bemerkenswerte Maßnahmen ins Auge gefaßt, die nicht nur einer verbesserten Information der Gemeinden und Abgeordneten, sondern auch einer bestmöglichen Koordinierung zwischen den Gemeinden, dem Landeshygieniker und den Landesdienststellen dienen sollen. Es besteht kein Zweifel, daß die Gemeinden nach der Rechtslage berufen sind, die Müllbeseitigung in ihre Obsorge zu nehmen. Das schreibt uns die Österreichische Bundesverfassung vor, es ist eigener Wirkungsbereich der Gemeinden. Vom Land aus wird hier sehr ausgiebig mitgeholfen und das Land hat daher vor rund zehn Jahren bereits den Auftrag erteilt, eine Generalmüllstudie in Auftrag zu geben, auf deren Basis Detailstudien für die einzelnen Teile des Landes entweder schon erarbeitet worden sind, oder vor dem Abschluß stehen. Nach diesem steirischen Müllplan ist die Beseitigung des anfallenden Mülls in elf Regionalanlagen vorgesehen, wobei stets ein entsprechender Spielraum offen geblieben ist, um sowohl der technischen Entwicklung als auch selbstverständlich den Anliegen der Bevölkerung Rechnung tragen zu können. Eines möchte ich feststellen: Die Initiativen zum Bau einer Anlage kann nicht vom Land ausgehen, sondern muß von der betreffenden Region ausgehen. Das Land gibt gerne den Anstoß dazu, das Land ist auch gerne bereit, bei der Finanzierung zu helfen, was wir auch schon wiederholt, beispielsweise bei den beiden obersteirischen Müllverbrennungsanlagen unter Beweis gestellt haben. Das Land ist auch gerne bereit, die Gemeinden zu beraten. Die Bestimmung der einzelnen Standorte muß in der Praxis gemeinsam mit den Gemeinden und der Gemeindebevölkerung erfolgen, denn anders geht es nicht. Und ich sage Ihnen gleich, der Teufel liegt hier im Detail, nicht in generellen Aussagen. Es nützt weder eine gesicherte Finanzierung, noch das schönste Stück Plan, wenn man sich nicht einigen kann, wo die Müllbeseitigung letzten Endes stehen soll. Es gibt dafür konkrete Beispiele. Obwohl das Land die Detailstudie für verschiedene Räume fertiggestellt hat und obwohl entsprechende Landesmittel nicht nur zugesichert, sondern auch bereitgestellt waren, ist es in diesen Regionen nicht gelungen, einen Standort zu finden. Die Anlagen könnten schon längst in Betrieb sein. Gewiß, ich möchte eines sagen, es gibt keine ideale Lösung für die Beseitigung des Mülls, sei es geordnete Deponie, sei es Verrottung oder sei es in Form einer Veraschungsanlage, jedes System hat seine Vor- und Nachteile, die gegenüberzustellen sind. Es gibt aber schon im Ausland, aber auch im Inland zahlreiche Erfahrungen, die wir uns nutzbar machen können. Wir verdanken der Presse gerade auf dem Sektor des Umweltschutzes sehr viel. Das gezeigte Verantwortungsbewußtsein, darum bitte ich an dieser Stelle besonders, möge daher insbesondere in der Berichterstattung über geplante Abfallbeseitigungsanlagen zum Tragen kommen, damit bei Ab-

wägung der Interessen nicht Sachlichkeit der Emotion gegenübergestellt wird und die Sachlichkeit der Emotion zum Opfer fällt. Selbstverständlich ist auch hier Kritik notwendig, von wem sie auch immer kommen mag, wenn sie nur konstruktiv ist. Wir haben auch im Landesvoranschlag für das Jahr 1976 für die Müllbeseitigung entsprechende Subventionen veranschlagt. Die Vorarbeiten für Müllbeseitigungsanlagen im oberen Ennstal, in der Region Weiz und auch in Halbenrain nehmen konkretere Formen an, so daß uns das kommende Jahr ein gutes Stück weiterbringen wird, wobei ich noch einmal betonen möchte, das Land ist Förderungs- und Genehmigungsbehörde und nichts anderes ist Aufgabe des Landes, das möchte ich ausdrücklich hier noch einmal sagen. Bei allen drei Anlagen, die ich beispielsweise genannt habe, handelt es sich um Regionalanlagen, wenn auch immer wieder vereinzelt die Meinung auftritt, daß Halbenrain z. B. im Zusammenhang mit dem Namen einer Firma eine Zentrallösung ist. Diese Firma vertritt im übrigen nur ein spezielles Transportsystem in Form von Eisenbahncontainern, nicht aber die Art der eigentlichen Müllbeseitigung. Halbenrain ist bei weitem keine gesamtsteirische Lösung, sondern eher eine Lösung für die Region Radkersburg und allenfalls auch für die angrenzenden Bezirke. Im Wasserrechtsbescheid ist ausdrücklich festgehalten, daß die Anlage — und ich zitiere das wörtlich —: „eine Regionallösung im Rahmen der Müllstudie für das Land Steiermark darstellt“. Ich sage das deshalb so eindringlich, weil es leicht ist zu sagen, daß der Müll beseitigt werden muß, aber es fast nirgends möglich ist, tatsächlich jenen Standort zu finden, an dem letzten Endes die Müllbeseitigungsanlage auch hinkommen kann. Ich erinnere auch an den Bezirk Mürzzuschlag, wo die Finanzierung und alles klar ist, nur wo soll diese Müllanlage stehen?

Zur Gruppe 0 möchte ich aber doch noch einiges sagen. Schauen Sie, durch die organisatorischen Vereinfachungen, auch durch technische Mittel und durch ein gesteigertes kostenbewußtes Denken konnten die Explosionen auf dem Kostensektor — und das wird mir Kollege Klauser sicher bestätigen — und auch auf dem Personalsektor doch eingeschränkt werden. Diese allgemeine Feststellung wird durch den Sparbericht bewiesen, der der Landesregierung und auch diesem Hohen Haus zugeleitet wird, da ein diesbezüglicher Antrag vorliegt. Jedenfalls konnten aus dem Gang der Verwaltung heraus über 50 Millionen Schilling im abgelaufenen Jahr eingespart werden und ich möchte allen danken, die dabei mitgewirkt haben. Es war eine Vielzahl kleiner Schritte zu setzen und ich danke vor allem jenen, die Initiativen ergriffen haben und mit gutem Beispiel vorangegangen sind. Die noch etwas zögerten und mißtrauisch waren, die bitte ich sehr, sich im nächsten Jahr auch anzuschließen. Und ich nehme an, wir werden noch in einer der nächsten Landtagssitzungen Zeit und Gelegenheit haben, darüber zu diskutieren, weil es sich ja hier um einen Landtagsantrag handelt.

In diesem Zusammenhang noch eines. Über 1200 Landesbedienstete haben sich im abgelaufenen Jahr einer freiwilligen Fortbildung unterworfen. Auch eine Reihe von Spezialseminaren zur Aufstockung

des fachlichen Wissens wurden durchgeführt, in Blickrichtung auf größere Probleme, die auf uns zukommen. Ich habe weiters veranlaßt, daß eine Vertiefung der Kenntnisse auf wirtschaftlichem und hier vor allem auf betriebswirtschaftlichem Gebiet erfolgt. Ein eigenes Handbuch „Steirisches Verwaltungsmanagement“ ist erschienen. Daraus sehen Sie, daß die heranwachsende Generation sich mit gesteigertem Interesse mit den Problemen und Handlungsweisen vertraut macht, die sie in die Lage versetzen, ihre Aufgaben zu lösen. Noch in der jüngsten Vergangenheit mußte um die Kosten-Nutzen-Rechnung gestritten werden. Heute ist das zur Selbstverständlichkeit geworden. Hier möchte ich bemerken, daß Personen und Verwaltung immer wieder mühselig ein Mosaik zusammengetragen haben, damit wir solche Grundlagen verfügbar machen. Alles in allem zeigt uns das, daß bei uns kein Stillstand anzutreffen ist, sondern, wie ich glaube, eine positive Bewegung im Gange ist.

Abschließend auch ein Wort zur elektronischen Datenverarbeitung, die auch in diese Gruppe hineingehört. Mit Ablauf dieses Jahres werden neue Entscheidungen getroffen werden. Die Unterlagen hierfür sind verfügbar, gutachtliche Äußerungen, Bedarfserfassungen und Ausschreibungsunterlagen, um Kostengrößen feststellen zu können. Eine recht wertvolle Steigerung der Kapazität der Landesverwaltung ergibt sich durch den Einsatz mittlerer Anlagen und neuerlich auch durch eine Textverarbeitungsmaschine. Alles dient dem Ziel, jene Instrumente und Mittel verfügbar zu machen, um nicht mit steigendem, sondern wenigstens mit gleichbleibendem Aufwand gezielt anvisierte Schwerpunkte und auch Sofortmaßnahmen bewältigen zu können. Wie sehr dies der Aktions- und Handlungsfähigkeit der Regierung dienlich ist, vermag jedermann zu erkennen.

Natürlich ist der Fortschritt in einzelnen Zweigen der Landesverwaltung unterschiedlich. Insgesamt kann jedoch von einer sehr positiven Beurteilung ausgegangen werden. Ich hoffe, daß wir die neue Kanzleiordnung, die schon aufgelegt ist, bald beschließen können. Damit hätten wir ein modernes Instrument in der Administration, welches zumindest für dieses Jahrhundert die erforderlichen Maßstäbe setzt.

Zum Schluß, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich doch noch eines sagen, was sich auf die Generalrede bezieht. Schauen Sie, Herr Abgeordneter Präsident Heschitz. Sie haben gemeint, daß Doktor Taus voll des Lobes gegenüber der Bundesregierung war, bevor er Bundesparteiobmann war. Vorher war es genau gleich. Bundeskanzler Dr. Kreisky war voll des Lobes gegenüber Dr. Taus bis zum Augenblick als Dr. Taus Bundesparteiobmann geworden ist. Dann war es aus. Ich war selbst einmal beim Bundeskanzler, als er gemeint hat: „In Sachfragen der verstaatlichten Industrie wird man natürlich mit Dr. Taus reden müssen.“ Es ist damals um die Besetzung der einzelnen Funktionen gegangen. Aber solche Meinungsänderungen sind im Gange. Ich möchte sie nicht weiter verfolgen in diesem Haus, denn sie gehören nicht hierher.

Ich wurde als Briefschreiber bezeichnet. Ich bin deshalb nicht böse. Es gibt mehrere Ausdrucksmittel.

Entweder schreibt man Briefe, man redet, man telefoniert oder man hat ein Massenmedium. Das sind die Ausdrucksmittel. Ich werde die Briefe auch in Zukunft an den Herrn Bundeskanzler und an die Minister schreiben, und zwar, wenn es sich um brennende Fragen der Menschen in diesem Land handelt, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.) Hier können Sie nichts herabmachen, belächeln oder eine andere Einstellung höchster Funktionäre zutage bringen. Diese wichtigen Fragen werden von mir immer dargelegt werden in dieser oder jener Form. Das möchte ich hier auch noch einmal zum Ausdruck gebracht haben.

Wir sollen in der Budgetdebatte, die sich heute den ganzen Tag um die Gruppe 0 dreht — nach mir meldet sich der Kollege Sebastian —, gewisse Tatsachen auch nicht verbrämen. Die Fragen der Preiskompetenz, die dargestellt wurden. Die Unklarheiten, die zum Ausdruck kamen. Landesrat Bammer ist Preisreferent. Wir werden uns auseinandersetzen im Land. Diese Kompetenzen, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben mit der Qualifikation der Beamten nichts zu tun. Meine Meinung war: Wenn das in Wien installiert ist und nun in neun Bundesländern extra installiert werden müßte — es gibt einen Antrag auf 14 Beamte — wie schauen wir letzten Endes aus. Man soll genau unterscheiden zwischen klaren sachlichen Aussagen und zwischen dem Unterschwelligen. Genau so unterschwellig wird in Pöfing-Brunn geredet. Ich höre es selber. Ich habe sogar Verwandte dort. Man sagt, der Bundeskanzler hat sich wegen der Schließung der Kohlengruben dort klar ausgedrückt, zu seiner Ehre, zu seiner Anerkennung. Selbstverständlich hat er gesagt, daß die Kohlengruben in Pöfing-Brunn gesperrt werden müssen. In einem Gasthaus in Pöfing-Brunn kam einer zu mir und sagte: „Wissen Sie, wenn der verstorbene Krainer noch wäre, dann wären die Kohlengruben sicher nicht gesperrt worden, aber der Niederl und der junge Krainer sind viel zu schwach, um das aufzuhalten.“ Ich sage das mit allem Ernst deshalb, weil diese unterschwellige Propaganda uns überhaupt nichts nützt. Wenn so etwas notwendig ist und wenn die Bundesregierung als Eigentümer es befindet, dann soll man das abstellen und ich bitte Sie sehr darum.

Denn, meine sehr verehrten Anwesenden, nur dann wird es ein gutes Zusammenwirken zwischen Regierung, Landtag und Verwaltung geben, wenn wir sachlich bleiben, wenn wir unterschwellige Dinge ausschließen. Darum bitte ich Sie. (Beifall bei der ÖVP.)

Zweiter Präsident Gross: Das Wort hat der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter Sebastian. Ich erteile es ihm. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Schlußwort?“)

Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Herr Landeshauptmann!

Kein Schlußwort, aber Sie werden uns doch konzedieren zu dem, was Sie gesagt haben, eine Meinung zu haben. Nur deshalb habe ich mich zu Wort gemeldet. Als ich meine Wortmeldung abgegeben

habe, habe ich gar nicht gewußt, was Sie sagen, sondern wollte den Kollegen Wegart und Turek antworten. Sie haben mich förmlich herausgefordert, jetzt mit dem Zwischenruf „Schlußwort“ noch dazu.

Meine Damen und Herren! Zuerst zu Ihnen, Herr Kollege Turek, zur Frage des Sekretariates und zu Ihrem Appell an uns. Es bedarf Ihres Appells nicht. Sie haben die Frage vollkommen verkannt. (Abg. Ing. Turek: „Aber Sie kratzen die ganze Zeit!“) Warten Sie ab. Haben Sie Geduld. Ich habe Sie ausreden lassen. Es geht darum, daß im Dienstpostenplan für 1975 kein Posten vorgesehen war und daß beide Posten nachträglich, nachdem diesen der Landtag beschlossen hat, hineingekommen sind. Das wir das nicht billigen und dem nicht zustimmen, glaube ich, werden Sie verstehen. Auf diese einfache Formel reduziert sich das. (Abg. Ing. Turek: „Da werden Emotionen sachlich bepinselt!“ — Abg. Heschitz: „Das ist eine Anmaßung!“) Moment. Es möge Ihnen, Herr Kollege, auch zur Kenntnis gebracht werden, daß es noch keinen Beschluß der Landesregierung gibt, daß die beiden angestellt werden. (Abg. Dr. Dorfer: „Da kann aber der Turek nichts dafür!“) Sie arbeiten für sie, aber es gibt keinen Beschluß der Landesregierung, daß die beiden angestellt werden. Da komme ich auf die einstimmigen Beschlüsse. Wir wehren uns dagegen und werden uns dagegen wehren. Das hat nichts damit zu tun, ob Sie jemanden für den Klub bekommen oder nicht.

Zur Frage des Personals und der Personalentwicklung in den Krankenhäusern: Kollege Wegart hat darauf hingewiesen, daß mit dem Ausbau, mit der Verkürzung der Arbeitszeit, mit der Tatsache, daß geistliche Schwestern abgewandert sind, natürlich dort der Personalstand angestiegen ist. Ich glaube, daß sicherlich die finanzielle Entwicklung, Herr Kollege Wegart, nicht sosehr in der Vermehrung des Personals in den Krankenanstalten liegen wird. Jetzt haben wir einen relativen Sättigungsgrad erreicht. Es wird natürlich immer Abgänge geben. Ich glaube, der Zuwachs wird nicht mehr in diesem Ausmaß gegeben sein. Aber der verehrte Kollege Wegart hat sich als alter Routinier über jene Sachen, die es wirklich im personellen Bereich gibt, mit humorvollen Einlagen hinweggerettet. (Heiterkeit.) Reden wir nicht darüber, machen wir einen Witz und die Geschichte ist erledigt. So einfach ist das nicht.

Ich bin davon überzeugt und deshalb haben wir auch die Anträge gestellt, daß viel Mißtrauen abgebaut werden könnte, wenn es bei der Aufnahme dazu käme, daß man wie woanders eine Kommission einrichtet und dort beraten wird, wer aufgenommen wird. Dann wird gerne gesagt, alles einstimmige Beschlüsse bis auf vier. Meine Damen und Herren, wie vollzieht sich denn das? Die Leute werden aufgenommen und deren Aufnahmeanträge sollten zumindest nach sechs Monaten, wenn sie sich bewährt haben, der Regierung zur Beschlußfassung vorgelegt werden. In der Regel werden es neun Monate und noch mehr bis die Regierung überhaupt erfährt, daß der und der in den dauernden Dienst übernommen wird. Dann hat er sich auf jeden Fall in jeder Richtung hin bewährt, und dann kann man nicht mehr nein sagen, weil man auf den Bediensteten Rücksicht nehmen muß. So ist nämlich

die Wirklichkeit und deshalb sollte man, wie das überall woanders der Fall ist, die Leute durch eine Kommission aufnehmen. Wenn sie dann OAABler werden, werden sie OAABler, aber dann ist zumindest ein berechtigtes Mißtrauen abgebaut. Es geht aber auch um andere Dinge, daß dort, wo es um Vorrückungen geht, immer andere besser sind. Wenn sie sagen, die Leute sind punziert, Herr Kollege Turek, sie sind punziert! Nur kommt man hinterher darauf, daß selbst jemand, der die fachliche Qualifikation besitzt, um durch 16 Jahre jemanden zu vertreten, nicht zum Zuge kommt, obwohl der Vertretene auscheidet und der Bedienstete, wie das in der Beamtenhierarchie üblich ist, darauf wartet, dessen Posten zu besetzen. Es kommt dann aber ein anderer, und mit bereiten Worten wird gesagt, warum dieser um so vieles besser ist, oder man bekommt nach wiederholter Intervention ein Schreiben, daß es sich in diesem Fall eben um eine Frau handelt und ein Mann für diesen Posten besser wäre. Vielleicht wird Ihr Antrag dazu führen, daß es ausbleibt, daß eine Frau, die 16 Jahre die Kassenverwaltung im Landesnervenkrankenhaus geführt hat, dann nicht bestellt wird, weil sie nicht die richtige Parteifarbe hat und ihr ein Mann vorgezogen wird. (Abg. Ing. Turek: „Die Diskriminierung!“) Wenn der Kollege Wegart sagt: „Ich schaue mir niemanden an!“, so habe ich schon im Zwischenruf gesagt — das ist der berühmte Witz: — „Er hat auch seinen Hund, der bellt, und der wird genau wissen, wann und wo er bellen muß, er muß das selbst nicht.“ Bei jenen Führungskräften, die etwas zu sagen haben, da holt er sich wohl und sehr gewissenhaft jeden einzelnen in sein Büro schüttelt ihm die Hand und macht ihn aufmerksam, wer künftighin der Brötchengeber ist. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Ein höflicher Mensch bin ich schon immer gewesen!“) Daher habe ich gesagt: Nicht mit einem Witz über die Dinge hinweggehen! So ist die Wirklichkeit, meine Damen und Herren, wenn sie jetzt sagen: in Wien, bei der Eisenbahn und bei der Gemeinde Knittelfeld. (Abg. Pözl: „In Deutschlandsberg, hat es geheißt!“) Haben Sie Geduld. Wir sagen: „Bei der Handelskammer, bei der Bauernkammer, bei der Arbeiterkammer.“ (Abg. Buchberger: „Was ist bei der Bauernkammer!“) Damit werden wir das Problem nicht lösen. (Unverständliche Zwischenrufe.) Die jungen Menschen, die da sitzen, die erwarten nicht, daß wir uns gegenseitig vorwerfen, wie wir es machen, wo man die Macht hat — wie Sie das sagen —, sondern sie erwarten, daß wir hier sitzen und Lösungsvorschläge erstatten, die ein Optimum an Korrektheit bieten und die es den jungen Menschen auch ermöglichen, wenn sie in den Arbeitsprozeß hineinkommen, daß sie nicht zuerst fragen müssen, wie denn der Arbeitgeber aussieht, damit sie das richtige Parteibuch nehmen. Darum geht es und deshalb eine Kommission zur Objektivierung, dann werden — ob bewußt oder unbewußt — Mißverständnisse ausbleiben. Dahin geht unser Bestreben und es tut mir leid, daß der Antrag, den wir gestellt haben, abgelehnt wurde. (Abg. Dr. Eichtinger: „Vielleicht machen Sie den Anfang!“) Sie haben ihn niedergestimmt, haben Sie nicht aufgepaßt? Das sollte Ihnen nicht passieren, Herr Professor. Der ist im Ausschuß niedergestimmt

worden. (Abg. Dr. Eichtinger: „Bei der Arbeiterkammer könnte der Anfang gesetzt werden!“)

Herr Landeshauptmann, weil Sie „Schlußwort“ gesagt haben, Sie können nach mir wieder reden. Aber Sie haben gesagt, noch nie sei ein Landeshauptmann so angegriffen worden. Ein bißchen sind Sie schon empfindlich geworden, muß ich sagen. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Nein! Wieso?“) „Wenn ich denke, was sich in diesem Hause schon abgespielt hat an persönlichen Angriffen, das war schon allerhand. Wenn der Kollege Gratsch zitiert, wie oft Sie, Herr Landeshauptmann, wissentlich vor den Wahlen schon gesagt haben, daß der Entwicklungsplan fertig ist, dann ist das gar kein Angriff auf Sie, sondern eine sachliche Feststellung, daß es diesen Entwicklungsplan eben nicht gibt. Zumindest die Regierung hat ihn noch nicht gesehen und noch nicht beschlossen, obwohl es Äußerungen in der Presse usw. darüber gibt. (Abg. Nigl: „Aber der Kollege Gratsch hat ja gesagt, es soll ein Angriff sein!“) Sie haben wieder nicht aufgepaßt. Der Kollege Klausner hat von etwas anderem, nicht vom Entwicklungsplan gesprochen. (Abg. Nigl: „Nein, nein, ich habe vom Gratsch geredet!“) Herr Landeshauptmann, wenn Sie sagen, daß ich gesagt hätte — ich weiß nicht woher Sie das haben —: „Das ist abgeschrieben!“, so meinen Sie sicher jenen Teil, den wir als Regierungsmitglieder vor der Wahl als Alibihandlung bekommen haben und der den Gesundheitsplan betrifft. Sie haben mich gefragt, was ich dazu meine und ich habe gesagt: „Das ist ja das, was ich vom Deutschen Krankenhausinstitut erarbeiten ließ und von dem der Kollege Piaty gesagt hat, daß es nichts wert ist.“ Das haben Sie mir zugeschickt. Der zweite Teil war eine Bestandaufnahme über die Energie in der Steiermark. Jedermann — jetzt sitzen Sie selbst bei der STEWEAG —, der sich bei der STEWEAG, bei der ODK, beim Verbund erkundigen kann, das, was uns da als Energieperspektiven übermittelt worden ist, aus jedem Buch herauslesen. Aber es ist keine Perspektive für die Zukunft. Daß Sie das als arge persönliche Kritik auffassen, tut mir leid. Das muß man sagen dürfen. Ich muß auch sagen, daß es in diesem Hause schon ganz andere Dinge gegeben hat.

Zur Frage des Briefschreibens: Es ist lobenswert, Herr Landeshauptmann, daß Sie sich — und das ist auch unbestritten — für die Interessen des Landes einsetzen und der Bundesregierung Briefe schreiben. (Abg. Pözl: „Das war jetzt ein römischer Einser!“) Ich muß nur folgendes sagen: Herr Landeshauptmann, auf vielen Gebieten wäre es wünschenswert gewesen, wenn ebenso viele Briefe nicht nur geschrieben, sondern auch gleichzeitig der Presse und dem Rundfunk übergeben worden wären, während es eine OVP-Alleinregierung gegeben hat. Schauen Sie, das macht das ja ein bißchen, ich möchte nicht sagen suspekt, aber es stellt es in ein etwas komisches Licht. Die rote Regierung ist an allem schuld, sie ist ständig schuld am Finanzausgleich — obwohl Sie dem zugestimmt haben — und so geht das fort. Wenn Sie der Regierung schreiben, ist es gut. Aber wenn diese Minister sagen, wenn Sie mir einen Brief schreiben, bin ich nicht neugierig, daß ich diesen gleichzeitig aus der Zeitung lese, dann ist

das eine Usance, die es vorher nicht gegeben hat und nicht sehr zum Bestehen des guten Klimas beiträgt. (Abg. Ileschitz: „Vorher schon in der Zeitung! Wenn vorher so viele Briefe in Straßenangelegenheiten geschrieben worden wäre, wäre nichts dagegen einzuwenden!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Da war er ja nicht Landeshauptmann!“) Herr Kollege, ab 1971 ist er es und seither gibt es eine rote Regierung. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Da waren ja Sie Landeshauptmannstellvertreter, da hätten ja Sie schreiben können!“) Aber wenn auf dem Gebiete des Straßenbaues so viele Briefe geschrieben worden wären unter der ÖVP-Regierung, dann wären wir schon viel weiter. Aber das ist damals nicht geschehen. (Landesrat Bammer: „Warum seid ihr so nervös?“ — Unverständliche Zwischenrufe.) Wenn Sie etwas zu sagen haben, ich habe Zeit, das ist überhaupt keine Frage.

Herr Landeshauptmann, ich tue es nicht gerne, aber ich muß Sie benichtigen. Der Kollege Ileschitz hat in seiner ganzen Rede — sie liegt ja schriftlich vor, es kann ja nachgelesen werden — nie gesagt, daß nichts geschehen sei (ÖVP: „Viel zu wenig!“), er hat nie gesagt, daß unfähig regiert würde. Sie haben sich da gleich wieder auf die einstimmigen Beschlüsse zurückgezogen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Er hat sogar einige Herren namentlich angegriffen!“) Meine Herren, ich muß folgendes sagen (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Er hat nur euch gelobt!“): Er hat gelernt aus den Jahren, wo Sie den Wehrauchkessel geschwungen haben.

Ich möchte nur eines sagen, meine Damen und Herren (Abg. Pözl: „Er hat das Lob bei der Oberlichte hinausgeworfen!“): Ihre Generalredner und Ihre Redner — ich will sie nicht namentlich zitieren — haben der Bundesregierung so viel Kritik, so viel Dummheit und Unfähigkeit vorgeworfen. Sie haben hier behauptet, daß die Bundesregierung nur Unsinn produziert, wie schlecht es uns in Österreich geht, weil sie nur Fehler macht. Danach hätten wir Wirtschaftsfachleute hier im Landtag sitzen, von denen die Bundesregierung lernen könnte. (Beifall bei der ÖVP.) Sie können lernen von dem, was hier an diesem Rednerpult von vermeintlichen Berufenen doziert wurde. Auch hier verstehe ich diese Empfindlichkeit nicht. (Unverständliche Zwischenrufe.)

Zum Schluß möchte ich folgendes sagen: Es ist unbestritten, meine Damen und Herren — und das kann von niemandem wegdiskutiert werden —, daß die Frage der Raumordnung spät, aber doch von Ihnen nach ewigem Drängen von uns auch aufgegriffen wurde und daß wir zu einem Konsens gefunden haben. Viele Dinge, von denen jetzt gesprochen wurde, Müllabfuhr, Müllverbrennung und andere Dinge mehr, hätten früher und leichter in Angriff genommen werden können. Ich war dabei, als es galt, den Mürzverband zu gründen und als wir die Aussprache mit dem damaligen Landeshauptmann gehabt haben. Es ist das als Utopie hingestellt worden, heute sind wir froh, daß dieses Vorhaben damals in Angriff genommen wurde und so zum Wohle unseres Landes gelöst worden ist. (Landesrat Peltzmann: „Aber ohne Hilfe des Landes war das nicht möglich!“) Ich habe weder gesagt, ob geholfen wurde oder nicht, sondern man war

zuerst dagegen. Das ist das Problem, um das es geht.

Zum Schluß: Wir brauchen nicht hinauszugehen, Herr Landeshauptmann, und die Menschen draußen befragen. Es ist unbestritten, daß in diesem Land die Menschen seit 1945 Enormes geleistet haben, wenn ich zurückdenke, wie wir angefangen haben! Es ist unbestritten, daß hier in diesem Haus — da sind wir noch bei den Abgeordneten gesessen — Beschlüsse gefaßt wurden zum Wohle der Menschen in diesem Land. Ich würde mich freuen — da stimmen wir überein —, wenn man weniger von der taktischen Seite her und von dem, was optisch gut ist operiert, sondern selbst bei harter Konfrontation die sachlichen Dinge in den Vordergrund stellen würde. Ich habe Ihnen weit vor dieser heutigen Budgetsitzung gesagt: „Herr Landeshauptmann, die Wahlen sind vorbei, setzen wir uns sachlich mit den Dingen auseinander. Es nützt niemandem etwas, wenn er solche Dinge sagt.“ Stimmt das oder nicht. Da glaube ich, werden wir bei diesen Budegetberatungen weiterkommen, wenn man sich auf das Sachliche, wenn auch Harte in der Kritik beschränkt. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zu dieser Gruppe liegt nicht vor. Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Dr. Stepantschitz: Ich verzichte auf das Schlußwort und stelle noch einmal den Antrag, der Gruppe 0 mit den vorliegenden Ansätzen zuzustimmen.

Präsident: Wer mit den Ansätzen und den Posten der Gruppe 0 einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Danke. Die Gruppe 0 ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 1 „Öffentliche Ordnung und Sicherheit“. Berichterstatter ist Abgeordneter Alois Klobasa. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Klobasa: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren!

Die Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, hat im Budget für das Jahr 1976 an Bedeutung und Größe gegenüber dem letzten Budget wesentlich zugenommen. Schien bisher nur der Zivilschutz in dieser Gruppe auf, so werden in Zukunft auch das Feuerwehrewesen, der Katastrophendienst und die Gewässerschutzmaßnahmen veranschlagt sein. Dies weisen auch die präliminierten Summen aus.

Von 1.950.000 Schilling im Jahr 1975 erweiterten sich die Ausgaben für das Jahr 1976 auf 39.667.000 Schilling, denen Einnahmen von 3.549.000 Schilling gegenüberstehen. Daß das Feuerwehrewesen die weitaus größte Summe für sich in Anspruch nimmt, nämlich 32.378.000 Schilling, ist nicht verwunderlich. Die Beiträge sollen für die Ausrüstung und Modernisierung der Feuerwehren zur Verfügung gestellt werden. Rüsthausbauten, Löschwasseranlagen, Ausbau des Feuerwehrrücknetzes und die Jugendfeuerwehren sollen gefördert werden. Weiters sind Beihilfen in der Höhe von 12 Millionen Schilling für die Gemeinden vorgesehen. Ebenso sollen die

Landeshauptstadt Graz, der Landesfeuerwehrverband, die Bezirksfeuerwehrverbände und die Betriebsfeuerwehren Förderungen erhalten, die von 4 Millionen Schilling auf 5,5 Millionen Schilling aufgestockt wurden. Die Ansätze für den Katastrophendienst und für die Gewässerschutzmaßnahmen, z. B. bei Tankwagenunfällen, betragen 5,336.000 Schilling. Weiteres ist zu bemerken, daß bei Tankwagenunfällen grundsätzlich der Aufwand dem Schuldtragenden bzw. dem Versicherungsunternehmen zum Ersatz vorgeschrieben wird. Um den steirischen Zivilschutzverband die Durchführung der Aufklärung- und Schulungstätigkeit weiterhin zu ermöglichen, wird er mit 630.000 Schilling unterstützt. Die Haushaltsbevorratung, die der Bevölkerung nicht nur in Krisen- sondern auch in Katastrophenfällen helfen soll, ist empfohlen.

Der Finanz-Ausschuß hat in seiner letzten Sitzung die Ansätze der Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, eingehend beraten und ich darf in seinem Namen um die Zustimmung zu den Ansätzen bitten.

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Kollmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kollmann: Herr Präsident! Hohes Haus!

Zur Abwechslung kommen wir nun zu einer Budgetgruppe, die nicht so sehr von parteipolitischen Emotionen aufgeladen ist und von der ich annehmen darf, daß die Meinungen der einzelnen parteipolitischen Interessengruppen etwas enger beieinanderliegen.

Ordnung und Sicherheit sind zwei Begriffe, die in jedem Staatswesen, gleich welcher Form, von tragender Bedeutung sind. Kaum ein vernünftiger Staatsbürger wird sich gegen Ordnung und Sicherheit wenden, wird sie vielmehr für sich und seine Familie und für seinen Lebens- und Tätigkeitsbereich in der Erkenntnis reklamieren, daß jede Gemeinschaft für ihr Funktionieren Ordnung braucht; und daß diese Ordnung aber nur dann von Bestand sein kann, wenn sie durch Sicherheitsmaßnahmen geschützt wird. Ordnung und Sicherheit sind nicht deshalb allein Begriffe mit Tiefgang, weil auch die Qualität des Lebens weitgehend davon beeinflusst wird, sondern weil sogar unser Leben, aber auch die Existenz unseres Staates davon abhängen können.

Es ist heute populär, von Sicherheit zu reden und sie für alle Bereiche des Lebens zu fordern. Zur Sicherheit allerdings etwas persönlich beizutragen, ist schon wesentlich schwerer. So werden diese Aufgaben und die Lösung der damit zusammenhängenden Probleme nur allzuoft der öffentlichen Hand überlassen. Um so beachtens- und dankenswerter sind daher alle Aktivitäten freiwilliger Natur, sind die Leistungen und der selbstlose Einsatz der Feuerwehren und anderen Hilfs- und Rettungsorganisationen, wie Rotes Kreuz, Bergrettung, Bergwacht, Rettungshundebrigade und dergleichen mehr. Ohne ihre tatkräftige Mitarbeit wären ein Katastrophenschutz, ein Zivilschutz oder auch eine zivile Landesverteidigung nicht möglich. Aber auch diese Organisationen stünden gewissermaßen im luftleeren Raum, wüßte man in der Steiermärki-

schen Landesregierung nicht um die Notwendigkeit der aktiven und finanziellen Unterstützung dieser Bestrebungen und würde nicht das Referat für Katastrophenschutz und Landesverteidigung viel mehr als nur koordinierende und unterstützende Arbeit leisten. Es ist eine Arbeit, die sich von der Planung aller im Ernstfall erforderlichen Maßnahmen bis zu deren Durchführung und Leitung im Katastrophenfall erstreckt. Wie mir aus der Budgetdebatte des Vorjahres erinnerlich ist, wurde über die für den Katastrophenschutz veranschlagten Budgetsummen Klage geführt. Herr Landesrat Peltzmann als politischer Referent hat diese Sorge auch anerkannt. Natürlich könnte man hier mehr Mittel brauchen, aber Hand aufs Herz, meine Damen und Herren, wo braucht man sie nicht. Die finanziellen Möglichkeiten richten sich auch bei dieser Budgetgruppe nach den vorhandenen Gegebenheiten, wo- zu aber auch gesagt werden muß, daß es wohl sehr vom gezielten Einsatz der vorhandenen Steuermittel abhängt, ob ein Referat funktioniert oder nicht. Und in diesem Punkt, meine Damen und Herren, darf das steirische Katastrophenschutzreferat sicherlich auch dank des selbstlosen Einsatzes aller freiwilligen Helfer zu den rationellsten und wirkungsvollsten arbeitenden einschlägigen Abteilungen in Österreich gezählt werden. Denken wir an die Katastrophenschwerpunkte des heurigen Jahres, z. B. an die Gebiete Rohrbach, Lafnitz und Vorau, an Geistthal und Södingberg, an Radkersburg und Feldbach. Überlegen wir uns, daß viele andere Aufgaben auf das Katastrophenschutzreferat hereinbrachen, daß eine Landeskatastrophenfunkanlage besteht, die auch erhalten werden muß und für die die Postgebühren allein schon 144.000 Schilling im Jahr ausmachen. Vergegenwärtigen wir uns, daß Katastrophen auch spezielle Einsatzgeräte und Hilfszentren erfordern, die der finanziellen Förderung bedürfen. Und dann, meine Damen und Herren, wenn wir uns das alles vor Augen geführt haben, wundern wir uns gemeinsam, daß für alle diese Aufgaben bis November dieses Jahres mit 1,5 Millionen Schilling das Auslangen gefunden werden konnte.

Spricht man in der Steiermark von Zivilschutz, denkt man natürlich auch an die Landesfeuerwehr- und Zivilschutzschule Lebring, für deren Neubau und Einrichtung bisher 81,5 Millionen Schilling aufgewendet wurden. Es wird jedoch noch weiterer Mittel bedürfen, um besondere Einrichtungen zu schaffen bzw. zu vervollständigen. So soll das neue Tauchbecken überdacht werden, eine Lagerhalle für Katastrophengeräte und ein Treibstofflager eingerichtet werden. Daß diese Beträge gut investiert werden, davon zeugt eigentlich der umfangreiche Veranstaltungskalender der Zivilschutzschule. Denn in der modern und zweckmäßig eingerichteten Schule ist man heute schon in der Lage, alle einschlägigen Ausbildungs- und Schulungsaufgaben wahrzunehmen. In 20 Zivilschutzlehrgängen und 63 Zivilschutztagungen und Seminaren wurde heuer schon fast 3000 Personen Zivilschutzwissen vermittelt. Unter diesen Schulungswilligen befanden sich auch 1300 Gemeindefunktionäre und -beamte, was für die Breitenwirkung des Zivilschutzes von besonderer Bedeutung ist. Nicht minder bedeutungsvoll aber war die Fortsetzung der Schulungsaktion des steiri-

schen Zivilschutzverbandes. Im heurigen Jahr wurden in nicht weniger als 335 steirischen Schulen rund 30.000 Schüler und 700 Lehrer mit dem Schwerpunktprogramm des Zivilschutzes vertraut gemacht. Damit erhöhte sich die Gesamtzahl der auf diese Art seit 1970 erfaßten Schüler auf 158.000 und die der Lehrer auf 4300. Eine wahrhaftige gigantische Leistung. Der Zivilschutzgedanke wurde dadurch allen steirischen Schulen zum festen und wichtigen Begriff und die schulpflichtige Jugend wird von dieser Aufklärungsaktion praktisch lückenlos erfaßt.

Es wäre nun hier verlockend, anläßlich der Budgetdebatte über alle Leistungen und Aufgabenstellungen des Zivilschutzes in der Steiermark zu sprechen, da wesentliche Problemkreise trotz aller Bemühungen in breiten Bevölkerungsschichten noch immer wenig Widerhall finden. Nicht jeder denkt beim Wort Zivilschutz beispielsweise an die speziellen Schutzmaßnahmen für alle in Hochhäusern Lebenden, an das Zivildienstgesetz, an die Schutzstollen und Schutzraumprobleme, an die Lawinensicherung oder meinetwegen an den Strahlenschutz oder an die Sicherung von Giftgastransporten. Sicherlich hat die militärische Landesverteidigung gegenüber der zivilen Landesverteidigung den Vorteil der militärisch straffen Organisation und Führung. Umgekehrt aber, und das ist wieder ein Vorteil des Zivilschutzes, umfaßt der Zivilschutz eine Aufgabenpalette, die neben Vorsorgemaßnahmen für den hoffentlich nie eintretenden Kriegsfall, auch Planspiele für häufiger auftretende Katastrophen einschließt, die in praktischer Erprobung und leider auch in immer wieder auftretenden Ernstfällen den Grad der Wirksamkeit austesten und verbessern lassen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie gestatten, möchte ich noch aus gegebenem Anlaß auf ein spezielles Problem unserer Zeit aufmerksam machen. Es handelt sich um die Verunreinigung unserer Gewässer durch Mineralöle oder sonstige wassergefährdende Stoffe, um den Gewässerschutz. Der zur Bekämpfung derartiger Gefahren eingesetzte Olalarmdienst hat die Aufgabe, Maßnahmen zu setzen, die die Umwelt vor Verunreinigungen durch wassergefährdende Stoffe schützen soll. In ständiger Einsatzbereitschaft, praktisch rund um die Uhr, müssen vom Olalarmdienst bei Tankwagenunfällen oder bei unkontrolliertem Ausfließen von Mineralölen oder Chemikalien sofort Sachverständige an die Unfallstelle entsandt werden, um den Grad der Gefährdung für das Grundwasser oder die Umwelt festzustellen und den Einsatz der derzeit 17 Ölstützpunktfeuerwehren optimal zu gestalten. Ist nun so ein Unfall geschehen, gibt es meist schon Schwierigkeiten, denn in den seltensten Fällen ist ein kompetenter Vertreter des Verursachers an Ort und Stelle, der Sanierungsmaßnahmen in Auftrag geben könnte. Überdies, und das trifft wieder besonders bei Tankwagenunfällen zu, kann meist gar nicht sofort festgestellt werden, wer und zu welchem Prozentsatz derjenige für den Unfall die Verantwortung trägt. Das Land Steiermark muß daher zur Wahrung öffentlicher Interessen und zum Schutze der Gewässer einspringen und von sich aus Sanierungsaufträge erteilen. Zu diesem Zweck sind im ordentlichen Haushalt, wie für 1975, auch für das kommende

Jahr auch wieder 4,2 Millionen Schilling veranschlagt. Natürlich sollen diese Gelder wieder an das Land zurückfließen, wenn die Schuldfrage geklärt ist. Wann dies aber im jeweiligen Fall sein wird, ist stets unsicher, da der Verursacher meist in langwierigen Gerichtsverfahren ermittelt werden muß. Diese Prozesse entscheiden dann auch, ob die gesamten, dem Land erwachsenen Kosten refundiert werden können, da bei einem Unfall die gesetzlichen Deckungssummen der Transportfahrzeuge in den wenigsten Fällen ausreichen. Für die künftigen Landesvoranschläge wird man sich daher mit dem Gedanken anfreunden müssen, eine wesentlich höhere Dotierung dieser Katastrophemittel vorzunehmen.

Meine Überlegung ist nicht ohne Hintergrund. Ein Beispiel aus meinem Bezirk: In Kraubath an der Mur ereigneten sich im heurigen Jahr zwei Tankwagenunfälle. In beiden Fällen ist das Grundwasser in höchste Gefahr geraten. Für die Sanierung des ersten Unfalls vom Juli 1975 waren vorläufige Kostenübernahmen durch das Land in der Höhe von 1.560.000 Schilling notwendig. Der zweite Unfall wurde bekanntlich sehr aufsehenerregend eingeleitet, als ein mit Hasen beladener italienischer LKW ein Haus zerstörte. Als Folge dieses Unfalls ereignete sich kurz darauf ein Tankwagenunfall, wobei nicht weniger als 15.000 Liter Superbenzin direkt in die Nähe des Grundwassers gelangten. Für die darauf erforderlichen Sanierungsmaßnahmen sind bisher vom Land 330.000 Schilling bevorschußt worden. Die Kosten — bitte meine Damen und Herren, hören Sie jetzt aufmerksam zu —, die jedoch noch für die Gewässersanierung zu erwarten sind, werden mit zirka 2,5 Millionen Schilling geschätzt. Daraus ergibt sich, daß allein durch diese beiden Unfälle in Kraubath an der Mur die für heuer vorgesehenen Budgetmittel verbraucht worden wären und daß nur durch Umlegung anderer Voranschlagsposten weitere Sanierungsmaßnahmen finanziert werden könnten. Nun geschahen aber in den Jahren 1973 bis 1975 nahezu 450 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen, davon 37 mit Tankwagen. Sicherlich nur wenige mit jener katastrophalen und budgetbelastenden Wirkung, wie in Kraubath. Aber dieses hier gebrachte Beispiel sollte eigentlich aufzeigen, was auf den Olalarmdienst und das Landesbudget an Unerwartetem zukommen kann.

Die Steiermark ist dank der Initiative des Landes und einiger privater Unternehmen in der Lage, aktive Umweltschutzmaßnahmen durchzuführen. Es ist möglich, zu relativ günstigen Bedingungen und in 24stündigem Einsatz Sanierungsmaßnahmen einzuleiten und damit wirklich etwas für unsere Umwelt zu tun. Was bitte auch von der Öffentlichkeit vermerkt werden möge. Ebenso wie die bedauerliche Feststellung, die man in diesem Zusammenhang machen muß: Katastrophenschutz bedeutet heute nicht nur die Aufgabe, den Menschen vor den Naturgewalten zu schützen, sondern auch im sehr hohen und teuren Maße die Natur vor dem Menschen zu schützen und damit indirekt Schutz des Menschen vor dem Menschen.

Für diese nun schon seit etlichen Jahren bestens funktionierende und initiativreiche Tätigkeit im Bereich des Referates Peltzmann darf man von die-

ser Stelle aus allen Beamten des Katastrophenschutzreferates und des Olalarmdienstes, aber auch allen freiwilligen Helfern und Organisationen den Dank aussprechen. Wir können dies, wie üblich, mit Beifall tun, aber wir können und sollen eigentlich vielleicht besser aktive Mitarbeit und Aufklärung ergänzen und dem Zivilschutzgedanken in einigen seiner Bereiche zum letzten noch notwendigen Durchbruch verhelfen. Nur wir können damit am Entstehen einer Art Zivilschutzbewußtsein mitwirken. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Marczik. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Marczik: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

In diesem Budgetkapitel sind in der Gruppe 1, im ordentlichen Haushalt auch die 32,3 Millionen Schilling, sowie im außerordentlichen Haushalt die 8 Millionen Schilling an Aufwendungen für das steirische Feuerwehrwesen präliminiert. Jene finanzielle Grundlage also, welche es den 698 freiwilligen Feuerwehren und den 56 Betriebsfeuerwehren und der Grazer Berufsfeuerwehr, die gerade im Berichtsjahr besonders viele und schwierige Einsätze zu bewältigen hatte, mit ihrem derzeitigen Gesamt-Ist-Stand von 34.461 Mann und ihren Sondereinheiten, wie Wasserdienst, Spezialtauchereinheiten, Strahlenschutz, Olalarmdienst, Sprengdienst, Brandschutz für Hochhäuser und schweren Atemschutztrupps sowie der Sicherheitsstaffel für den Osterreihing ermöglicht, den oft schwierigsten Anforderungen in technischer und organisatorischer Hinsicht in allen spezifischen Anlaßsituationen zu entsprechen.

Auf Grund der Vorsorge des Gesetzgebers, sowie des Verständnisses unserer Bevölkerung und insbesondere der steirischen Gemeinden, ebenso aber durch eine klare Planung und zielstrebige Arbeit seitens des Landesfeuerwehrreferenten, Landesrat Anton Peltzmann, und seines Mitarbeiterstabes, mit Hofrat Dr. Kreuzwirth an der Spitze, ebenso des Oberbaurates Dr. Zwitnick und des gesamten Feuerwehrkommandos, denen unser aller Dank und Anerkennung gebührt, war und ist es möglich, die steirischen Wehren stets mit der erforderlichen technischen Ausrüstung modernster Art hinsichtlich Funk und Fahrzeugpark, ebenso aber aller sonstigen Geräte und Hilfsmittel, zu versehen, die sie erst in die Lage versetzen, den Anforderungen optimal zu entsprechen.

So wurden aus Mitteln der Feuerschutzsteuer, zweckgebunden, etwa innerhalb des letzten Dezenniums von 1964 bis 1974, Förderungsbeiträge in der Gesamthöhe von zirka 115 Millionen Schilling den steirischen Wehren zugeführt. Für das Jahr 1975 standen weitere 23,9 Millionen Schilling zur Verfügung. Mit diesen Beihilfen des Landes Steiermark wurden außer den vorhin zitierten Anschaffungen auch Bauvorhaben der freiwilligen Feuerwehren, der Betriebsfeuerwehren und der Gemeinden gefördert und solcherart die Schlagkraft und Einsatzbereitschaft der steirischen Wehren im besonderen Maße erhöht. Die Gesamtförderungsbeiträge seit 1964 aus der bereits erwähnten Feuerschutzsteuer und dem Katastrophenfonds betragen insgesamt

152,162.505 Schilling. Für die in ihrer Bedeutung wachsende Feuerwehr- und Zivilschutzschule in Lebring, über die auch mein Kollege Kollmann gesprochen hat, wurden im Berichtsjahr für den Feuerwehr- und Zivilschutzbetrieb sowie für Personalkosten insgesamt 12,3 Millionen Schilling aufgewendet. Die Schulungs- und Ausbildungsaktivitäten konnten hinsichtlich ihres Umfanges, ihrer Intensität und wohl auch in qualitativer Weise wesentlich gesteigert und vermehrt werden. 1975 war bekanntlich die Ausbaustufe 3 vorgesehen, wobei zur weiteren Realisierung der notwendigen Bauvorhaben jedoch noch weitere 18,7 Millionen Schilling erforderlich sein werden. Immerhin haben, meine Damen und Herren, allein im Jahre 1975 an 125 Ausbildungsveranstaltungen rund 4500 Personen teilgenommen. 6000 Teilnehmer waren an 220 Führungen in diesem Jahr beteiligt. Das bedeutet hinsichtlich der Ausbildung eine Steigerung von 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Diese wenigen Zahlen allein vermitteln einen Einblick über den zielgerichteten, sinnvollen Einsatz öffentlicher Mittel zum Wohle und zur Sicherheit der steirischen Bevölkerung.

Mit besonderer Freude dürfen wir die Aktivitäten des Nachwuchses der steirischen Wehren und der steirischen Feuerwehrjugend, deren Mannschafstand derzeit rund 3200 Jugendfeuerwehrmänner beträgt, werten. Ebenso positiv erscheint es, daß diese Feuerwehrjugend, um jede Eigenbrötelei von vornherein zu vermeiden, voll und ganz in die bestehenden Wehren integriert werden konnten, wodurch ihr Wert als Basisverstärkung sichtbar zum Ausdruck kommt. Ueberaus reichhaltig erscheint die Palette der landeseinheitlichen Ausbildungsrichtlinien in feuerwehrtechnischer, in geistiger und körperlicher Hinsicht, sowie der Veranstaltungsbereich, wo zusätzlich die freiwillige Beteiligung des steirischen Feuerwehrnachwuchses an der Kriegsgräberpflege im In- und Ausland besondere Beachtung und Anerkennung verdient. Seitens des Landes wurde diese Arbeit seit 1967 mit insgesamt rund 5,2 Millionen Schilling gefördert. Kein Wunder, meine Damen und Herren, daß dieses Modell steirischer Feuerwehrjugendarbeit von anderen Hilfs- und Rettungsorganisationen voll anerkannt und vielfach bereits als Muster übernommen wurde.

Alle diese geschilderten Aktivitäten und Maßnahmen waren aber nur möglich, weil unsere Wehrmänner, gleichgültig wo immer sie im Land zum Wohle und zur Sicherung der steirischen Bevölkerung ihren Dienst versehen, in unvermindeter Kraft und Frische beseelt sind von den Tugenden der Einsatz- und Hilfsbereitschaft, der Zusammengehörigkeit und Kameradschaft, der Selbstlosigkeit und Opferbereitschaft im Dienste des Nächsten. So wissen wir uns, die wir Verantwortung in diesem Lande tragen, mit jedem einzelnen dieser Männer, für die Idealismus noch immer selbstgelebter Inhalt und keine Worthülse ist, in Dankbarkeit und höchster Anerkennung verbunden, indem wir ihnen und ihren Familien Respekt und Referenz erweisen und ein inniges, achtungsvolles und dankbares „Gut Heil“ zurufen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Abgeordneten Sponer das Wort.

Abg. Sporer: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Der Kollege Marczik hat gerade von der klaren Planung und von den Förderungen gesprochen. Ich möchte in dieser Richtung heute auch einige Aussagen machen, nehme mir aber das bestehende Gesetz als Grundlage. Das besagt nun folgendes: Am 31. Mai 1950 trat das Gesetz, betreffend die Organisation der Feuerwehren im Land Steiermark oder kurz Landesfeuerwehrgesetz, in Kraft. Die wesentlichen Aufgaben der Feuerwehren sind im § 1 aufgezeigt (Abg. Pözl: „Löschen!“), wie der Einsatz bei Bränden, der Einsatz bei Hochwässern und der Einsatz bei Unglücksfällen. In der Zeit von 1950 bis heute haben die Feuerwehren jedoch eine Reihe von zusätzlichen Aufgaben übernommen oder wurden ihnen solche übertragen. Es ist heute selbstverständlich, daß die Feuerwehren, z. B. bei Bränden in Hochhäusern, nicht nur Feuer löschen, sondern auch in der Lage sind, Menschenleben zu retten. Es ist heute selbstverständlich, wenn eine Straße durch einen Unfall blockiert ist, daß ein Kranwagen der Feuerwehr die Straßen wieder frei macht. Passiert ein Tankwagenunfall und fließt Öl aus, die Feuerwehr kommt mit den entsprechenden Geräten und Hilfsmitteln um eine Verseuchung des Grundwassers zu vermeiden. Ja, selbst wenn es einmal in einer Gemeinde, in einem Ort oder in einem Stadtteil kein Trinkwasser gibt, ist die Feuerwehr in der Lage, mit einem Tankwagen zu kommen um die Bevölkerung mit dem entsprechenden Trinkwasser zu versorgen. Auch für Chlorgasunfälle und für radioaktive Verstrahlungen sind unsere Wehren gerüstet. Eine Bemerkung noch, bei Hochwassereinsätzen leisten unsere Feuerwehrmänner hervorragende Pionierarbeiten. Um aber all diese Aufgaben erfolgreich bewältigen zu können, brauchen wir: erstens die Männer, die oft unter Einsatz des eigenen Lebens, des dazugehörenden Mutes, entsprechend geschult und mit Fachwissen ausgestattet bereit sind, und zweitens die finanziellen Mittel, um die notwendigen Spezialfahrzeuge, Geräte und Einrichtungen anschaffen zu können.

Im § 26 Abs. 1 des Landesfeuerwehrgesetzes sind die Kosten des Feuerwehrwesens geregelt. Die Regelung sieht so aus, daß die Gemeinden für alles, was das Feuerwehrwesen betrifft, aufzukommen haben. Jedem Bürgermeister, jedem Gemeinderat, ja jedem Gemeindebürger ist es selbstverständlich, daß für die Sicherheit des privaten, wie auch öffentlichen Gutes ein Obolus zu leisten ist. Die Gemeinden sind auch bereit und leisten beträchtliche Summen für das Feuerwehrwesen. Im Ansatz 16 der Gruppe 1 sind sehr wohl 32,378.000 Schilling veranschlagt, wovon 13,827.000 Schilling für Feuerweherschulen, 18,300.000 Schilling Förderungsmittel und 251.000 Schilling für sonstige Einrichtungen und Maßnahmen an Ausgaben für 1976 vorgesehen sind, wobei ich aber den Zusatz machen darf, daß zirka 28 Millionen Schilling an Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer im kommenden Jahr zu erwarten sind. Ich muß sogar sagen, zur großen Freude des Herrn Landesrates Peltzmann, der sich ja im vorigen Jahr bei der Budgetdebatte bei den Abgeordneten dieses Hauses bedankt und die Feststellung ge-

troffen hat, daß an den Mitteln der Feuerschutzsteuer der Finanzreferent mit seinem roten Stift nichts ändern kann. Es wäre daher richtig und zweckmäßig, daß Gemeinden und Wehren, welche Leistungen erbringen, die über das örtliche Maß hinausgehen, auch vom Land eine entsprechende Förderung zu erwarten haben. Da es aber bis heute keine einheitlichen Förderungsrichtlinien gibt, besteht Grund genug zur Annahme, daß die Förderungsmittel derzeit ohne Konzept nach dem Gießkannenprinzip vom zuständigen Referenten vergeben werden. (Abg. Dr. Eichinger: „Das glauben dir die Feuerwehrmänner wohl nicht!“ — Abg. Ing. Turek: „Dann müßt ihr ihn zum Oberfeuerwehrehauptmann machen!“) Wohl, dann darf ich dir nur an einem Beispiel demonstrieren, wie Anschaffungen für Feuerwehren gefördert werden: Wenn z. B. eine Gemeinde, wie die Stadtgemeinde Judenburg, einen Tankwagen, der sicherlich überörtlichen Charakter hat, zu einem Preis von 1,3 Millionen Schilling kauft, und vom Land dann eine Förderung von 140.000 Schilling bekommt, dann kannst du dir selbst ausrechnen, in welcher Relation diese Förderung steht. (Landesrat Bammer: „In manchen Gemeinden ist der Feuerwehrhauptmann das einzige Rote!“) Das ist wahr, aber das ist die Feuerwehrfarbe. (Unverständliche Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Wir wissen, meine sehr geehrten Damen- und Herren, und es steht außer Zweifel, daß die Hauptlast bei Bränden und anderen kleinen Ereignissen bei den Ortsfeuerwehren liegt. Ich möchte daher die Notwendigkeit der Ortsfeuerwehren besonders unterstreichen. Um aber das überregionale Sicherheitsniveau anheben zu können, ist die Schaffung einer schwerpunktmäßigen Ausrüstung der Feuerwehr notwendig. Ich darf hier nur verweisen, wie es im Bundesland Kärnten gehandhabt wird. Auch hier muß ich feststellen, leider fehlen uns in der Steiermark dazu die nötigen gesetzlichen Voraussetzungen. Wir haben derzeit wohl zum Teil modernst ausgerüstete Wehren, aber ein veraltetes Landesfeuerwehrgesetz. Im Interesse unserer Feuerwehrmänner, die immer, wann und wo sie gerufen werden, um zu helfen, auch zur Stelle sind, aber auch im Interesse der Sicherheit der steirischen Bevölkerung urgiere ich von dieser Stelle aus ein modernes, der heutigen Zeit und den Erfordernissen angepaßtes Landesfeuerwehrgesetz, damit unsere Wehren in Zukunft nach einem System aufgebaut und ausgestattet werden können, wie es den Erfordernissen der heutigen Zeit entspricht.

Ich darf, meine Damen und Herren, im Namen des sozialistischen Landtagklubs den vielen tausenden steirischen Feuerwehrmännern mit ihrem immer bewiesenen selbstlosen Einsatz, den sie für die Bevölkerung und unsere Heimat geleistet haben, herzlich danken. Mein Dank gebührt aber nicht minder den Frauen und Angehörigen dieser Männer, die oft in Sorge und Bange um ihre Lieben ebenso viele Stunden der Allgemeinheit opfern. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Schrammel hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Schrammel: Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren!

Zur Ordnung und Sicherheit gehört sicher auch die Krisenvorsorge und die Bevorratung für Notzeiten. Wenn meine Vorredner mit Recht die Institutionen und die Männer erwähnt haben, die vielfach freiwillige Leistungen erbringen, um unsere Ordnung und Sicherheit in der Steiermark aufrecht zu erhalten, dann soll auch gesagt werden, daß wir in Österreich für Krisenzeiten Vorsorge treffen sollten und eine Bevorratung auch von politischer Seite betrieben werden mußte.

Es soll in Erwähnung gebracht werden, daß wir sicherlich nicht reich an Energievorräten sind und daß wir hier fast zur Gänze vom Ausland abhängig sind. Es soll aber auch erwähnt werden, daß wir in puncto Nahrungsmittelversorgung zu etwa 85 Prozent uns durch die heimische Landwirtschaft versorgen können. Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, daß die Weltagarmärkte in der letzten Zeit keinesfalls stabil geblieben sind und daß hier manches in Bewegung geraten ist. Wir können in Österreich diese Nahrungssicherheit, die Deckung des täglichen Tisches gar nicht als Sicherheit hinnehmen, da jährlich etwa 3000 Menschen die Landwirtschaft oder den landwirtschaftlichen Beruf verlassen. Es ist daher notwendig, daß für gewisse Bereiche des täglichen Lebens Vorsorge getroffen wird. In erster Linie für die Nahrungsmittelversorgung, für die Versorgung mit Treibstoffen, mit Energierohstoffen, Pflanzenschutzmitteln, Düngemitteln, aber auch mit Saatgut.

Ich darf Ihnen heute einiges, was die Landwirtschaft betrifft, im Detail zu Gehör bringen. Wenn das tägliche Brot, so glauben und hoffen wir, doch eine Selbstverständlichkeit geworden ist, muß gesagt werden, daß wir gerade in der Steiermark diesbezüglich auf die Zulieferung aus den östlichen Bundesländern angewiesen sind. Sollte irgendwo innerösterreichisch oder an den Grenzen eine Krise entstehen, so müßten wir zur Kenntnis nehmen, daß wir etwa 90 Prozent des Brotgetreides aus den benachbarten Bundesländern des Nordosten zuliefern müssen — aus Niederösterreich und Oberösterreich. Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, daß der Zuckerbedarf in Österreich bei weitem nicht vollständig aus der eigenen Produktion gedeckt werden kann. Wir verbrauchen in Österreich etwa pro Kopf und Jahr 40 kg Zucker. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß die Zuckerpreise gerade in den letzten zwei Jahren sehr stark gestiegen sind und wir immer mehr von Importen abhängig werden. Wir haben zwar bei Fleisch und Milch, so glauben wir, eine krisenfesten Situation. Ich möchte sagen, wir haben eine lebende Bevorratung an unseren bäuerlichen Höfen durch die Viehhaltung, die unsere Bauern ja weiterpflegen. Es muß aber gesagt werden, daß für eine länger anhaltende Krise Vorratsräume in einem ausreichenden Ausmaß keinesfalls vorhanden wären, um Fleisch einige Monate lang lagern zu können. Schwierigkeiten gibt es auch durch die Ostliberalisierung bei der Gemüseversorgung. Durch die einschneidenden Ostimporte gibt es Gebiete, die die Gemüseproduktion zur Gänze eingestellt haben.

Nun, wie wird es in Zukunft vor allem hinsichtlich der Versorgung mit wichtigen Betriebsmitteln der Landwirtschaft aussehen? Wir haben vor allem bei der Eiweißfuttermittelversorgung einen großen Importbedarf. Es haben uns die beiden letzten Jahre gezeigt, daß das zwischenzeitlich sogar zu größeren Schwierigkeiten führen kann. Beispielsweise mußten nur deshalb, weil auf dem Weltmarkt die Eiweißfuttermittel derart preislich angestiegen sind, nicht weniger als 350.000 Schweine im Jahr 1974 importiert werden, weil eben die teuren Eiweißfuttermittel aus dem Ausland zum Teil gar nicht bezogen werden konnten und es auf Grund des Preises nicht gerechtfertigt war, diese Futtermittel einzukaufen. Zum Futtergetreide darf ich sagen, daß wir hier bei weitem noch nicht ausreichende Vorratsräume für Krisenzeiten hätten. Es müßte hier den landwirtschaftlichen Genossenschaften gedankt werden, die freiwillig auf Kosten der Bauern, die dort Mitglieder sind, diese Bevorratung finanzieren. Es müßten für die Steiermark Lagerräume mit insgesamt 150.000 t geschaffen werden, um nur für einige Monate Futtergetreide lagern zu können. Dasselbe gilt für Düngemittel.

Für die Treibstoffversorgung brauchen wir in der Landwirtschaft in der Steiermark pro Jahr 70 Millionen Liter Dieselöl und 1,2 Millionen Liter Benzin-treibstoff. Wir haben hier eine sehr bewährte Einrichtung zur Treibstoffbevorratung. Mit den Hoftankstellen konnte durch die Initiative der Landwirtschaftskammer mit Förderungsmitteln des Landes und Bundes die Bevorratungsaktion sehr weit vorangetrieben werden. Es wäre aber zu empfehlen, daß diese Aktion noch weiter ausgebaut wird. Es sollten diese Hoftankstellen im vermehrten Ausmaß geschaffen werden und dazu zentrale Großtankanlagen für die Steiermark. Ich möchte nur zu bedenken geben, daß bei Krisenzeiten — beispielsweise bei totalem Ausfall von Diesel- und Benzin-treibstoff — sich die Landwirtschaft rasch auf Maschinen, die von Tieren gezogen werden, umstellen müßte. Es müßten zusätzlich 40.000 Menschen bis 60.000 Menschen in der Steiermark ad hoc für die landwirtschaftliche Bearbeitung eingestellt werden. Ich glaube, das ist in Anbetracht der jetzigen Entwicklung sicherlich utopisch. Ich möchte Ihnen zum Vergleich den Pferdebestand von 1974 und 1950 sagen. Wir hatten nach der Viehzählung im Jahr 1974 5800 Pferde, während es im Jahr 1950 noch 50.000 waren. Und das in der Steiermark allein. Mögliche Maßnahmen, die hiebei in die Wege geleitet werden könnten, sind eben die schon vorhin erwähnten zentralen oder dezentralen Tanklager in den Dörfern.

Wenn wir auch hin und wieder eine schlechte Meinung von der Anwendung der Pflanzenschutzmittel haben, so soll aber auch gesagt werden, daß in so manchen Bereichen der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung beim Ausfall von einzelnen Pflanzenschutzmitteln die Ernte bis zu 100 Prozent gefährdet sein könnte. Wir haben hier einige Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit. Es soll gesagt werden, daß wir unsere Pflanzenschutzmittel zu einem großen Teil aus der deutschen Bundesrepublik und aus der Schweiz beziehen. Und wenn

hier eine Krise eintreten sollte, so könnte die gesamte landwirtschaftliche Produktion in so manchem Bereich echt in Frage gestellt sein.

Zum Saatgut noch die bemerkenswerte Tatsache, daß wir beim Saatgutbezug in den letzten Jahren immer mehr vom Ausland abhängig werden und ich darf Ihnen sagen, daß wir nach der Erhebung der Landwirtschaftskammer bei Gemüsesamen schon 90 Prozent des Saatgutbedarfes aus dem Ausland decken und dabei einen Großteil von den Oststaaten beziehen.

Zusammenfassend darf ich sagen, daß wir kurzfristig die Möglichkeit schaffen sollten, daß eben für eine Krisenvorsorge und eine Bevorratung in erster Linie die Einkommenslage der Landwirtschaft in einem Ausmaß verbessert werden sollte, daß es sich eben lohnt in diesem Berufsstand weiter zu wirtschaften. Langfristig muß auch gesorgt werden, daß erreicht werden kann, daß der Nachwuchs, die Jugend, eben in diesem Beruf bereit ist, die Höfe weiter zu führen und die Landwirtschaften in Zukunft auch zu betreuen. Andererseits kann natürlich die Bevorratung und Krisenvorsorge nicht Aufgabe der Landwirtschaft oder der genossenschaftlichen Einrichtungen der Landwirtschaft oder des Landes Steiermark allein sein. Es hat daher der Herr Landeshauptmann Dr. Niederl am 7. Oktober 1974 dem Herrn Bundeskanzler Dr. Kreisky einen Vorschlag gemacht, wie in der Steiermark eine geordnete Krisenvorsorge in die Wege geleitet und dann letztlich auch vorangetrieben werden könnte. Der Herr Bundeskanzler hat reichlich spät, erst nach neun Monaten, am 16. Juli 1975 so geantwortet — ich habe das Schreiben abschriftlich mit —, daß wir leider sicher nichts damit anfangen können. Wir bräuchten nach Aussage der Fachleute in der Steiermark, um eine Krisenvorsorge einleiten zu können und sie geordnet vorantreiben zu können, einen Betrag von mindestens 500 Millionen Schilling. Ich hoffe, daß man in Zeiten, in denen es uns gut geht, wir alle bereit sein sollen, eben für Notzeiten zu sammeln. Ein altes Sprichwort sagt ja: Spare in der Zeit, so hast du in der Not. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Der Herr Landesrat Peltzmann hat das Schlußwort zu diesem Kapitel.

Landesrat Peltzmann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wie schon meine Vorredner ausführten, hat sich durch die Änderung des Landesvoranschlages auch eine Umgruppierung des Feuerwehrwesens von der Gruppe 7 in die Gruppe 1 ergeben. Ich glaube, daß das rein haushaltstechnisch richtig ist und so erlaube ich mir zur Gruppe 1 doch einige Ausführungen anzumerken.

Nun zur Gruppe 1, öffentliche Ordnung und Sicherheit: Feuerwehr, Katastrophenschutz. Hier schlägt sich das in Zahlen nieder, was vom Referat für Katastrophenschutz und Landesverteidigung gemacht wird. Es war die Steiermark, die vor etlichen Jahren, als diskutiert wurde, ob es sinnvoll sei, im Rahmen des Zivilschutzes eigene militante Zivilschutzorganisationen, wie das teilweise in der Bundesrepublik Deutschland oder in Frankreich ge-

schehen ist, aufzustellen, eigentlich den Vorschlag gebracht und in die Tat umsetzte, daß es nicht zweckmäßig sei, neben unseren Feuerwehren, neben dem Roten Kreuz, neben der Bergrettung, neben all den freiwilligen Hilfsorganisationen eine zusätzliche halb-militante Organisation aufzubauen. Die große Katastrophe von Hamburg hat gezeigt, daß diese Vielgliederung und die Vielschichtung der verschiedenen Organisationen im Katastrophenfall nicht das gewünschte Ergebnis gebracht hat. So ist der Landesfeuerwehrverband Steiermark an den Bundesverband mit dem Vorschlag herangetreten, daß wir bereit sind, auch diese Ausgabe innerhalb der zivilen Landesverteidigung mit zu übernehmen. So kann man heute gar nicht mehr gut von Feuerwehren sprechen. Feuerwehren im alten Sinne, Schutz vor Brand, das ist heute schon die kleinste Aufgabe, das schlägt sich z. B. im Bericht unserer Feuerwehren ja immer wieder nieder. Im Jahre 1969 waren noch 2706 Gesamteinsätze, 1975 waren es bereits 4583. Aber technische Einsätze waren es im Jahr 1969 2042, 1975 war es bereits 3818. Die Brandeinsätze sind von 464 auf 765 angestiegen. Sie sehen daraus, daß der technische Einsatz heute im Vordergrund steht, Hilfestellung bei allen Katastrophen, die man sich überhaupt vorstellen kann. Es gibt, glaube ich, kein Leid, das einen trifft oder treffen kann, wo nicht die Männer unserer freiwilligen Rettung und Hilfsorganisationen zu Hilfe gerufen werden. Hier und da denke ich mir, ob das wohl richtig sei, daß wir diesen Idealismus dieser rund 34.000 steirischen Männer als Mädchen für alles jederzeit einsetzen. Selbst, wenn eine Apfelfladung irgendwo einen Damm hinunterkollert, dann holt man die Feuerwehr. Ich kann mich erinnern, daß anlässlich unserer heurigen Hochwasserkatastrophe bei einem Einsatz, bei dem ich selbst anwesend war, die Betroffenen böse waren, weil ich es nicht zuließ, daß die Feuerwehren die nächsten 14 Tage damit verbracht hätten, weggeschwemmtes Holz einzusammeln. Das ist eine Verkennung der Aufgaben unserer Selbsthilfeorganisationen.

Ich möchte allen vier Herren, die sich zur Gruppe 1 gemeldet haben, recht herzlichen Dank sagen, aber hier kann ich die Dinge doch nicht unwidersprochen lassen.

Das Landesfeuerwehrgesetz stammt aus dem Jahre 1950. Ich habe festgestellt, daß die neuen Gesetze meist nicht viel besser sind als die alten. Die Feuerwehren haben in sich eine echte Demokratie, sie wählen den Hauptmann, er muß vom Bürgermeister bestätigt werden, sie wählen den Bezirkskommandanten, er muß vom Land bestätigt werden, sie wählen ihren Landesfeuerwehrausschuß mit allen Delegierten und sie selbst arbeiten an diesem neuen Gesetz. Ich glaube, daß die Feuerwehr bis heute nicht darunter gelitten hat, daß dieses neue Gesetz eben noch nicht Gesetz geworden ist.

Sie haben uns die Kärntner Feuerwehr als Beispiel vorgetragen. Fragen Sie unsere Feuerwehrleute, ob sie in Organisation, Aufbau und Betreuung mit einem Kärntner Kollegen tauschen möchten. (Abg. Sponer: „Aber ich kenne einige!“) Wirklich? Dann müssen Sie mir die Wehren sagen. Ich

würde sie gerne unterstützen. (Abg. Sponer: „Ich kenne einige!“)

Sie sprechen von einheitlichen Förderungsrichtlinien. Diese werden von Jahr zu Jahr — anders ist das nicht möglich, denn das ist ein lebendes Wesen — dem Erfordernis angepaßt; in Zusammenarbeit mit dem Feuerwehrverband, mit den demokratisch gewählten Männern der Feuerwehr. Wenn Sie das Beispiel Judenburg bringen, dann muß ich sagen, daß wir nicht mehr als 150.000 Schilling für einen Tankwagen geben können. Aber für jede verzichtende Wehr werden 40.000 Schilling dazugegeben. Wenn in diesem Abschnitt keine Wehr so viel Solidarität aufgebracht hat, liegt es an der Führung. Zu 80 Prozent wird das so gehandhabt. Warum? Wenn wir allein die Tankwagenanschaffung, um jetzt einen Sonderausstattungsgegenstand herauszunehmen, mit einem Drittel subventionieren würden, dann würde für alles andere nichts übrigbleiben. Ich kritisiere die Haltung des Steiermärkischen Landtages nicht. Ich habe mich immer bei Ihnen im Namen der Feuerwehren bedankt. Man muß die Zahlen auch richtig lesen können. In der Gruppe 1 haben wir 39.660.000 Schilling. Wenn Sie in der Gruppe 9, Feuerschutzsteuer, nachblättern, werden Sie sehen, daß diese 28 Millionen Schilling ausmacht. Daß heißt, daß das Land 11.660.000 Schilling zu diesem Aufgabenbereich dazugibt. Die Feuerwehren wären nach der Verfassung eine reine Aufgabe der Gemeinden. (Abg. Sponer: „Im Ansatz 16 ist keine andere Summe, als die ich genannt habe!“) Ich stelle fest, wie es sich verhält.

Noch etwas zum Feuerwehrgesetz. Die Gemeindeverfassungsnovelle hat uns hier gewisse Schwierigkeiten gebracht. Nach der juristischen Auslegung der Gemeindeverfassungsnovelle 1962 gab es keine überörtlichen Bestimmungen in einem Feuerwehrgesetz. Die Tiroler Landesgesetzgebung hat versucht, der Feuerwehr weiterhin den Status als einer über Vereinsbasis herausgehobenen öffentlichen Körperschaft zu erhalten und auf der anderen Seite auch den überörtlichen Einsatz zu gewährleisten. Was täten wir ohne unsere F- und B-Bereitschaften. Ich sage Ihnen einen einzigen Fall. Ich könnte aus meiner Erfahrung der letzten 12 Jahre Hunderte solcher Fälle nennen. Als in St. Kathrein an der Laming das Hochwasser niederging, wurde das Bundesheer nach 24 Stunden abgezogen. Dann war es noch nicht so weit, daß die Leute hätten sagen können, daß die größte Gefahr vorbei ist. Was haben wir getan? Wir haben im Bezirk Voitsberg, der nicht betroffen war, die F- und B-Bereitschaft mobilisiert und diese ist, ausgerüstet für den Katastrophenfall, in den Einsatz gegangen, und hat mit Hilfe des Roten Kreuzes den Einsatz solange durchgeführt, bis jegliche Gefahr für die Bevölkerung gebannt war. Das könnten wir zur Zeit auf Grund der juristischen Auslegung der Verfassungsnovelle 1962 nicht mehr. Hier sucht man Wege. Alle Länder, nicht nur die Steiermark. Wir wollen einen guten Weg finden. Darum geht es.

Herr Abgeordneter Sponer, Sie haben vom Gießkannenprinzip gesprochen. Wir haben alle unsere Schwerpunkte. Wir mußten zuerst den Nachholbedarf sättigen. Das ist uns gelungen. Es gibt heute in der Steiermark keine Feuerwehr, die, ausrü-

stungsmäßig nicht in der Lage wäre, ihre Grundaufgaben jederzeit zu erfüllen. Als das geschehen ist, sind wir an Schwerpunkte herangegangen. Wir haben das Budget 1973/74 in den Dienst der Hochwasserkatastrophe gestellt. Fragen Sie unsere Feuerwehrleute, ob die heurigen Katastrophen das, was wir gemeinsam durchgeführt haben, nicht bestätigt haben. Das nächste Schwerpunktprogramm sind die schweren Atemschutzgeräte. Doch nicht, weil wir Lust und Liebe haben und das als Spielerei anschauen, sondern weil die synthetische Faser, die immer mehr Eingang in die Wohnräume unserer Häuser findet, auch Gefahren mit sich bringt. Ich würde es ablehnen, nur einen einzigen Mann ohne schweres Atemschutzgerät und anders kann man da nicht mehr hinein, hineinzusenden, denn man weiß nicht was ihm passiert. Mir sagen die Fachleute und ich habe mir diese Belehrung zu eigen gemacht, daß die Mindestausrüstung drei schwere Atemschutzgeräte darstellt. Eines kann in Reparatur sein und zwei müssen intakt sein, damit man einen technischen Einsatz tätigen kann. Auch das wird gemeinsam mit dem Feuerwehrinspektorat abgesprochen.

Es ist das 13. Jahr, in dem ich diese schöne Aufgabe vollziehen darf. Für mich eine schöne, obwohl keine leichte Zeit. Diese Arbeit kostet dem politischen Referenten einen Großteil seiner Wochenenden und Sonntage. Mich reut es nicht, denn ich würde es unverständlich finden, wenn ich mich nicht dazu aufrufen würde, zu den Leuten hinauszugehen, die jederzeit bereit sind, für uns einzustehen, wenn wir sie rufen.

Ich lege jedes Jahr die Liste meinem politischen Korreferenten vor und er hat mir bis heute noch nicht den Vorwurf gemacht, daß hier im Gießkannenprinzip oder nach parteipolitischen Überlegungen die Mittel vergeben würden. Sollte das sein, werde ich mich stellen. Ich bin sehr gerne bereit, Herr Sponer, das im Einzelfall zu überprüfen. Die Verallgemeinerung ist zu einfach. Die nehme ich nicht zur Kenntnis.

Ich möchte ganz kurz die Arbeiten in der Feuerwehr- und Zivilschutzschule erwähnen. Hier eine kleine Budgetberichtigung: Wir haben eine neue Art des Landesvoranschlags und es gibt gewisse Ungenehmlichkeiten. Ich suche keinen Schuldigen. Beim Budget 1975 hat die zuständige Abteilung vergessen, den Sachaufwand für Zivilschutz anzumelden. Diesmal ist er von der Abteilung 10 vergessen worden. Er wurde aber nachbedeckt. Diese Nachbedeckung finden Sie in der Schulpost. Nur kommt sie von dort weg zur Förderungspost. Das ist ganz selbstverständlich, weil Sie vor Jahren einen Beschluß gefaßt haben, daß die Mittel der Feuerschutzsteuer nur den steirischen Feuerwehren zugeführt werden dürfen. Dafür bin ich Ihnen ewig dankbar, denn dadurch habe ich bei der Budgeterstellung keine Streitereien. Aber Sie müssen auch eines zur Kenntnis nehmen. Natürlich kostet die neue Schule mehr. Diesbezüglich bin ich auch schon angesprochen worden. Wir hatten in der neuen Schule — sie wurde im Oktober 1973 eröffnet —, 160 Feuerwehrlehrgänge, 131 Zivilschutzlehrgänge und 77 Gemeindegemeinschaften mit 12.455 Teilnehmern. In der alten Schule war die Höchstzahl in einem Jahr 900

Teilnehmer. Sie sehen den Unterschied. 19.179 Steirer, Leute aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland haben diese Schule besucht und haben an den Führungen teilgenommen, weil sie meinen, es wäre die modernste Schule, die auf dieser Basis zur Zeit in Mitteleuropa besteht.

Ich möchte jedem einzelnen Feuerwehrmann, der in der steirischen Feuerwehr Dienst macht, danken; ganz gleich, ob es eine Orts- oder Betriebsfeuerwehr ist. Außer der Berufsfeuerwehr von Graz, die uns immer wieder mit Hilfe, Rat und Tat zur Seite steht, haben wir lauter freiwillige Feuerwehren. Hier gibt es keine Grenzen. Es hat einmal einen einzigen Betrieb in der Steiermark gegeben, der seiner Feuerwehr verweigerte auszufahren, wenn außerhalb des Betriebes Not am Mann war. Auch das hat sich inzwischen gegeben. In der Steiermark gibt es nur freiwillige Feuerwehren und denen möchte ich Dank sagen.

3128 junge Steirer im Alter von 15, 16 und 17 Jahren machen zur Zeit Dienst in der Feuerwehrjugend innerhalb des steirischen Feuerwehrverbandes. Da sagen manche, daß es in der Jugend keinen Idealismus gibt! Der Jugendliche bekommt dafür kein Honorar. Er wird nie Erster werden, wie beim Langlauf oder Abfahrtslauf. Er wird nur Erster im Wettbewerb, wenn er seine beste Kraft gibt. Dann wird er nicht als einzelner, sondern für seine Mannschaft geehrt. Den Pokal erreicht nie ein einzelner, sondern die Gruppe. Er kennt die Gruppenkameradschaft. Bei diesen Jungen haben wir nur eine Schwierigkeit: sie im Ernstfall ferne zu halten. Das ist die einzige Schwierigkeit, die wir überhaupt besitzen, weil sie heran möchten an den Unglücksherd und wir das nicht verantworten können. Sie drängen direkt danach zu helfen. Sehen Sie, das ist das Schönste.

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß der Mensch viel gewinnen und viel verlieren kann, aber eines kann ihm keiner ersetzen und das ist die Zeit. Jede Sekunde, die vorüber ist, kann uns keiner zurückkaufen, so viele Millionen kann keiner besitzen und von dieser Kostbarkeit geben diese Feuerwehrmänner uns so viele Stunden ohne zu fragen, was kriege ich dafür, sondern: wie kann ich helfen. Wir haben in der Steiermark heuer allein 153.956 unbezahlte Stunden, die die Feuerwehren geleistet haben.

Ich darf aber noch ganz kurz bei diesem Kapitel den Zivildienst heranziehen. Auch hier darf ich allen ehrenamtlichen Mitarbeitern herzlich Dank sagen. Es wurde auch das Zivildienstgesetz erlassen und die Vollziehung dem Lande übertragen. Das sind die jungen Steirer, die, aus welchen Gründen immer, es ablehnen, mit der Waffe in der Hand, wie man so schön sagt, ihren Präsenzdienst abzuleisten, sondern die den Zivildienst absolvieren. Ich sage noch einmal, ich anerkenne jede innerliche Überzeugung. Heuer absolvieren bereits 100 Steirer beim Roten Kreuz ihren Präsenzdienst und wir haben auch vorgeschlagen und haben schon das Einverständnis, daß der Zivildienst an den Krankenhäusern abgelegt werden darf. Wir haben bereits 1938 Steirer, die in Landesaltenpflegeheimen diese Aufgaben erfüllen.

Mein Kollege Schrammel hat unter anderem auch im Zusammenhang mit dem Zivildienst über die Bevorratung der Bevölkerung mit dem Notwendigsten und das sind einmal die Nahrungsmittel, gesprochen. Man kann auf alles verzichten, man kann zur Not, das wissen wir alle, mit ein Paar Schuhen zwei Jahre gehen und sie ein drittes Jahr auch noch zurecht flicken, aber die Kalorien, die brauchen wir. Man sagt mir, bei 1200 Kalorien liege die Grenze, daß man eine Notzeit überstehen kann.

Militärische Landesverteidigung kann nur in Zusammenschau der Zivildienstaufgaben, der geistigen Landesverteidigung und der wirtschaftlichen Landesverteidigung gesehen werden. Hier glaube ich, müßte der Bund eingreifen. Wir halten das auf die Dauer nicht durch, daß der Bund seine Aufgaben einfach den Ländern abwälzt und hier glaube ich, brauchen wir einmal vom Finanzministerium das nötige Verständnis hinsichtlich der Besteuerung und die steuerliche Frage der Bevorratung. Das gilt nicht nur für Lebensmittel, sondern wir müssen uns auch in Rohstoffen gewisse Vorräte anlegen können, damit die Industrie nicht bei jedem kleinen Grenzkonflikt vielleicht eines Tages dasteht und die Produktion einstellen muß.

An mir liegt es jetzt, Ihnen, meine Damen und Herren, Dank zu sagen — ich tue es gerne, weil Sie hier immer das nötige Verständnis gehabt haben — meinen Regierungsmitgliedern, weil wenn ich mit einem Zusatzwunsch bezüglich Feuerwehr, und das ist schon einmal im Laufe eines Jahres passiert, herantrete, habe ich auch hier volles Verständnis die ganzen 12 Jahre gefunden. Ich möchte dem Referenten, Hofrat Dr. Kreuzwirth, deswegen herzlichen Dank sagen, weil er keine Dienststunden kennt und kein Wochenende. Er steht jederzeit mit seinen Mitarbeitern zur Verfügung, wenn wir ihn im Dienste des Katastrophenschutzes, im Dienste der Feuerwehr benötigen. Ich möchte herzlich dem Oberbaurat Dipl.-Ing. Zwitting Dank sagen. Wie oft werden Sie im Funk gehört haben: „Der Zwitting wird gesucht, wo ist der Zwitting, wir brauchen den Zwitting.“ Er ist nun einmal der Fachmann für die Ölkatastrophen, der Fachmann für Wasserschutz und er ist Tag und Nacht bereit, sich selbst voll einzusetzen, um hier die Gefahren banen zu helfen. Ich möchte der Schulleitung herzlich Dank sagen, hier dem Ing. Frauenberger als Feuerwehrinspektor und dem Direktor Dipl.-Ing. Witschek mit seinen Mitarbeitern innerhalb der Landesfeuerwehrschule. Das Land kann Millionen in Gebäuden und Anlagen stecken, wenn es nicht gelingt, die Menschen zu finden, die in der Lage sind, diesen Anlagen einen Geist einzuhauchen, dann meine Damen und Herren, war es um jeden Schilling schade. Ich glaube, bei der Feuerwehrschule kann man mit Stolz feststellen, daß uns gemeinsam ein gutes Werk gelungen ist. (Allgemeiner Beifall.)

Dritter Präsident Feldgrill: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat nun das Schlußwort.

Abg. Klobasa: Ich wiederhole den eingangs gestellten Antrag, den Ansätzen der Gruppe 1 die Zustimmung zu geben.

Präsident: Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 1 einverstanden ist, möge eine Hand erheben.

Die Gruppe 1 ist angenommen.

Wir kommen nun zur Gruppe 2: Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Anton Nigl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Nigl: Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Die Budgetgruppe 2 umfaßt die Bereiche Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft. Die wesentlichsten bzw. umfassendsten Untergruppen sind das gesamte Schulwesen, sowohl die Pflichtschulen, die Sonderschulen, die berufsbildenden Pflichtschulen, die berufsbildenden mittleren Schulen sowie auch berufsbildende höhere Schulen, die Berufsausbildung Schulentlassener und die Schülerbetreuung, das gesamte Kindergartenwesen, die Schüler-, Lehrlings- und Gesellenheime, die Jugendherbergen und Jugendheime, die Sportförderung, die Erwachsenenbildung in Form der Volkshochschulen und Volksbildungsheime sowie die Förderung der Hochschulen und der hochschulischen Einrichtungen sowie der Wissenschaft.

In insgesamt 322 Budgetposten sind 2.640.064.000 Schilling an Ausgaben präliminiert, denen 2.155.641.000 Schilling an Einnahmen gegenüberstehen. Namens des Finanzausschusses beantrage ich die Annahme der Gruppe 2.

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordneter Buchberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Buchberger: Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Herr Berichterstatter hat in seinen Ausführungen bereits darauf hingewiesen, daß nun erstmals im Voranschlag neben Unterricht, Erziehung und verschiedenen anderen Dingen auch der Sport aufscheint und ich darf in dem Zusammenhang einbegleitend verweisen, daß heuer in der Rubrik Sport und außerschulische Leibeserziehung insgesamt eine Gesamtsumme von 22.558.000 Schilling präliminiert ist. Das ist ein Plus von 2,2 Millionen Schilling im Vergleich zum Voranschlag 1975. Die Einnahmenseite weist in dem Zusammenhang im Verhältnis eine bescheidene Summe aus, insgesamt 360.000 Schilling.

Auf Grund des Landessportgesetzes 1953 war es dem zuständigen Referenten, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart, möglich, gerade in dieser Sparte eine Entwicklung einzuleiten, von der wir am heutigen Tag sagen können, daß es eine sehr positive ist. Es kann heute rückblickend auf die vergangenen Jahre gesagt werden, daß durch die Mittel, die alljährlich von seiten des Landes für die sportliche Ertüchtigung und für den Ausbau der Sportanlagen zur Verfügung gestellt werden, eine entsprechende Aufwärtsentwicklung festgestellt werden kann. Es ist erfreulich für uns, sagen zu können, daß für die Sparte des Sports in der Steiermark entsprechend weitblickend Vorsorge getroffen wurde, um nicht nur dem Leistungssport, sondern auch der sportlichen Ertüchtigung,

im besonderen dem Breitensport, eine entsprechende Möglichkeit einzuräumen. Wir können mit Freude und Stolz die Feststellung machen, daß gerade auf dem Sektor des Leistungssports Erfolge von steirischen Sportlern erzielt werden konnten. Es wäre hier vielleicht fehl am Platz, jeden einzelnen Namen zu nennen. Ich darf stellvertretend für alle Mandl, Zeilbauer, Tritscher, Pürstl nennen. Das sind jene Sportler, die bei den letzten Europa- und Weltmeisterschaften der Steiermark eine besondere Ehre zuteil werden ließen. Wir können aber auch jetzt und für die kommenden Wochen sagen, daß die Steirer bei den leistungssportlichen Veranstaltungen wieder namhaft vertreten sind. Es erhebt sich in dem Zusammenhang die Frage, ob wir in erster Linie dem Breitensport eine entsprechende Aufmerksamkeit zuwenden oder den Leistungssport voranstellen sollten.

Hier muß eines gesagt werden. Der Leistungssport in seiner heutigen Art ist nicht immer positiv und gut zu heißen. Wir können gerade in den letzten Zeiten hören und sehen, daß nicht nur bei den sportlichen Veranstaltungen selbst, bei den Meisterschaftsbewerben, sondern auch schon bei den Trainingsveranstaltungen durch die überschwierigen Pisten und Voraussetzungen, die von jedem einzelnen verlangt werden, es zu argen Gesundheitsschäden kommt. Man hört, daß in letzter Zeit auch besonderes Augenmerk darauf gelegt wird, die Jugend zum Leistungssport zu bringen. Es haben gerade in letzter Zeit Erhebungen und ärztliche Untersuchungen ergeben, daß es bei weitem nicht immer angebracht ist, auch schon die Kinder und Schüler dem Leistungssport zuzuführen, weil sehr oft die Gefahr besteht — es ist auch nicht ausgeblieben —, daß es in gesundheitlicher Hinsicht zu schweren Schäden kommt. Ich darf in dem Zusammenhang einige Zahlen nennen. In der Schischule in Stams hat eine ärztliche Untersuchung ergeben, daß bereits 39 Prozent an Arthrosen leiden, 42 Prozent an Bandscheibenschäden und 8 Prozent an Wirbelsäulenschäden. Eine Untersuchung von Jugendlichen außerhalb dieser Schule hat ergeben, daß es auf Grund dieser übertriebenen Wettkampferveranstaltungen zu Arthroseerkrankungen bei rund 24 Prozent der Untersuchten gekommen ist, bei 32 Prozent zu Wirbelsäulenschäden und bei 60 Prozent zu Bandscheibenschäden. Daher erhebt sich auf Grund dieser Tatsachen für uns die Frage, wie weit der heutige Leistungssport in dem Ausmaß noch seine Berechtigung hat. Wenn man gerade in der letzten Zeit, die sportlichen Veranstaltungen verfolgt, dann muß man sich fragen, ob diese Schibrutalveranstaltungen ihre Berechtigung haben.

Es ist daher erforderlich und das wird von unserem Landessportreferenten mit Nachdruck verfolgt, daß wir unser besonderes Augenmerk dem Breitensport zuwenden. Wir können heute mit Freude die Feststellung machen, daß es kaum noch eine Gemeinde in der Steiermark gibt, die nicht über die notwendigen sportlichen Anlagen verfügt. Ich meine vor allem die notwendigen Sportplätze. Es wäre in dem Zusammenhang verfehlt, und das ist meine persönliche Meinung, wenn jede Katastralgemeinde und jede Gemeinde glauben

würde, nach der Errichtung eines Sportplatzes einen Sportverein gründen zu müssen, der sich bei nächster Gelegenheit schon dem Meisterschaftsbetrieb anschließt. Die Konsequenz ist in den meisten Fällen und vor allem dort, wo ein tüchtiger Sportwart für den täglichen Sportbetrieb sorgt, die, daß kaum noch jemand außer den Mitgliedern der Kampfmannschaft die Möglichkeit hat, den Sportrasen zu betreten, geschweige denn, daß die Kinder und Schüler die Möglichkeit haben, sich dort sportlich zu betätigen. Es wird daher zusätzlich notwendig sein, entsprechende Sport- und Spielplätze zu schaffen, damit unsere Jugend die Möglichkeit hat, sich für besondere sportliche Aktivitäten vorzubereiten; wie seinerzeit mit dem Fetzenlaberl.

Wir stellen mit Freude fest und nehmen dankbar zur Kenntnis, daß nicht nur unser Sportreferent, Landeshauptmann Wegart, sich hier allen Gemeinden gegenüber sehr aufgeschlossen zeigt, sondern, daß auch über das Referat des Herrn Landeshauptmannes Dr. Niederl jährlich ein Betrag von 6 Millionen Schilling den steirischen Gemeinden für den Ausbau der Sportanlagen zur Verfügung gestellt wird.

Es wird notwendig sein, und das muß unsere Aufgabe sein, daß nicht nur in städtischen Ballungszentren die Möglichkeit gegeben ist, sich vielseitig dem Sport zu verschreiben. Es wird notwendig sein, auch im ländlichen Raum dafür Sorge zu tragen, daß wir nicht nur die entsprechenden Sportplätze zur Verfügung haben, sondern natürlich auch Tennisplätze, Minigolfanlagen und entsprechende andere Sportmöglichkeiten. Ich denke an die Bäder, die Fitnessstrecken, die wir zur Verfügung haben müssen. Diese Anlagen müssen also entsprechend ausgebaut werden. Es scheint mir in dem Zusammenhang bei allen Maßnahmen notwendig zu sein, daß die Gemeinden und die einzelnen selber die entsprechenden Initiativen entwickeln. Wir haben in der letzten Zeit immer wieder erlebt und auch gehört, daß der Landeshauptmann oder der zuständige Referent und die einzelnen Dachorganisationen nicht bereit gewesen wären, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Es muß von den örtlichen Organisationen die Initiative ausgehen und in der der weiteren Folge werden die Dachorganisationen und der zuständige politische Referent in der Landesregierung bereit sein, auch die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Daß es möglich war, diese sportlichen Aktivitäten der einzelnen Wettkampfteilnehmer zu ermöglichen oder den Breitensport auch in die dezentralen Regionen hinauszutragen, ist dem zuständigen Referenten zu verdanken und natürlich auch den einzelnen Dachorganisationen in der Steiermark. Wir wissen, das zirka 832 Vereine mit einem Mitgliederstand von ungefähr 145.000 in den drei großen Dachorganisationen in der Steiermark organisiert sind. Wir haben noch eine Anzahl von Vereinen, die in keiner solchen Dachorganisation tätig sind. Diesen allen gilt unser Dank. Vor allem den vielen Funktionären, die in den einzelnen Sportvereinen tätig sind. Wir reden immer nur von denen, die sich aktiv in das Sportgeschehen einschalten. Es wird nirgends der einzelne Funktionär entsprechend bedankt, der aus Idealismus

heraus bereit ist, eine sportliche Organisation zu führen. Es ist daher sinnvoll angebracht, und der Anlaß ist gegeben, all den vielen Sportfunktionären auch der kleinen Vereine recht herzlichen Dank zu sagen.

Vielleicht wäre es angebracht, hier noch einen Wunsch anzumelden. Unsere Landessportorganisation ist, obwohl wir eine Masse von Mitgliedern, Organisationen und Vereinen haben, auch heute noch büromäßig sehr beengt untergebracht. Es wäre sinnvoll und notwendig, hier entsprechende Abhilfe zu schaffen, um auch eine zentrale Stelle für unseren gesamten Sport in der Steiermark zu schaffen, von der aus die Initiativen für das weitere steirische Sportgeschehen entwickelt werden können.

Mit dem Dank an die Funktionäre möchte ich schließen und den aktiven Teilnehmern bei den Wettbewerben auch im kommenden Jahr entsprechenden Erfolg wünschen. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Der Herr Präsident Gross hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Präsident Gross: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Kollege Ileschitz hat in seiner Ausführung über bildungs- und kulturpolitische Aspekte gesprochen und er hat darauf hingewiesen, daß die Erwachsenenbildung in unserer Zeit ein integrierender Bestandteil des gesamten Bildungssystems ist. Wenn wir uns nun darüber einig sind, daß der Weg zu einer Bildungsgesellschaft von einer guten Schulbildung über die lebensbegleitende Erwachsenenbildung führen muß, dann müssen auch alle Verantwortlichen dafür Sorge tragen, jene Bedingungen zu schaffen, die für die Bewältigung dieser Aufgaben notwendig sind. Erwachsenenbildung ist somit ein öffentliches Anliegen geworden und stellt eine Antwort auf die Sturkturveränderung unserer Industriegesellschaft dar. Diese Erwägungen führen aber mit zwingender Notwendigkeit zu der Forderung einer verstärkten finanziellen Unterstützung der öffentlichen Hand. Mit dem Inkrafttreten des Erwachsenenbildungsförderungsgesetzes wurde in dieser Richtung vom Bund ein erster Grundstein gelegt. Ich möchte es bei dieser Gelegenheit jedoch nicht verabsäumen mit Bedauern darauf hinzuweisen, daß im vorliegenden Budgetentwurf für das Jahr 1976 für die Förderung des Landesverbandes der steirischen Volkshochschulen, dem die Volkshochschule der Arbeiterkammer und der Urania angehören, nur ein Betrag von 800.000 Schilling vorgesehen sind. Ich möchte dazu ergänzend sagen, daß die steirische Arbeiterkammer in anerkennenswerter Weise über 20 Millionen Schilling im nächsten Jahr für die Bildungsarbeit zur Verfügung stellen wird. Sie wird damit in der Lage sein, das verstärkte Interesse auch tatsächlich in den Volkshochschulen aufzufangen. Wer echt bei dieser Summe in seiner Existenz bedroht ist, das scheint die österreichische Urania zu sein, eine der ältesten Erwachsenenbildungseinrichtungen in unserem Lande. Vielleicht gibt es doch hier einen Weg, um mit einer stärkeren Subventionierung vorzugehen. Wir mußten ja bereits im Vorjahr der Urania zusätzlich Mittel zur Verfügung stellen, denn

sonst hätte sie ihren Betrieb einstellen müssen. Meine Herren, die Tatsache ist vielleicht umso bedauerlicher, wenn man weiß, daß die Volkshochschulen zu den bedeutendsten Trägern der Erwachsenenbildung in unserem Lande gehören und allein im Jahre 1974 35.000 bildungswillige Menschen ihre Veranstaltungen besucht haben und sich eine verstärkte Aufwärtsentwicklung auch für das kommende Jahr abzeichnet. Wir können bereits jetzt im Jahre 1975 mit rund 40.000 Teilnehmern rechnen. Die Einschreibungen für die Volkshochschulkurse sind im Herbst so stark geworden, daß wir echt überzeugt sind, daß es neuerlich zu einer Aufwärtsentwicklung kommt und ich glaube, das ist gut so, wenn die Menschen erkennen, daß neben einem gewissen Lebensstandard, einer sozialen Sicherheit, Bildung und Kultur gerade so dazugehören. Ich bin der Meinung, daß es nicht nur darauf ankommt, die verschiedenen Bildungsheime mit den entsprechenden finanziellen Mitteln zu versehen, sondern daß es auch notwendig ist, jene Einrichtungen der Erwachsenenbildung entsprechend zu fördern, die nachweisbar die kulturpolitische Landschaft der Steiermark prägen. Die Volkshochschulen, so glaube ich, dürfen nicht zu Bittstellern für Leistungen degradiert werden, die sie im Interesse der gesamten Bevölkerung dieses Landes erbringen.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, scheint mit die Einführung des bezahlten Bildungsurlaubes eine besondere Notwendigkeit zu sein. Auf nationaler und internationaler Ebene gibt es ja darüber bereits entsprechende Beschlüsse. Auch der Bundeskongreß des Gewerkschaftsbundes hat 1971 und 1975 das Verlangen gestellt, diesen Bildungsurlaub einzuführen. Allerdings gibt es hier Meinungsverschiedenheiten. Die Unternehmerseite ist heute noch immer der Meinung, daß unter Bildungsfreistellung nur die Freistellung für die berufliche Bildung verstanden werden soll. Diese Meinung teilen wir nicht, weil wir der Meinung sind, daß all jene, denen es wirklich ernst ist und die tatsächlich den selbständig denkenden und verantwortungsbewußt handelnden Menschen wollen, nicht umhinkommen, im Rahmen einer Bildungsfreistellung auch alle persönlichkeitsbildenden Aktivitäten zu bejahen und zu fördern. Es muß uns allen klar sein, daß einerseits der Bestand und die Fortentwicklung der Demokratie, sowie die Entwicklung und die Krisenfestigkeit der freien Wirtschaft andererseits in hohem Maße sowohl vom allgemeinen als auch vom beruflichen Bildungsniveau der Menschen in unserer westlichen Industriegesellschaft abhängig sind. Auch läßt unser Bildungsverständnis und Demokratieverständnis, wenn Sie wollen, einfach nicht zu, daß Menschen mit Ende ihrer Schulpflicht auch am Ende ihrer bildungsmäßigen Möglichkeiten sind. Unser Wissen um die vehement rasche Entwicklung und die Veränderung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen zwingt uns, Voraussetzungen für unsere Bürger zu schaffen, sich diesem Prozeß nicht nur anzupassen, sondern ihn auch erfolgreich zu bestehen. Damit rückt aber die Erwachsenenbildung immer mehr und mehr in den Blickpunkt bildungspolitischer Überlegungen, und das mit gutem Grund. Man hat erkannt, daß in unserer Gesellschaft die Sozialchancen weitestgehend von

Bildungschancen abhängig sind und daß das Grundrecht auf Bildung sich nicht nur auf die erste Bildungsphase, sondern die gesamte Lebenszeit eines Menschen umfassen muß. Damit kommt auch dem zweiten Bildungsweg besondere Bedeutung zu. Im Sinne der Chancengleichheit stellt er eine wichtige Maßnahme zur Ausschöpfung der Begabungsreserven unseres Landes dar. Ich glaube daher, daß es auch notwendig und richtig wäre, neue Formen der Zusammenarbeit in der Erwachsenenbildung zu finden und ich könnte mir vorstellen, daß es hier zu einem viel verstärkterem Arrangement wie bisher mit den Hochschulen in unserem Lande kommt. Deshalb ist es auch zu begrüßen, wenn in Kürze dem Parlament ein Gesetzentwurf zugeleitet wird, der die Einführung einer Hochschulreifeprüfung vorsieht. Dieser soll im Anschluß an einen mehrmonatigen Vorbereitungslehrgang jenen Personen Zugang zu einem Hochschulstudium ermöglichen, die verhindert waren, eine Reifeprüfung abzulegen. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal betonen, daß wir die Zusammenarbeit Hochschule—Erwachsenenbildung für unbedingt notwendig erachten. Aber ebenso für notwendig erachten wir auch die Zusammenarbeit im verstärkten Maße mit den Massenmedien, vor allem hier mit dem ORF, wobei die im Entstehen begriffene ORF-Akademie sicherlich das ihre dazu beitragen wird.

Noch eines, meine Damen und Herren, scheint mit von enormer Wichtigkeit zu sein. Ich meine die sinnvolle Bewältigung unserer Freizeit. Gerade die im Auftrage des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst durchgeführte und im Frühjahr dieses Jahres erschienene Studie über Kultur in Österreich zeigt mit aller Deutlichkeit, daß trotz wachsender Freizeit aktives Kulturverhalten zugunsten passivem Kulturkonsums verdrängt wird. Es muß uns zu denken geben, daß nahezu die Hälfte der Österreicher der Meinung sind, daß Menschen, die keinerlei aktive Kultur betreiben, genauso glücklich sein können, wie kulturell aktive Menschen. Eine verantwortungsvolle Bildungs- und Kulturpolitik kann und darf an solchen Ergebnissen nicht vorübergehen. Deshalb sind wir Sozialisten der Meinung, daß es zunächst darauf ankommt, weiten Kreisen der Bevölkerung ein kulturelles Grundbedürfnis zu vermitteln. Denn Kultur darf nicht als unnötiger Zierat des gesellschaftlichen Lebens betrachtet werden. Bildung und Kultur bilden einen engen Zusammenhang. Über sie führt der Weg zur Befreiung des Menschen aus der Automatik vielfältiger Sachzwänge zur selbstbewußten und selbstständigen Bewältigung des Lebens. Wenn es uns nicht gelingt, diesen Weg zu gehen, dann werden wir zwar eine technisch bürokratische Gesellschaft mit hohem Lebensstandard haben, wir werden aber dafür die Freiheit des Menschen opfern. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Jamnegg. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Jamnegg: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf nun von der Erwachsenenbildung zum Kindergarten kommen, von wo ja der Bildungsweg praktisch seinen Ausgang nimmt.

Bei der Beschlußfassung des Kindergartenförderungsgesetzes im vergangenen Jahr war uns natürlich klar, daß die Vollziehung dieses Gesetzes auch beträchtliche Mittel erfordern wird. Die Entwicklung in den Budgetansätzen bestätigen das auch. 1973 waren es 9 Millionen Schilling, 1974 45 Millionen Schilling, 1975 86 Millionen Schilling und für das Jahr 1976 sind es bereits 96 Millionen Schilling im ordentlichen Haushalt für die Kindergartenförderung vorgesehen. Meine Damen und Herren, das bedeutet eine Steigerung von rund 1000 Prozent innerhalb von 4 Jahren. Es gibt keine andere Budgetpost die eine ähnliche Steigerungsrate aufweist. Die Kindergartenförderung ist somit zu einem echten Schwerpunkt der steirischen Landespolitik geworden. Wir dürfen heute schon feststellen, daß sich unsere Erwartungen, die wir mit diesem Gesetz verbunden haben, vor allem, den Anreiz zum Bau von neuen Kindergärten und Kindergartenplätzen zu schaffen, voll bestätigt haben. Innerhalb eines Jahres wurden 68 öffentliche und 35 private Kindergärten mit insgesamt 173 Gruppen errichtet und die Zahl der Kinder, die einen Kindergarten besuchen, hat sich vom September des vergangenen Jahres um 1800 auf insgesamt 17.800 erhöht. Im selben Zeitraum ist die Zahl der Kindergärtnerinnen um 100 angestiegen. Für ein Jahr der gezielten Kindergartenförderung ist das gewiß ein beachtlicher Erfolg. Wir sind in unserem Bemühen, den Kindern in unserem Land, vor allem den Landkindern durch den Besuch des Kindergartens mehr Chancengleichheit einzuräumen, doch ein gutes Stück vorangekommen. Die Steiermark ist nach wie vor das einzige Bundesland, das für den Ausbau des Kindergartennetzes einen Kindergartenplan erstellt hat.

Durch den starken Geburtenrückgang, wie er sich in diesen Jahren abzeichnet, ist es notwendig geworden, diesen Plan laufend auf seine Aktualität hin zu überprüfen. Die letzte Untersuchung hat ergeben, daß sich der 100prozentige Bedarf an Kindergartenplätzen, der im Kindergartenjahr 1972/73 mit 2013 Gruppen eingeschätzt worden ist, nur drei Jahre später auf 1663 Gruppen, also um 17,4 Prozent verringert hat. Der 50prozentige Bedarf, dessen Deckung als Nahziel innerhalb von 10 Jahren, also bis zum Jahr 1982 erreicht werden sollte, war mit 1007 Gruppen beziffert. Nach dem neuesten Stand werden hierfür nur mehr 894 Gruppen erforderlich sein. Derzeit haben wir einen Bestand von 572 Gruppen. Nun wird man bei der Beurteilung der quantitativen Erfordernisse doch noch vorsichtig vorgehen müssen, weil noch nicht abgeschätzt werden kann, ob der Geburtenrückgang im gleichen Ausmaß wie bisher anhalten wird. Es wird daher zweckmäßig sein, in den folgenden Jahren weitere Untersuchungen dieser Art anzustellen. Sollte aber der quantitative Bedarf früher gedeckt sein als man das ursprünglich angenommen hat, werden wir uns doch auch verstärkt um den qualitativen Ausbau unseres Kindergartenwesens annehmen müssen. Das heißt in erster Linie darum, daß die Anzahl der Kinder in den einzelnen Kindergartengruppen herabgesetzt wird. Wo das möglich ist, sollte man heute schon für eine Reduzierung der Anzahl der Kinder in den einzelnen Gruppen plädieren.

Aber trotz sinkender Geburtenzahl geht es zunächst immer noch primär um die Frage des Ausbaues des Kindergartennetzes in der Steiermark. Es geht darum, in den Städten noch mehr Kindergartenplätze zu schaffen, vor allem aber im ländlichen Raum. Gerade dort, meine Damen und Herren, ist bei den Eltern das Bedürfnis und das Interesse dafür gewachsen, ihre Kinder in einem Kindergarten unterzubringen. Der Ruf nach einem Kindergarten ist heute in Stadt und Land gleich stark. War die Bedeutung des Kindergartens lange Zeit hindurch unterschätzt worden, vor allem im Hinblick auf die Bildungsfunktion dieser Institution, so müssen wir, und ich möchte das hier zum Ausdruck bringen, heute schon ein wenig acht geben, daß man nicht von einer extremen Situation in die andere kommt. Es soll nicht im Bewußtsein mancher Eltern für die Erziehung der Kinder dem Kindergarten eine Vorrangstellung eingeräumt werden, wodurch unter Umständen die Erziehungsverantwortung in der Familie selbst zu kurz kommen könnte. Warum sage ich das? Auffallend ist, daß nicht nur Familien, wo beide Elternteile berufstätig sind, sondern auch dort, wo die Frauen zu Hause sind und zunehmend auch bäuerliche Familien zum Ganztagskindergarten tendieren. Für die Gesamtentwicklung eines kleinen Kindes im Vorschulalter ist es jedoch, scheint mir, sehr wesentlich, in welchem zeitlichen Ausmaß die außerhäusliche Erziehung erfolgt bzw. begrenzt bleibt. Man muß sagen, daß die Erziehung nicht einseitig ausgerichtet sein darf auf die Erziehung hin zur Schulreife. Ein kleines Kind ist mehr, als nur ein werdendes Schulkind. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse untermauern immer wieder, daß die wichtigste Instanz für das kindliche Aufwachsen immer noch die Familie ist und die Geborgenheit, die das Kind in ihr findet. Schon deshalb ist dem Halbtagskindergarten der Vorzug zu geben. Ganztagskindergärten sollten wohl im erforderlichen Ausmaß errichtet werden, aber vorwiegend jenen zur Verfügung stehen, wo eine Versorgung der Kinder tagsüber in der Familie tatsächlich nicht möglich ist.

Vielleicht sollte man, ich möchte das hier zur Diskussion stellen, in der Schule, in der Erwachsenenbildung, auch auch in der Mütterberatung mehr tun, um junge Eltern auf ihre Erziehungsaufgaben vorzubereiten. Vielleicht sollte es auch gerade im Zuge dieses gigantischen Ausbaues des Kindergartenwesens mehr Aufklärung darüber geben, daß der Kindergarten eine für das Kind zwar sehr wichtige und wesentliche Bildungsstätte ist, daß diese aber immer nur Ergänzung sein kann zur Erziehung des Kindes in der Familie. Auch wäre es wünschenswert und es gibt viele Anregungen, wenn die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Kindergarten auf eine bessere Basis gestellt werden könnte. Ich würde mir persönlich vorstellen, daß man etwa in den Kindergärten Elternbeiräte errichtet. Vielleicht könnte auch das die notwendige Zusammenarbeit fördern.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich zur Frage Sozialtarif, Nulltarif etwas sagen, weil diese Frage in den letzten Monaten mehrmals zum Gegenstand einer Polemik aufgeschaukelt worden ist. Auch der Antrag der SPO-Fraktion hier im Hohen

Haus, durch eine Novellierung des Kindergartenförderungsgesetzes den Nulltarif einzuführen, versucht diese Frage neuerlich zu aktualisieren. Hier scheint mir, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Fraktion, daß es in Ihrer Partei gewisse Kommunikationsschwierigkeiten gibt. Der Herr Finanzminister Androsch hat erst vor kurzer Zeit im Parlament erklärt, daß die Zeit für Nulltarife vorbei sei. Hier sollten Sie sich, glaube ich, in Ihrer eigenen Partei entscheiden, was Sie hier wollen. Aber so rigoros, wie der Herr Finanzminister das getan hat, ist unsere Haltung in dieser Frage Nulltarif nicht. Das möchte ich ausdrücklich feststellen. Hier geht es für uns um den Zeitpunkt, wann es möglich ist, einen solchen einzuführen. (Abg. Brandl: „Der OAAB sagt aber etwas anderes!“) Ich komme darauf zurück, Herr Abgeordneter Brandl. Die Argumente, die derzeit gegen die Einführung des Nulltarifs sprechen, den es übrigens in keinem von der SPO dominierten Bundesland gibt — es gibt ihn nur in Niederösterreich, wo es eine ÖVP-Mehrheit gibt —, haben wir schon bei der Beschlußfassung des Kindergartenförderungsgesetzes dargelegt.

Das steirische Kindergartenförderungsgesetz, lassen Sie mich das sagen, ist in drei Schwerpunkte gegliedert: Erstens, der Personalkostenausschuß, das heißt, für jede erste Kindergärtnerin zu 100 Prozent und für jede weitere zu 50 Prozent Übernahme der Personalkosten durch das Land, wofür 35 Millionen im kommenden Jahr eingesetzt sind, hat nachweisbar zu einer wesentlichen Entlastung der Kindergartenerhalter geführt. Zweitens, die Kindergartenbeihilfe, mit der wir den Sozialtarif eingeführt haben, ist eine Hilfe des Landes, die von den Eltern selbst als großzügig eingeschätzt und angesehen wird. Für die Kindergartenbeihilfe sind im kommenden Jahr 36 Millionen Schilling vorgesehen. Drittens, für die Baukostenzuschüsse, die dem Ausbau und dem weiterem Aufbau des Kindergartennetzes dienen, sind 25 Millionen Schilling vorgesehen. Unser Kindergartenförderungsgesetz hat sich als durchaus positiv für die Entwicklung im ganzen Kindergartenwesen in der Steiermark entwickelt und es wird heute, das darf ich auch sagen, in den anderen Bundesländern bereits als beispielgebend angesehen.

Nun fordert die SPO neuerlich den Nulltarif. Es wurde eine Berechnung des Nulltarifs vorgenommen. Im Vergleich zur bisherigen Förderung hat diese Berechnung ergeben, daß hiefür ein zusätzlicher Mehraufwand von rund 52 Millionen Schilling erforderlich wäre. Sie haben bei allen Ihren Forderungen nach dem Nulltarif nicht gesagt, wo man nun diese zusätzlichen 52 Millionen Schilling hernehmen sollte. Das ist immerhin doppelt so viel, als für das kommende Jahr an Baukostenzuschüssen vorgesehen ist. Lassen Sie mich feststellen. Trotz dieses erheblichen Mehraufwandes, der erforderlich wäre, bliebe bei Einführung des Nulltarifs für die Bauförderung, die ein wesentlicher Faktor in unserem Förderungssystem ist, überhaupt nichts mehr übrig. In Wirklichkeit weniger als nichts. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das gibts nicht!“) Ich bitte Sie, diese Frage zu überdenken, wo die Chancengleichheit für alle Kinder, wie Sie das hier immer deponieren, bliebe. Es gäbe, würden wir den Nulltarif einführen,

privilegierte Kinder. Es gäbe daneben eine Mehrzahl von Kindern in unserem Land, für die auch in Zukunft kein Kindergartenplatz zur Verfügung stehen würde. (Abg. Brandl: „Das ist falsch!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Je teurer der Kindergarten, um so mehr gehen!“) Im seinerzeitigen Minderheitenantrag hat die SPO-Fraktion noch einen 50prozentigen Baukostenzuschuß vom Land verlangt. Von der Bauförderung sind Sie, meine Damen und Herren von der SPO, innerhalb nur eines Jahres offenbar vollkommen abgerückt. Lassen Sie mich noch folgendes sagen: Den Nulltarif jetzt einzuführen, würde daher nicht nur einen erheblichen zusätzlichen Mehraufwand bedeuten, sondern auch eine Stagnation im weiteren Ausbau des Kindergartenwesens bewirken. Es würde also ein Zustand herbeigeführt werden, den wir mit dem Kindergartenförderungsgesetz endlich überwunden haben.

Nun zur Polemik um den Nulltarif, die der Herr Landesparteivorsitzende der SPO entfacht hat. Ich bedauere es nicht nur, daß er jetzt nicht anwesend ist (Abg. Gerhard Heidinger: „Es sind mehrere nicht da!“), sondern auch, daß diese Polemik der Herr Landesparteivorsitzende der SPO selbst entfacht hat und zwar unter Bezugnahme auf eine Länderkonferenz des OAAB, die am 28. Juni dieses Jahres in Tirol stattgefunden hat. Es hat sich im Rahmen dieser Länderkonferenz ein Arbeitskreis und zwar unter meinem Vorsitz mit der Frage des Kindergartenwesens aus gesamtösterreichischer Sicht befaßt. Dabei wurde festgestellt, daß der OAAB den Nulltarif als eine langfristige Zielsetzung ansieht. Dazu haben wir uns als ÖVP-Fraktion in diesem Haus — ich bitte die Protokolle nachzulesen — schon seinerzeit bekannt. Es wurde nun im Rahmen dieser Länderkonferenz und auch in der nachfolgenden Pressekonferenz festgestellt, daß der OAAB dem Ausbau des Kindergartenwesens den Vorrang einräumt und gleichzeitig die Einführung einer Kindergartenbeihilfe als Sozialtarif unter ausdrücklichem Hinweis auf das steirische Kindergartenförderungsgesetz, allen anderen Bundesländern empfiehlt.

Am 1. Juli haben die österreichischen Tageszeitungen, auch die steirischen, völlig korrekt darüber berichtet. Ich war daher sehr erstaunt, am 2. Juli in der „Neuen Zeit“ einen Artikel zu finden, in dem der Herr Landesparteivorsitzende der steirischen SPO, Sebastian, in einer überaus polemischen Stellungnahme zu dieser Länderkonferenz des OAAB, der ÖVP ein Doppelspiel vorwirft. Eine Unterstellung, die ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen möchte. Aus der „Neuen Zeit“ vom 23. November — es hat damit nicht sein Bewenden gehabt, es gab eine Fortsetzung — lese ich im Bericht über die Parteitagsrede des Herrn Landesparteivorsitzenden der SPO und ich darf hier wörtlich zitieren: „Die VP hat den kostenlosen Kindergartenbesuch verhindert. Jetzt fordert ihn der OAAB.“ Was soll das, meine Damen und Herren? Diese Frage würde ich gerne an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter richten, wenn er im Saal anwesend wäre. Ich weiß nicht, was der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian mit diesen Behauptungen bezweckt. Ich sage es ganz klar. Ich finde dieses

Vorgehen unseriös. Mehr möchte ich zu dieser Frage gar nicht sagen. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Die Landtagssitzung wird zwecks Lüftung des Saales eine halbe Stunde unterbrochen. Fortsetzung um 20.10 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 19.35 Uhr.)

(Wiederaufnahme der Sitzung: 20.15 Uhr.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf und ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Strenitz das Wort zu der Gruppe 2.

Abg. Dr. Strenitz: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bevor ich mich dem eigenen Thema zuwende, möchte ich eine ganz kurze Anmerkung zu dem schönen Vergleich machen, den der Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart heute nachmittag gezeichnet hat, nämlich von jenem Herrn und dem Zotteltier, das für sein Herrl bellt. Ich hätte da in aller Bescheidenheit auch ein ganz schönes Beispiel. Vor kurzem fand die Landeskonferenz der Jungen ÖVP in der Steiermark statt, bei der als Hauptredner der Herr Landeshauptmann Dr. Niederl angesagt war, der es allerdings vorzog, nicht zu erscheinen; aus welchen Gründen immer, darüber möchte ich mich nicht verbreitern. Erschienen ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart mit dem Konzept einer Rede, die an sich für Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl geschrieben worden war. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Ich habe schon auch meine eigenen Ideen!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist aber neu!“) So las ich es in der „Südost-Tagespost“ und das ist eine ehrenwerte Zeitung, die ich wohl zitieren darf. (Abg. Dr. Dorfer: „So etwas kann in der SPÖ nicht passieren, dort gibt es keine offene Reden!“) Landeshauptmannstellvertreter Wegart verlas jedenfalls die für Dr. Niederl geschriebene Rede und es zeigt sich, daß das Verlesen solcher Konzepte durchaus nicht langweilig sein muß, sondern im Gegenteil: Diese Landeskonferenz der Jungen ÖVP war sogar sehr turbulent, womit bewiesen ist, daß auch das Bellen für andere eine ganz schöne Wirkung haben kann.

Nun aber zum Thema, meine Damen und Herren. Die gesamte sozialistische Landtagsfraktion hat am 19. November 1974 als Initiativantrag den Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung und Erhaltung von Kinderspielplätzen eingebracht. Unsere ausschlaggebenden Überlegungen waren, daß unsere Kinder vor allem in den Ballungszentren kaum noch die Möglichkeit haben, ihrem Bewegungsdrang freien Lauf zu lassen, weil die Ausdehnung der Siedlungsgebiete und die immer intensivere Nutzung der Grundstücke es mit sich bringen, daß allgemein zugängliche Flächen immer weniger vorhanden sind bzw. nur noch immer schwieriger und gefährvoller zu erreichen sind. Das Paradoxon, das wir zwar für Autos Garagen haben, jedoch für unsere Kinder nicht zwingend Spielplätze vorschreiben, ist inzwischen ja immer mehr ins ge-

sellschaftliche Bewußtsein gedrungen. Nachdem bis zum Beginn der heurigen Herbstsession, seitens des zuständigen Regierungsmitgliedes keine Reaktion sichtbar war, habe ich den Herrn Landeshauptmann in der ersten Sitzung der Herbstsession nach dem Stand der Dinge gefragt. Landeshauptmann Dr. Niederl versuchte in dieser Fragestunde die Schuld für die Verzögerung dem Bundesministerium für Bauten und Technik zuzuschieben, was allerdings nicht gelang. Denn erstens befand sich die Stellungnahme des Bundesministeriums zum Zeitpunkt der Fragestunde tatsächlich bereits bei der zuständigen Abteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung und zweitens erscheint mir viel entscheidender, daß sich der zuständige Referent mit solchen Rechenkunststücken und dem Postlauf nicht entschuldigen kann, weil nämlich von der Einbringung 24. April 1974 bis zu jener Fragestunde bereits eineinhalb Jahre vergangen waren, ohne daß der Herr Landeshauptmann einen Gesetzesentwurf vorgelegt hätte.

Zur Zeit befindet sich ein Beamtenentwurf, und zwar eine Novelle zur Bauordnung im Stadium des Anhörungsverfahrens. Die Vorstellungen des Amtes weisen jedoch einige grundsätzliche Unterschiede zu unseren Vorstellungen bzw. zu unserem Gesetzesentwurf auf. Nicht so sehr was die Relation der einzelnen Wohnungen zu den geforderten Quadratmetern je Kinderspielplatz betrifft, sondern vielmehr was die grundlegende Verpflichtung des Gesetzes überhaupt anlangt. Während nämlich der Beamtenentwurf lediglich Bauwerber zur Errichtung und Erhaltung von privaten Kinderspielplätzen verpflichtet, sieht unser Entwurf auch die Verpflichtung für alle Gemeinden vor, weil es nämlich darum geht, nicht nur für eine beschränkte Anzahl von Kindern Kinderspielplätze zu errichten, sondern auch solche, die allen Kindern zur Verfügung stehen und weil es aus pädagogischen Gründen erwiesenermaßen notwendig ist, daß auch Kinder aus verschiedenen Stadtteilen und Bevölkerungsschichten gemeinsam miteinander spielen. Weil aber eine solche Verpflichtung der Gemeinden in der Bauordnung nicht möglich erscheint, sondern allenfalls im Raumordnungsgesetz, dann aber die Materie wiederum in zwei Gesetze zersplittert wäre, was auch nicht vorteilhaft erscheint, ergibt sich nur die weitere Konsequenz zur Erlassung eines eigenen Kinderspielplatzgesetzes als Nebengesetz zur Bauordnung. Im übrigen würde die Erlassung eines eigenen Gesetzes die Bedeutung, welche wir dieser Materie beimessen, sichtbar unterstreichen. Ohne nun den Verhandlungen vorgreifen zu wollen, so glaube ich doch namens meines Klubs sagen zu dürfen, daß die sozialistische Fraktion dieses Hauses auf ein eigenes Kinderspielplatzgesetz nicht verzichten können wird. Im übrigen sind wir, meine Damen und Herren, mit dieser Meinung durchaus nicht allein. Der niederösterreichische Landtag hat schon mit Gesetz vom 12. Juli 1973, das am 1. Jänner 1974 in Kraft getreten ist, ein eigenes Kinderspielplatzgesetz beschlossen, nachdem die Möglichkeit, einige Bestimmungen in der Bauordnung zu verankern, zunächst durchaus diskutiert worden ist. Auch die niederösterreichische Regelung enthält, im Gegensatz zu dem vorliegenden Beamtenentwurf, für Ge-

meinden die Verpflichtung zur Errichtung eines öffentlichen Kinderspielplatzes.

Meine Damen und Herren! Wir haben weiters in einem Antrag vom 21. Oktober 1975 die Landesregierung aufgefordert, eine wissenschaftliche Studie in Auftrag zu geben, welche die Erarbeitung von Grundlagen und Vorschlägen für die Gestaltung von Kinderspielplätzen zum Ziele haben muß. Das muß nicht unbedingt auf die Gestaltung von Robinsonspielplätzen hinauslaufen. Worauf es uns ankommt, ist, ein bißchen das Bewußtsein dafür zu wecken, mit welcher entsetzlicher Einfallslosigkeit heute oft unsere Kinderspielplätze gestaltet sind und welche kräftige Portion Kinderfeindlichkeit in dem heute praktizierten System steckt. Das beginnt einmal damit, daß eine institutionelle Zusammenarbeit zwischen Bewohnern und Behörden wohl zufällig einmal da, einmal dort möglich ist, aber keineswegs zum System gehört, also keine Zusammenarbeit zwischen Eltern einerseits und Genossenschaften, Planungs- und Baubehörden, Jugendämter, Gartenämter, andererseits gegeben ist. Ich glaube, daß ein solcher wechselseitiger Kontakt zwischen Planern und Betroffenen eigentlich auch ohne die Einschaltung von Bürgerinitiativen notwendig sein müßte. Wo, wenn überhaupt, und mit welcher Ausstattung Kinderspielplätze entstehen, entscheidet allein die Behörde und dementsprechend sehen die meisten auch aus. (Abg. Buchberger: „Ein gescheiter Bürgermeister macht einen Kinderspielplatz auch ohne Gesetz!“) Dazu einige Beispiele: Die Flächen zwischen den Wohnsilos sind in 99 von 100 Fällen bretteleben, mit kurz geschnittenem Rasen, einer Bank, einer Klopfstange, einer Tafel: „Fußballspielen und Betreten des Rasens verboten.“ Niemand kommt bei uns auf die Idee, was in anderen Staaten durchaus üblich ist und praktiziert wird, etwa das Aushubmaterial liegen zu lassen, es mit Büschen und Bäumen dicht zu begrünen, was eine reizvolle Hügellandschaft ergeben könnte, mit gewundenen Wegen und einem kleinen Teich und vielleicht irgendwo am Rand eine Gstätte zum Fußballspielen übrig zu lassen. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das passiert seit neuestem in Graz!“) Das ist sehr erfreulich, Herr Landeshauptmann, leider Gottes sehr spät und in auch nur verschwindendem Maße. Vielleicht sollten wir auch einmal den Gedanken ventilieren, in größeren Siedlungen die Gehsteige und Fahrbahnen für spielende Kinder zu öffnen. Der Gedanke, Fahrbahnen für spielende Kinder zu öffnen, erscheint uns deswegen so absurd, weil uns ganz einfach der Vorrang des Autos vor unseren Kindern schon so in Fleisch und Blut übergegangen ist. (Abg. Pözl: „Damit sie nicht zusammengeführt werden!“) Aber was wäre dabei, die Autos z. B. durch baulich vorgegebene Richtungsänderungen dazu zu zwingen, in solchen Siedlungen im Schrittempo zu fahren. Und was schließlich die konventionellen Spiel- und Klettergeräte anlangt, so ähnlich sie in ihrer Einfallslosigkeit oft mehr Löwenkäfigen (Abg. Pözl: „Das ist zu infam!“) als daß sie etwa Anreiz zum Spielen und zu Kreativität sein würden. Warum nicht z. B. mehr Holz in allen Formen, in allen Größen, warum nicht mehr Hüttenwände zum Bemalen, warum immer nur die Sandkästen 3 × 3 m und quadratisch, statt 30 × 30 m

und in allen Formen, mit viel Wasser zum Bauen von Burgen und vielen anderen Dingen. Warum, meine Damen und Herren, auf den Spielplätzen immer nur Aufsicht durch Pensionisten, damit dort keine Papierln wegwerfen werden und warum nicht einmal eine Betreuung durch Turnlehrer mit Volleyballgeräten, mit Tischtennistischen usw. Warum Tiere immer nur im Zoo, warum nicht Kinderbauernhöfe, wo die Kinder Tiere aktiv betreuen können, was in ihnen sicherlich das Gefühl für Lebewesen, Natur und Landschaft wecken würde. Das sind alles Dinge, die mir nicht allein eingefallen sind, sondern die es in anderen Staaten durchaus gibt, die aber bei uns leider Gottes noch allzu selten sind.

In dem Zusammenhang ein kleiner Vorschlag, der vielleicht ein bißchen utopisch klingt, aber von mir durchaus ernst gemeint ist. (Abg. Pözl: „War schon so viel dabei!“) Wir haben in letzter Zeit teilweise den Zugang zu Rasenanlagen geöffnet, warum eigentlich nicht auch zu Planschbecken und Brunnen? Konkret: ist es so absurd, in dem 40 cm tiefen Graben im Stadtpark, der sich an den Rand des Burggartens schließt, unsere Kleinkinder im Sommer ein bißchen planschen zu lassen? Niemand will den Schwänen etwas zu leide tun, die würden sich in den Teichen am Rosenhain auch wohl fühlen. (Abg. Pözl: „Die Ärzte haben etwas dagegen!“) Natürlich müßte das Becken gesäubert werden. Aber dieses Problem haben sie ja auch in allen öffentlichen Schwimmbädern. (Abg. Ing. Turek: „Am Rosenhain hat der Moser seine Fische drinnen!“) Es besteht kein Grund zur Annahme, meine Damen und Herren, daß die Grazer weniger Disziplin als etwa die Holländer oder Belgier hätten, wo Wiesen und Gewässer längst frei zugänglich gemacht wurden.

Aber jetzt, meine Damen und Herren, ein paar Bemerkungen zur Kindergartenerhaltung, weil die Kollegin Jamnegg auch einige Sätze dazu gesagt hat. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die wesentlichen Impulse in dieser Frage von der sozialistischen Fraktion dieses Hauses ausgegangen sind, was sich an Hand der Chronologie der eingebrachten Anträge und Initiativen sehr leicht belegen läßt. (Abg. Jamnegg: „Aber Sie haben das Gesetz leider nicht mitbeschlossen!“) Wir haben schon am 11. Februar 1972 den ersten Antrag eingebracht, den Kindergartenerhaltern Zuschüsse zu den Personalkosten zu gewähren und wir haben diese Initiative noch im selben Jahr durch den Text einer Novelle zum Kindergartenerhaltungsgesetz ergänzt, wonach das Land die Kosten für das geprüfte Personal zur Gänze zu tragen hätte. Das Kindergartenerhaltungsgesetz vom 13. Mai 1974 hat, und ich sage das ganz offen, die Erwartungen und die Hoffnungen der sozialdemokratischen Partei dieses Landes aber damit auch vieler Zehntausender Eltern in der Steiermark nicht erfüllt. (Abg. Jamnegg: „Voll erfüllt!“ — Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Fragen Sie die Leute! Reden Sie einmal mit den Eltern!“) Sie haben uns damals, meine Damen und Herren von der ÖVP, in folgenden Punkten niedergestimmt: in der für die Kindergartenerhalter so wichtigen Frage der vollständigen Tragung des Personalaufwandes für das geprüfte Personal. Sie haben uns weiters niedergestimmt in der Frage des Rechts-

anspruches aller Kindergartenerhalter auf Ersatz der halben Baukosten und damit es keinen Irrtum gibt (Abg. Jamnegg: „In Ihrem Entwurf zur Novelle verlangen Sie das gar nicht mehr!“), nicht nur des Rechtsanspruches öffentlicher Gebietskörperschaften, sondern aller Institutionen, die beabsichtigen, einen Kindergarten zu bauen oder auch alte Gebäude für Zwecke eines Kindergartens zu adaptieren, das können Betriebe, Religionsgemeinschaften, Elterngemeinschaften usw. sein. Sie haben uns schließlich auch in der für alle Eltern so entscheidenden Frage der grundsätzlichen Unentgeltlichkeit des Kindergartenbesuches niedergestimmt, obwohl die Funktion des Kindergartens als wichtigster Teil der Vorschulerziehung unbestritten und ja auch die Grundschule selbstverständlich unentgeltlich ist. (Abg. Jamnegg: „Die Antwort habe ich schon vorher gegeben. Sie waren nicht da!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Der Generaldirektor soll etwas zahlen!“) Die Sozialistische Partei dieses Landes wird sich aber durch Ihre damals an den Tag gelegte wenig verhandlungsbereite Haltung nicht davon abhalten lassen, diese Ziele im Interesse unserer steirischen Kinder mit allen demokratischen Mitteln auch weiterhin zu verfolgen. (Abg. Dr. Eichinger: „Die Sozialdemokraten haben nicht zugestimmt!“) Ich treffe diese Feststellung nicht leichtfertig, meine Damen und Herren, und so komme ich jetzt auf die Kostenfrage zu sprechen. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Zusätzlich 300 Millionen Schilling!“)

Es ist dieser Feststellung eine lange und eingehende Diskussion in unserem Klub vorausgegangen. Wir verschließen nicht die Augen vor den Kosten, die mit einer solchen Maßnahme verbunden sind. Aber wir sind der Auffassung, daß genauso wie es möglich war, den Kindergartenaufwand von 9 Millionen Schilling im Jahr 1973 (Abg. Jamnegg: „Auf 96 Millionen Schilling im Jahr 1976!“) auf 96 Millionen Schilling im Jahr 1976 zu erhöhen, es möglich sein müßte, bei dem allgemeinen Bekenntnis zur Priorität der bestmöglichen Förderung für unsere Kinder, in einem Budget von nahezu 11,6 Milliarden Schilling die Bedeckung und die Finanzierung zu finden. (Abg. Dr. Eichinger: „Die Herrn Generaldirektoren danken bereits!“) Diese Deckung wird sich finden lassen, wenn wir zunächst einmal dieses Bekenntnis zur Priorität der bestmöglichen Kinderförderung ablegen und uns dann gemeinsam zusammensetzen, um die Bedeckungsmöglichkeiten zu finden. (Abg. Jamnegg: „Der Ausbau würde stagnieren. Wo bleibt die Chancengleichheit?“) Es stimmt uns sehr traurig, was Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, im vergangenen Jahr anlässlich der Debatte zum Kindergartenförderungsgesetz gesagt haben. Sie haben unsere Sorge um die steirischen Kinder mit Begriffen wie Geschenksdemokratie, Verteilungssozialismus und Gleichmacherpolitik abgetan. Wobei diese Begriffe durchaus noch zu den harmlosesten zählten. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Der Reiche soll es selber zahlen!“) Ich habe das Protokoll dieser Sitzung hier. Ich könnte es Ihnen vorlesen, wenn Sie es nicht glauben. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Wir glauben es Ihnen ja!“) Im Oktober des vergangenen Jahres hat — (Abg. Jamnegg: „Der Finanzminister hat den Nulltarif abgelehnt! Ich habe es Ihnen früher schon gesagt!“) Dabei hat er

nicht die Kindergärten gemeint, Frau Kollegin Jamnegg. Während wir im Mai über diese Frage diskutiert haben und Sie uns diese Dinge gesagt haben (Abg. Jamnegg: „Jetzt, gerade früher habe ich es gesagt!“), mußten wir im Oktober des vergangenen Jahres in einer Wahlbroschüre der ÖVP lesen — ich habe diese hier —, daß die ÖVP den kostenlosen Kindergartenplatz anstrebt. (Abg. Jamnegg: „Als langfristige Lösung!“ — Abg. Brandl: „Doppelzüngig!“) Bei einem solchen Auseinanderklaffen öffentlich und auch schriftlich verkündeter Meinungen, fällt es schwer zu glauben, daß hier nicht parteipolitische Interessen den Ausschlag gegeben haben. (Abg. Schrammel: „Der Finanzminister kann ohnedies nicht mit!“) Im übrigen hat fast zur gleichen Zeit, als Sie uns in diesem Haus niedergestimmt haben, der OAAB bei verschiedenen Tagungen den kostenlosen Kindergartenplatz gefordert und hat auch im Land Niederösterreich die ÖVP gemeinsam mit den Sozialisten einer Regelung zugestimmt, welche für Kindergärten den Nulltarif gebracht hat. Sie wollen doch nicht, Herr Landeshauptmann Dr. Niederl, eingestehen, daß Ihre steirische Partei, was eine moderne zukunftsweisende Behandlung dieser Frage betrifft, so weit hinter Ihren niederösterreichischen Parteifreunden zurücksteht. (Abg. Jamnegg: „Ich habe versucht, es Ihnen vorher klarzumachen, es nützt alles nichts!“ — Landesrat Bammer: „Mit untauglichen Mitteln!“ — Abg. Brandl: „Noch einmal wiederholen!“) Kollegin Jamnegg, ich habe versucht, Ihnen die Antwort zu geben, aber offensichtlich ist es bei einem Versuch geblieben, weil Sie, eingebettet in die Linie Ihrer Partei, eben zu keinem anderen Ergebnis kommen können. (Abg. Jamnegg: „Wir wollen mehr Kindergartenplätze, das ist das Entscheidende!“)

Zu überdenken ist auch die Ausbildung unserer Kindergärtnerinnen — und die Frage ist hier angebracht, warum nicht auch unserer Kindergärtner — in zeitlicher und inhaltlicher Hinsicht, ihr Dienstrecht, das es notwendigerweise zu vereinheitlichen gilt, ihre Bezahlung und auch ihren sozialen Status, der eine Aufwertung manchmal durchaus verdienen würde.

Als letztes und vielleicht wichtigstes. Das Kindergartenproblem ist nicht nur ein quantitatives, in Zahlen meßbares und finanziell zu bewältigendes, sondern es ist vor allem auch ein qualitatives. Eine Fülle pädagogisch-didaktischer Probleme und Fragen, solche sozialkommunikativer und räumlich konstruktiver Natur sind noch zu bewältigen. Es bedarf in einer sich täglich wandelnden Gesellschaft einer erneuten und verstärkten Diskussion der Erziehungsziele in den Kindergärten, als Ergänzung zu den oft sehr individuell und materialistisch orientierten Erziehungsziele der Kleinfamilie, genauso wie umgekehrt eine stärkere Einbindung der Eltern in den Kindergarten bzw. ein Mindestmaß an demokratischer Mitbestimmung auch in den vorschulischen Erziehungseinrichtungen möglich sein müßte. (Abg. Pözl: „Die Tante muß ausgewechselt werden!“) Denkbar wäre die Gründung eines Kindergarteninstitutes mit Hochschulcharakter, welches als interdisziplinäres Institut mit Sachbereichen aus Psychologie, Soziologie, Pädagogik, Kommunikations-

wissenschaften, Architektur usw., die wissenschaftlichen Grundlagen für eine Weiterentwicklung unseres Kindergartenwesens erarbeiten sollte.

Chancengleichheit, und ich glaube, darüber sind wir uns alle einig, beginnt mit dem Bildungssystem und dieses wiederum hat seinen Ausgangspunkt im Kindergarten. Der Alfred-Schachner-Gedächtnis-Fonds hat die aus einem Wettbewerb zu diesem Thema gewonnenen Ideen in einer Broschüre zusammengefaßt. Auch diese Arbeit will keine abschließende sein, sondern Beitrag zu einer Diskussion und zu einem Gespräch, das im Interesse aller unserer steirischen Kinder weitergeführt werden muß.

Zuletzt noch eine Frage an den Referenten, Herrn Landesrat Jungwirth. In der Steiermark ist in der letzten Zeit ein Fall vorgekommen, daß eine Bezirkskindergärtnerin von Bruck nach Leoben versetzt worden ist, obwohl es in Leoben durchaus vorgebildete Kindergärtnerinnen gibt, die in der Lage wären, diese Funktion auszuüben. Daher frage ich abschließend den Herrn Landesrat Jungwirth, nach welchen Kriterien und Gesichtspunkten solche Maßnahmen in seinem Referat durchgeführt werden. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Schilcher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Schilcher: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Gestatten Sie mir eine allgemeine Bemerkung. Budgetzeit ist die Zeit der Zahlen. Das ist heute vom Präsidenten Ileschitz angefangen bis zur bemerkenswerten Rede des Herrn Präsidenten Gross, bis zum Dr. Strenitz gegangen. Durchlaufender roter Faden war, wir nähern uns der Bildungsgesellschaft — wie Abgeordneter Ileschitz gesagt hat — mit Riesenschritten und erreichen das Ziel, in dem wir die Ansätze im Budget jeweils erhöhen. Das war in der letzten Wortmeldung deutlich zu hören. Nun will ich nicht bestreiten, daß es vor allem auch in der Bildungspolitik entscheidend und wichtig ist, daß Geld vorhanden ist. Ohne Geld gibt es auch hier keine Musik. Hinter diesen Vorstellungen steht in Wahrheit eine Philosophie, die der Herr Landesrat Dr. Klausner in seiner Einbegleitung des Budgets sehr klar herausgestellt hat — als Irrtum —, nämlich die Philosophie, daß sich automatisch aus mehr Geld auch schon eine bessere Qualität ergibt. Ich glaube, das ist nicht so.

Ich habe mir heute das Budget angeschaut, weil mich diese vielen Zahlen interessiert haben, die der Herr Präsident Ileschitz, vor allem als Zuwachsausleistung der Bundesregierung im Straßenbau, im Zusammenhang mit anderen Gebieten und auch der Bildung, genannt hat. Es steht tatsächlich fest, daß z. B. die Aufwendungen für die Pflichtschulen in der Steiermark, für den Wohnbau, für die Gesundheit 6 Milliarden Schilling ausmachen, also mehr als 50 Prozent des gesamten Budgets. Wenn man sich jetzt überlegt, daß sich hier eigentlich die Philosophie im wesentlichen bis jetzt darauf beschränkt hat, zu sagen, daß wir für die Gebiete Schulen, Bildung, Gesundheit, Wohnbau, jährlich ein paar Milliarden Schilling mehr ausgeben und dann die Probleme offenbar gelöst sind. Diese Philosophie

geht nicht auf. (Abg. Ileschitz: „Wovon leiten Sie das ab, daß wir uns das so billig machen?“)

Sie haben gesagt, die Bundesregierung ist so hervorragend, sie hat die Mittel für den Straßenbau um soundso viele Milliarden Schilling erhöht. Der Herr Minister hat gesagt, die Bundesregierung hat die Mittel für den Wohnbau erhöht, damit sind die Probleme gelöst. (Landesrat Bammer: „Alles zu wenig!“) Herr Abgeordneter Ileschitz. Da ist nichts dagegen zu sagen. Es erhebt sich nur die Frage, was hinterher herauskommt. Wir erhöhen die Mittel für den Wohnbau und werden mit immer weniger Wohnungen konfrontiert, die sich immer weniger Menschen leisten können. Wir erhöhen die Mittel für die Spitäler. Ich war zu Mittag auf Besuch im Spital. Die Zahl derer, die am Gang liegen, wird immer mehr. Im 1. Stock der Nervenklinik ist überhaupt nur mehr ein Bett neben dem anderen.

Dieselbe Frage muß man sich in der Bildungspolitik stellen, nämlich: Geht sich das aus? Immer mehr investieren, nur auf das Geld schauen, das ich hineinschiebe, ohne zu prüfen, was da hinten herauskommt, ob das überhaupt noch in einem Verhältnis steht zu dem, was ich oben hineinschiebe. In dem Zusammenhang, Herr Präsident Ileschitz, geht es für mich auch um die Frage der Chancengleichheit. Da behaupte ich, daß Sie ein zumindest angespanntes Verhältnis zu den Fakten bewiesen haben. Ich bin auch der Meinung, daß die Zielsetzung Chancengleichheit sein muß. Ich behaupte, sie ist durch die jetzige Art der Politik nicht nur nicht erreicht worden, sondern wir haben in den letzten fünf Jahren eine eindeutige Stagnation auf dem Weg zur Bildungsgesellschaft. Ich werde versuchen, das an Hand von einigen Zahlen zu erläutern. Wir haben 1956 5700 Maturanten gehabt, die haben sich 1960 auf 11.700 erhöht, also verdoppelt. Das ist dann die ganzen Sechzigerjahre etwa gleich geblieben. 1970 waren es 14.000 Maturanten, und 1975 ist die Zahl auf 20.700 gestiegen. Da könnte man sagen, das ist schon ein eindeutiger Beweis der Bildungsgesellschaft, eine Mengenkonzunktur zumindest, wenn man nur einen quantitativen Maßstab anlegt. Schaut man näher hin und untersucht diese großen Sprünge zwischen 1956/60/70 und 1975, so gibt das sehr einfache Erklärungen. 1956 auf 1960 läßt sich einfach durch den Hitlerschen Fruchtbarkeitsfetischismus erklären, das sind nämlich die Jahrgänge 1939 bis 1945, die damals einfach an die Mittelschulen gegangen sind und dort den Stand der Maturanten rapide erhöht haben. Von sozialer Chancengleichheit keine Rede, denn das waren zu 99 Prozent nahezu Angehörige, sogenannter bildungsnaher Familien, also nicht Bauernkinder, nicht Arbeiterkinder, nicht Kinder von kleinen Gewerbetreibenden. Der Sprung von 1960 bis 1970, der im wesentlichen gehalten wurde, ist nun tatsächlich erstmals eine Erweiterung in neue Bildungsschichten hinein gewesen, und zwar hauptsächlich durch die Erkenntnis, daß mehr Bildung sich automatisch in mehr Geld und mehr Prestige umsetzen läßt. Damals sind erstmals die Beamtengehälter kräftig erhöht worden, und, wie Sie wissen, strömen sehr viele Maturanten und vor allem Akademiker in die Beamtenlaufbahn hinein. Dieser Zustand hat sich seit 1970 nicht mehr verändert. Denn die Erhöhung

von 1970 auf 1974 ist eine reine Mengenkonzunktur der sogenannten „höheren Töchter“. Dort hat sich nämlich, sehr erfreulich im Sinne der Chancengleichheit zwischen Mann und Frau, der Anteil der Mädchen an den höheren Schulen von 19 Prozent im Jahre 1970 auf 51 Prozent im Jahre 1975 erhöht, das heißt, wir haben heute an den AHS überall bereits eine Mehrheit der Mädchen. Dasselbe setzt sich an den Hochschulen fort. Auch an den Hochschulen hat sich in den fünf Jahren eine Zunahme der Mädchen von 13.000 auf 23.000 ergeben, also eine gewaltige Explosion. Wenn Sie aber die soziale Schichtung und die regionale Herkunft dieser Leute anschauen, so kommen sie aus dem sogenannten „besseren Haus“. Sie brauchen heute nur in unsere Hörsäle zu gehen, um festzustellen, daß dort umfangreiche Pelzmodenschauen veranstaltet werden. Das ist nicht nur abzulehnen, zwar erfreulich für Lehrende an Hochschulen, nur hat es mit der offenen Bildungsgesellschaft nichts zu tun. Ja, ich behaupte im Gegenteil, diese sogenannte offene Bildungsgesellschaft tendiert immer mehr zu einer geschlossenen Gesellschaft der Gebildeten. Und ich behaupte ein zweites, nämlich daß auch heute noch oder gerade in den letzten fünf Jahren der Storch immer noch entscheidenden Einfluß auf die Bildungschancen ausübt, mehr als der Unterrichtsminister. Denn, wenn sie heute in einer Stadt geboren sind (Landesrat Bammer: „Auch er kommt aus dem Burgenland, wo die Störche zu Hause sind!“) — auch dort, Herr Landesrat, der ist dort in arger Konkurrenz, aber wie gesagt, der Storch siegt —, ist ihre Chance, eine höhere Schule zu besuchen, um genau neunmal größer als in einer Kleingemeinde. Die Schülerverlaufstatistik der Steiermark zeigt, daß in Gemeinden mit 500 Einwohnern etwa 5 Prozent den Übertritt von der vierten Schulstufe zur höheren Schule durchmachen, während in einer Stadt mit 100.000 Einwohnern dieselbe Übertrittsrate 45 Prozent beträgt. Es ist weiters ganz entscheidend, ob sie in Wien auf die Welt kommen oder in den übrigen Bundesländern, denn dort ist es 12 mal eher sicher, daß sie eine höhere Schulbildung annehmen als z. B. im Burgenland, in Teilen der Steiermark, Oberösterreich und Niederösterreich. Weiters ist es ganz entscheidend, wen sie sich als Vater aussuchen. Wenn der Vater Maturant ist und wenn der Vater Hochschulbildung hat. Obwohl sie nur 8 Prozent der Bevölkerung ausmachen, stellen sie 50 Prozent der Studierenden an den Hochschulen. Diese Zahl, Herr Abgeordneter Ileschitz, stagniert seit sechs Jahren. Seit sechs Jahren hat sich der Anteil der Arbeiterkinder, der Bauernkinder und der Kinder der kleinen Gewerbetreibenden weder an den Hochschulen noch in den höheren Schulen verändert. Also hier von Riesenschritten in die Bildungsgesellschaft zu reden, ist falsch. Da muß ich ehrlich sagen, im Gegenteil, wir erleben eine neue Elitarisierung. Eine die deshalb nicht ganz unerfreulich ist, weil sie die Chancengleichheit zwischen Mann und Frau etwas ausgleicht, aber sozial gesehen, ist der Weg ganz anders. Ein Maturant kostet heute im Durchschnitt 20.000 Schilling pro Jahr, ein Student bereits 100.000 Schilling und das zahlen die kleinen Leute, die an sich nach der ganzen Statistik, die wir verfolgen können, nie die

Chancengleichheit haben, selbst eine solche höhere Schulbildung zu genießen.

Da muß ich nur eines hinzufügen, weil es auch aktuell ist. Die Frau Minister Firmberg hat erklärt, den Studenten geht es ja so prächtig, wir brauchen die Studienbeihilfen gar nicht zu erhöhen. (Abg. Gratsch: „Das hat sie nicht so gesagt!“) Bitte, denen geht es wirklich nicht ganz so schlecht. Das Problem ist nur, daß die Studienbeihilfe keinen Anreiz mehr darstellt, daß neue Bildungsschichten an die Hochschulen kommen. Warum? Weil seit drei Jahren die Einkommensgrenzen nicht erhöht wurden. Das bedeutet: Wir haben Inflationsleichen. Wir hatten im Jahr 1972 13.000 Studienbeihilfenbezieher bei damals rund 63.000 Hörern. Wir haben heute nur mehr 10.000 Studienbeihilfen bei 73.000 Hörern. Die wirklich Bedürftigen fallen heraus. Wir haben auch eine völlig neue Streuung. Die Höchststipendien werden nur mehr von 60 Prozent erreicht, vor drei Jahren waren es noch 80 Prozent. Dafür bekommen sehr viele sehr kleine Stipendien. Ob das sehr sinnvoll ist, weiß ich nicht.

Nun, ich glaube, daß man auch wohl die Frage stellen muß nach der Qualität dessen, was bei diesen ungeheuren Aufwendungen für Bildung letztlich herauskommt. Der Herr Abgeordnete Strenitz hat ja einiges gesagt, ich möchte da aber einiges noch ergänzen. Ich glaube, es gibt sichtbare Symptome, daß vieles mit unserer Bildungssituation nicht stimmt. Dazu gehört in erster Linie der überforderte Schüler. Wir wissen heute aus Untersuchungen und aus eigener Erfahrung — jeder, der Kinder hat, hat diese —, daß die Art des Schulunterrichtes, die Intensität des Schulunterrichtes, die Abwicklung des Schulunterrichtes unsere Kinder überfordert. Diese Kinder werden neurotisch, depressiv. Es gibt Achtjährige, die bereits neurotisch sind und depressiv also eine ganz erstaunliche Entwicklung. Es gibt Kinder, die physische und psychische Schäden haben, alle wissen wir, vor allem im Raum Wien, daß die Kinder immer fettleibiger werden. Die Bäuche wachsen sozusagen bei sehr vielen schneller als das Hirn. Wir haben eine Untersuchung in Wien an 27 Volksschulen vorliegen. Danach haben 73 Prozent aller Kinder außerhalb der Schule überhaupt noch nie Sport betrieben. 80 Prozent haben nie ein Instrument in die Hand bekommen, das ist übrigens eine zweite Frage. Die Schule scheint immer mehr rein in Richtung rationale Wissensvermittlung auszubilden, der restliche Mensch, der auch einen Anspruch auf Spielerisches hat, auf emotionale Befriedigung, kommt in dieser Schulausbildung offensichtlich zu kurz.

Der Zweite, der überfordert ist, ist der Lehrer. Wir wissen, daß er im Zusammenhang mit der Schulentwicklung immer mehr Verwaltungsaufgaben übernehmen muß. Es ist ein Witz, daß der Herr Minister Sinowatz im Ministerium eine Kommission zur Überprüfung der Verbürokratisierung des Schulwesens eingesetzt hat. Das heißt, es werden Schreibtische geschaffen, die überprüfen, ob es zu viele Schreibtische gibt im Ministerium. Ich würde sagen, das ist ein verwaltungstechnisches Perpetuum mobile. (Abg. Gratsch: „Das ist schon sehr einfach!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Nein, nein, das war die untere Schublade!“) Herr Abgeordne-

ter Gratsch, seien wir ehrlich. Wäre es nicht einfacher gewesen, wenn er von Anfang an weniger Verbürokratisierung gemacht hätte, statt daß er jetzt hinterher das durchführt. (Abg. Ing. Turek: „Mit den Stimmen der ÖVP!“ — Abg. Ileschitz: „Hat er es gemacht, oder ist das die Entwicklung der Jahrzehnte?“) Die entscheidenden Novellen sind — das höre ich aus Ihrer Wahlpropaganda — aus den Schubladen des Sinowatz-Ministerium gekommen. (Abg. Ing. Turek: „Die ÖVP war dabei beim Schulunterrichtsgesetz!“)

Herr Präsident, noch etwas. Es gibt noch einen Überforderten, das ist die Familie. Ich habe diese Untersuchung der 27 Volksschulen schon zitiert. Sie ist von Peraneg-Karroza. Danach sind bereits 32 Prozent aller Volksschüler außerstande, ohne permanente Hilfe ihre Schularbeiten zu machen. 32 Prozent aller Volksschüler sind außerstande. (Abg. Ileschitz: „Wer versagt da, die Eltern oder die Lehrer? Die Kinder leiden darunter!“) Herr Präsident. Schauen wir uns die Struktur der Familie an. Es ist doch so, daß Österreich die höchste Quote der berufstätigen Frau in Mitteleuropa hat. Mit Recht. Wir müssen feststellen, daß 50 Prozent aller Frauen berufstätig sind. Davon sind 60 Prozent Ehefrauen. Es ist die Situation langsam prekär. Es gibt zwei Möglichkeiten. Kommt es in der aktuellen Familiensituation dazu, daß die Frau diese Doppelbelastung, Berufstätigkeit, Schülernachhilfeunterricht, Haushalt, nicht schafft, dann läßt sie sich scheiden. Wir haben seit sechs Jahren sprunghaft steigende Scheidungszahlen. Jüngere Leute lassen es nicht so weit kommen und bekommen keine Kinder. Sie können nachschauen, die Einbundehe wird immer mehr zum offnbaren Idealtyp. Schauen Sie nach. Wir haben seit vier Jahren einen permanenten Geburtenrückgang. Das ist sicher eines der Motive, daß die Jungen sagen: „Muß ich ein Kind haben, das ist ja anstrengend? Die Frau kann nicht in den Beruf gehen. Was soll ich mit dem Kind machen? Die Schulen sind nicht so, daß sie die Erziehungsfunktion voll übernehmen.“

Wenn von solchen Symptomen die Rede war, die man spürt, dann gibt es auch solche, die man weniger spürt, die aber auch sehr wichtig sind. Ich meine eines der wichtigsten. Die Männer treten als Erzieher ab. Die gibt es langsam nicht mehr. Sie treten in der Familie als Erzieher ab, weil sie keine Zeit haben und sie treten auch in der institutionellen Erziehung als Erzieher ab. (Abg. Ing. Turek: „Im Jahr der Frau traten sie ganz ab!“) Es gibt keine männlichen Vorschulerzieher. Es gibt immer weniger Pflichtschullehrer und wenn Sie sich die jüngsten Zahlen bei den Mittelschulprofessoren anschauen, haben die weiblichen die Überzahl. Langsam wird der Mann als Erziehungsfaktor ausgeschieden und hat keine Ahnung mehr von der Erziehung der Kinder.

Schließlich ist als ein nicht uninteressanter spürbarer Qualitätsverlust der zu nennen, daß die Schule nicht mehr fürs Leben vorbereitet. Der Abgeordnete Turek hat in seiner Rede gesagt, ihn störe vor allem, daß die Schule nicht den Bedürfnissen der Arbeitsmarktsituation entspricht. Das würde mich weniger stören. Mich stört mehr, daß sie für das Leben nicht vorbereitet. Was lernen sie in der

Schule? Wenn ich meine Fünfzehnjährige frage, kann sie die DNS-Struktur der Aminosäure herunterbeten, sie kann über den ganzen Komplex der Eiweiße reden, aber sie hat keine Ahnung, wer das Eiweiß produziert, wie die Situation des Produzenten ist, wie der Preis ist, wie es in den Entwicklungsländern ist, wie man die ausbeutet. Diese Dinge, die wirklich interessant sind, die das Leben ausmachen, erfährt sie nicht. Außerdem erfährt sie eine einzige Meinung, nämlich die des Lehrers. Daß es Konflikte gibt, gegenseitige Auffassungen, daß es Schwierigkeiten gibt, Probleme, die man lösen muß, wird in der Schule nicht gesagt. Die Schule bereitet nicht fürs Leben vor. Wenn man eine Schulklasse hereinführt und die sehen, daß wir hier streiten, so sind sie entsetzt. In ihrer heilen Welt gibt es keinen Konflikt. Streit ist negativ, also ist Streit etwas, das man ablehnen muß. Das Bild des Politikers, der Gegensätze austrägt, ist für den typischen Schüler ein ungewöhnliches Bild, weil er in einer heilen Welt der völligen Harmonie lebt. Ich würde als Schlußfolgerung nicht die ziehen, die Iwan Illich zieht, er gesagt hat: „Schaffen wir die Schule ab. Diese Schule in dieser Form ist vollkommen sinnlos. Sie bereitet nicht fürs Leben vor. Sie bereitet nur einen halben Menschen vor, weil die ganze musische, die ganze emotionelle Seite überhaupt nicht angesprochen wird. Die Schule ist überflüssig. Weg mit ihr.“

Ich würde vorschlagen, diese Schule zu verbessern, und zwar radikal von der Wurzel her. Ich würde ein paar Vorschläge machen. Erstes und wichtigstes Ziel ist die Rückgewinnung der Erziehungsfunktion der Familie. Herr Abgeordneter Strenitz, es ist nicht so, daß man mit einem Gesetz und mit mehr Geld alles erreicht. Es wäre sinnvoller, gerade auf diesem Gebiet mehr die Subsidiarität einzusetzen. Es gibt genug Leute, die es selbst tun wollen, die selbst die Möglichkeiten hätten und die Familie wäre eine Gelegenheit, das zu tun. Daß man die Erziehung in den privaten Kreis der Familie einbindet, das wird nicht mehr gehen. Das andere Modell zeichnet sich schon ab bei den Kindergärten, nämlich, daß die Eltern in die Institutionen gehen und dort mitarbeiten. Wir haben in Graz zwei Kindergärten mit Elternbeteiligung. Das ist eine sehr sinnvolle Entwicklung. Ich sehe nicht ein, warum das nicht auch in der Schule gehen kann. Es gibt in der von mir zitierten Untersuchung die Zustimmung von 30 Prozent der Mütter, im Rahmen einer Ganztagschule selbstverständlich Aufgaben zu übernehmen; z. B. eine Neigungsgruppe für Flötenspiel, für Basteln und dergleichen. Überhaupt ist die Ganztagschule eine sehr sinnvolle Antwort auf die jetzige Situation, weil die Sequenzen dort nicht darin bestehen, am Vormittag stopfen wir mit Wissen an und am Nachmittag darf geturnt werden. In der Ganztagschule gibt es eine Abfolge von Wissensvermittlung, Freizeit, Spiel, musischer Betätigung, wieder Wissensvermittlung. Die Erfahrungen, die man mit diesen Ganztagschulen macht, sind sehr gut. Ich erinnere. Von 1774 bis 1905 hat es überhaupt nur Ganztagschulen gegeben, die erst 1905 eingeschränkt wurden — im Interesse der Bauern —, weil die Kinder bei der Ernte mitarbeiten mußten.

Ich würde zweitens vorschlagen, daß es eine Gesamtschule gibt. Ich habe erst kürzlich in Radkersburg gehört, daß im Musisch-pädagogischen Gymnasium die Eltern der Kinder von Prestigestandpunkten geleitet, ihre Kinder in ein Gymnasium schicken müssen. Das Ergebnis ist, daß man die Kinder eineinhalb Stunden in den Autobus setzt, nach Gleisdorf oder Leibnitz, daß sie eineinhalb Stunden zurückfahren und eineinhalb Stunden warten müssen. Das Ergebnis ist, daß ein Großteil durchfällt, weil so viel Fahrzeit eben nicht geht. Warum da nicht Hauptschule und Mittelschule in den ersten Klassen zusammengelegt werden können mit differenzierten Neigungs- und Leistungsgruppen, ist überhaupt nicht einzusehen. (Beifall bei einzelnen Abgeordneten der ÖVP und SPÖ. — Abg. Gerhard Heidinger: „Ein sozialistischer Philosoph!“) — Im übrigen existiert das schon. Denn das Musisch-Pädagogische Gymnasium ist nichts anderes als eine Gesamtschule dieser Art, wo Haupt- und Mittelschüler nebeneinander bestehen können.

Schließlich ein drittes und letztes, die Förderung der politischen Bildung. Ich habe auf Einladung, und Strenitz war bisweilen mein Kompagnon, in sehr vielen Gymnasien politische Bildung gepredigt. Ich habe dort festgestellt, daß das ein Fach ist, das als Zusatzfach mit Staatsbürgerkunde angesehen wird. Die Armen müssen noch etwas lernen. Sie müssen lernen, was ein Bundespräsident, ein Nationalrat ist usw. Das ist stinkfäde. Keiner will. Der Sinn der politischen Bildung wäre aber, den Leuten zu vermitteln, was im Leben existiert; daß es eine Industriellenvereinigung, einen Gewerkschaftsbund gibt und daß es von mir aus Zeitungen gibt, und wie die gemacht werden, und daß es einen Rundfunk gibt und wie er aussieht, daß es Gerichtsverhandlungen gibt, daß rund um die Schule ein Leben existiert, in das man eingeeübt werden muß. Das könnte ich mir als Form der politischen Bildung vorstellen.

Als letztes. Ich glaube, daß auf eine ziemlich klare Einschulgrundausbildung viel mehr kurze Berufsausbildungen folgen müßten. Das geschieht überhaupt nicht seit 1970. Herr Präsident Ileschitz, denn da erklärt sich die Frau Minister Firnberg für unzuständig und auch der Herr Minister Sinowatz, z. B. die Kurzstudien an den Hochschulen zu fördern. Das Ergebnis ist, daß von den Maturanten 90 Prozent an den Hochschulen studieren oder an Pädagogischen Akademien und alle anderen Möglichkeiten kürzerer Studien überhaupt nicht genutzt werden. Es gibt sie nicht. Gerade noch die Medizinisch-Technischen und die Chemotechnischen Schulen. Die Chemotechnischen Schulen gehen mangels Subvention wir haben einen entsprechenden Antrag da, den Sie mitunterzeichnet haben — ein.

Das alles ist nur möglich, möchte ich zum Abschluß sagen, wenn die Eltern sich wirklich beteiligen, und zwar Männlein wie Weiblein. Ich würde als langfristiges Ziel durchaus eine Teilzeitbeschäftigung für Mann und Frau ansehen, weil nicht einzusehen ist, warum nur die Frau an der Erziehung teilnimmt und warum nicht auch der Mann. Wenn eine solche Bildungsmotivation von innen her kommt, vom Angebot der Schulen und nicht nur vom Geld her, könnte ich mir vorstellen, daß man auf

dem Weg zur sozialen Chancengleichheit auch wirklich ein Stück weiterkommt. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gerhard Heidinger.

Abg. Gerhard Heidinger: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Schilcher, Ihre Rede hat mich ehrlich beeindruckt. Ich habe von seiten der ÖVP zum ersten Mal zu Bildungsfragen eine Stellungnahme gehört, die in vielen Fragen und Forderungen schon seit langem im sozialistischen Schulprogramm nachzulesen ist. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Taufe es jetzt nicht!“) Ich komme dann im Detail dazu. (Abg. Lackner: „Da liegt der Teufel drinnen!“)

Nur in einer Frage kann ich mich Ihrer Ansicht nicht anschließen. Ihre Philosophie betreffend das Geld; Sie meinten, mehr Geld führe nicht automatisch zu mehr Bildung. Ich bin Ihrer Meinung, daß Geld nicht alles bedeuten kann, aber wenn ich aus Ihrer Meinung den Umkehrschluß ziehe, daß dann etwa weniger Geld zu mehr Bildung führen könnte, das stimmt dann gar nicht. (Abg. Dr. Schilcher: „Das habe ich nicht gesagt!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist eine Heidinger-Unterstellung!“) Ich unterstelle ihm gar nichts. Ich habe diesen Umkehrschluß gezogen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist Ihr Schluß, nicht seiner! Wir sind sehr beeindruckt davon!“) Sie, das ist mir völlig wurst, ob Sie davon beeindruckt sind, das können Sie mir glauben. (Heiterkeit! — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Sie waren doch auch beeindruckt! Darf ich nicht beeindruckt sein?“ — Abg. Dr. Schilcher: „Man kann sich die Leute nicht aussuchen, die man beeindruckt!“) Denn weshalb, Herr Kollege Fuchs, soll ich gerade bei Ihnen einen bestimmten Eindruck schinden, ich bin da anders veranlagt. Aber darf ich jetzt zu dem kommen und versuchen, den Beweis zu führen, daß das mit dem mehr Geld, weniger Bildung oder automatisch weniger Geld und mehr Bildung schon gar nicht stimmen kann. Einer Veröffentlichung des statistischen Zentralamtes vom Dezember 1973 entnehme ich, daß von der zu diesem Zeitpunkt im erwerbsfähigen Alter, also zwischen 15 und 65 Jahren stehenden Bevölkerung 41 % mit Volksschulbildung ausgestattet waren, davon hatten 18 % eine Lehrabschlußprüfung aufzuweisen, 36,8 % mit Hauptschulbildung, davon 51,2 % mit einer Lehrabschlußprüfung, 14,4 Prozent berufsbildende mittlere und höhere Schulen, davon 38,9 % mit einer Lehrabschlußprüfung. Wenn wir jüngere Jahrgänge vergleichen, dann kommen wir zu einem ganz anderen Bild. Ich bin nicht der Meinung, daß diese damals schon im Erwerb stehenden älteren Leute an einer Bildungsunfähigkeit litten, sondern daß ihnen vielmehr zu geringe Bildungsmöglichkeiten geboten wurden und vielleicht einer nicht geweckten Bildungsbereitschaft gegenüberstanden. Wenn Sie sagen, daß gerade Kinder, die aus den bäuerlichen und aus den Arbeiterkreisen stammen, heute in der Hochschule nicht in einem höheren Prozentsatz vertreten sind, als vor etwa 10 Jahren, so mag das vollkommen richtig sein. Aber es hat ja auch die Möglichkeit des Schulbesuches für finanziell minderbemittelte Kinder aus den Arbeiterkreisen und bäuerlichen

Kreisen nicht gegeben. Unsere Maßnahmen, die wir in den letzten 5 Jahren oder in den letzten 3 Jahren setzten, stimulieren nicht nur eine höhere Bildungsbereitschaft, sondern bieten auch höhere Bildungsmöglichkeiten. Es ist also sicherlich nicht eine Frage des Geldes, es ist eine Frage der Bildungsbereitschaft gepaart mit der finanziellen Hilfe der öffentlichen Hand. Schon Maria Theresia hat einmal gesagt: Die Schule ist ein Politikum, also eine öffentliche Angelegenheit und wer anders als die öffentliche Hand muß alle Voraussetzungen schaffen.

Eine dieser Voraussetzungen, meine Damen und Herren, war eben die freie Schulfahrt, das freie Schulbuch, auch mit all den Auswüchsen, die damit verbunden sind. Ich bejahe keineswegs jenen Zustand, der da in einem Grazer Gymnasium herrscht, daß für Latein, wie mir ein Vater glaubhaft erzählt — fünf Bücher und für den Englischunterricht drei Bücher verwendet werden. Ich weiß nicht, ob das unbedingt notwendig ist und ob man gewisse Dinge nicht überprüfen sollte und die Kollegen Lehrer aufmerksam machen müßte, daß sie mit etwas mehr Verantwortungsbewußtsein mit den Mitteln der öffentlichen Hand umgehen sollten.

Schauen Sie, weniger Geld bedeutet weniger Schulbau, bedeutet z. B. auch weniger Lehrkräfte. Wir kennen doch in der Steiermark die Zeit des Lehrermangels. Wir haben vor 10 Jahren oder vor 8 Jahren die Höchstzahl von nicht besetzten Lehrerstellen gehabt. In der Steiermark fehlten ungefähr 2000 Lehrer. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Mehr!“) Wir haben von 1970 bis 1975, das entnehme ich dem Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, allein für die Pflichtschulen zusätzlich 1910 Lehrer angestellt. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, das heißt natürlich auch Qualitätsverbesserung des Unterrichts in der Schule. Wenn 1970 in einer Klasse durchschnittlich 30,8 Schüler waren und 1974/75 nur mehr 27 Schüler, so ist das eine echte Qualitätsverbesserung des Schulwesens, weil bei weniger Kindern der Lehrer eben differenzierter unterrichten kann. Eine ähnliche Entwicklung des Abbaues des Lehrermangels haben wir auch bei den allgemeinbildenden Schulen zu verzeichnen. Von 1970 bis 1975 wurde in Österreich der Personalstand im Bildungsbereich um mehr als 11.000 Dienstposten erhöht. Sehen Sie, das haben Sie kritisiert. Sie schrien von einer Explosion auf dem Sektor der Dienstposten. Hätten wir diese 11.200 und noch mehr Lehrer nicht zusätzlich eingestellt, dann hätten wir eben jenen ungenügenden Zustand, den wir noch vor 10 und 15 Jahren in den Schulen hätten. (Abg. Dr. Eichtinger: „Das wurde bei den Lehrern nie kritisiert!“) Herr Kollege, vielleicht war es bei Ihnen auf der Mittelschule nicht der Fall, aber bei uns draußen in der ländlichen Dorfschule war es üblich, in einer vier- oder fünfklassigen Volksschule zwischen 40 und 60 Kinder zu unterrichten. Das ist heute unvorstellbar. Aber bei Nichteinsetzen von finanziellen Mitteln werden Sie auf diesem Sektor keine Qualitätsverbesserung erreichen. Der Nachholbedarf auf dem Bildungssektor war groß. Wir Sozialisten bekennen uns dazu, daß diese Dienstposten und mehr

finanzielle Mittel auf dem Bildungssektor ausgegeben wurden.

Sie haben die Frage der Gesamtschule aufgeworfen. Wir haben unter der Gesamtschule die Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen verstanden. Es hat mich, Herr Abgeordneter Dr. Schilcher, sehr beeindruckt, daß Sie sich dazu bekannt haben. (Abg. Ing. Stoiser: „Tagesschule!“) Das ist ganz etwas anderes. Das hat mich sehr beeindruckt, denn bisher habe ich von Ihrer Seite immer dann, wenn wir von der Gesamtschule der Zehn- bis Vierzehnjährigen gesprochen haben, von der Gleichmacherei in der Bildungspolitik gehört. Dabei ist gerade die Gesamtschule die bestmögliche Leistungsdifferenzierung überhaupt, die man sich vorstellen kann. Man erwägt in einem Antrag der Jungen Generation — auf dem Parteitag ist das zum Ausdruck gekommen —, die Gesamtschule auch auf die Oberstufe der Gymnasien auszudehnen. Das ist eine Frage, die man in einem Schulversuch prüfen müßte. Man müßte abwarten, was dabei herauskommt.

Sie haben auch von der Ganztagschule im Hinblick auf die Überforderung der Kinder gesprochen. Man muß offen und ehrlich sagen: Die Schwerstarbeiter der heutigen Zeit sind unsere Kinder. Sie haben den längsten Arbeitstag. Wenn ich mir das bei uns auf dem Land vorstelle. Die Kinder gehen um 6 Uhr in der Früh zu Fuß zum Zug oder Autobus, fahren in den nächsten Bezirksort Fürstenfeld oder Hartberg, kommen um 3 Uhr nachmittag nach Hause und nun beginnen sie ihre Hausaufgaben zu schreiben. Dann sollen jene 20 %, die noch Nachhilfestunden haben, diese auch noch irgendwie unterbringen. Auch die Ganztagschule ist ein finanzielles Problem. Denn diese wird an die öffentliche Hand weit größere finanzielle Belastungen stellen, als dies heute der Fall ist. Ich bejahe Ihren Standpunkt und bekenne mich dazu. Ich bin froh, daß wir uns hier auf einer Ebene finden.

Sie haben eines gesagt, und das hat mir gut gefallen. Ich erinnere mich noch meines Abganges von der Schule. Der Schuldirektor hat uns damals mit folgenden Worten verabschiedet: Nun, meine Kinder, geht ihr hinaus ins Leben.“ Ich glaube, das ist ein Standardsatz, den jeder einmal gehört hat. Die Schule müßte eigentlich das Leben widerspiegeln. In einer demokratischen Gesellschaft müßte auch in der Schule — sie ist irgendwo ein Überbleibsel hierarchischer Zustände — eine Demokratisierung Platz greifen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Wie?“) — Dem Gedanken der Demokratie kommt das viel kritisierte und oft zitierte Schulunterrichtsgesetz entgegen. Ich weiß. Es wird hier vermerkt, daß der Bundesminister Dr. Sinowatz die Öffentlichkeit aufgefordert hat, ihre Meinung im Hinblick auf die Verbürokratisierung der Schule zu äußern. Ich erinnere mich an einen Gesetzesentwurf des Herrn Unterrichtsministers Dr. Kolb. Sie sind so jung, Herr Kollege Schilcher, daß Sie sich an den nicht mehr erinnern können. (Abg. Dr. Schilcher: „Er war Zivilrechtler!“) Aber Unterrichtsminister war er. (Abg. Dr. Schilcher: „Nur ein Jahr!“) Ich kann nichts dafür. Ganz kurz. Aber ein Entwurf des Schulunterrichtsgesetzes hat damit begonnen, daß dort geschrieben stand: „Die Klasse ist eine Verwaltungseinheit.“ Ich bitte Sie! Es hat sich leider Gottes im

Hinblick auf die juristische Auslegung einer Klasse noch nicht alles geändert. (Abg. Ing. Turek: „Jetzt ist sie eine geworden auf Grund des Schulunterrichtsgesetzes!“ — Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Bei uns ist er nur ein Jahr Minister geblieben mit der Äußerung!“) Die Juristen sind die gleichen geblieben. Es ändert sich vieles, aber die Beamtschaft bleibt. Eines wird man im Schulunterrichtsgesetz sicher nicht umstoßen können. Das ist die Verwirklichung des rechtlichen Prinzipes durch die Einrichtung des Instanzenzuges, die Möglichkeit der Berufung und weiters das Mitspracherecht der Eltern und auch der Schüler. Die ÖVP hat einen Antrag eingebracht, ein Unterrichtsfach „Wohnen“ einzuführen. Ich habe gar nichts dagegen, denn die Hälfte seines Lebens verbringt man ja mit Wohnen. Aber warum soll man nicht auch das Schulfach „Demokratie“ in der Schule praktizieren. Ich weiß, als das erste Mal die Idee auftauchte, das Mitspracherecht der Schüler einzuführen, da haben einige meiner Kollegen die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. Das hat es gegeben. Aber es wird, wie so vieles, einem langsamen Entwicklungsprozeß unterliegen und es wird früher oder später die Demokratie in der Schule verwirklicht werden.

Noch eines hat dieses Schulunterrichtsgesetz gebracht — die Informationspflicht gegenüber den Eltern und Schülern. Das ist ein Teil des Wesens der Demokratisierung. Das demokratische Verständnis muß nicht nur in der Schule und beim Lehrer geweckt werden, es muß auch auf höherer Ebene gepflegt werden. Die Demokratie beinhaltet zumindest auch die politische Freiheit, die Meinungsfreiheit und die Koalitionsfreiheit. Z. B.: Was dem Bund sein Gasperschitz ist, sind den Steirern die Bezirksschulinspektoren von Weiz. Der eine will die linken Hochschullehrer mit einem Radikalerlaß von der Universität vertreiben und der andere will die Gespenster des Steirischen Herbstes über das Amt des Bezirksschulrates vertreiben und bekämpfen. Man soll die Dinge nicht überbewerten. Man soll aber den Anfängen von Pressionen von Haus aus entgegentreten und zum Ausdruck bringen, daß gewisse Vorfälle nicht unser Gefallen finden.

Was mich immer wieder erschüttert, ist, wenn mir morgens Schulkinder begegnen, die wie kaum andere einer körperlichen Belastung ausgesetzt sind. In der einen Hand die Schultasche, in der anderen Hand das Handarbeitskofferl und über dem Rücken vielleicht noch ein Sackerl mit dem Turnzeug. Kein Erwachsener in unserem Land würde sich bieten lassen, daß er in einem derartigen Mißverhältnis zu seinem Körpergewicht belastet wird, wie etwa die Schulkinder. Es mag vielleicht dem einen oder anderen komisch vorkommen, wenn man das sagt. Aber letzten Endes kann das Wohlbefinden nicht allein vom Geld abhängen. Ich appelliere direkt an meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, sie mögen ihrer Phantasie freien Raum geben und sich im Hinblick auf eine geringere Belastung unserer Schulkinder etwas einfallen lassen.

Meine Damen und Herren, ich darf abschließend sagen, ein leistungsfähiges Bildungswesen in unserem Lande bedarf der ständigen kritischen Überprüfung und kann nur ein sich ständig den geisti-

gen Strömungen und technischen Entwicklungen angleichender adäquater Prozeß sein. So sehen wir die Schulbildung oder die Bildung überhaupt. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Turek. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Turek: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn wir uns über Bildungsfragen in diesem Hause unterhalten und auch festgestellt werden kann und wir alle uns dazu bekennen, daß auf dem Bildungssektor eine Chancengleichheit vervollkommen werden soll, daß jedem leistungsfähigen und bildungsfähigen Kind auch eine diesen Kriterien entsprechende Bildung vermittelt werden kann, muß man allerdings gerade heutzutage auf Grund der auf uns zukommenden Entwicklung noch auch einige in diesem Zusammenhang stehende Probleme sehen und darf diese nicht außer acht lassen bzw. muß versuchen, so gut es geht, dem entgegenzuwirken. Es steht sicher fest, daß die geistige Ausbildung in den vergangenen Jahren mit Recht, das gebe ich zu, gefördert wurde. Es wurden Anreize geschaffen in finanzieller Hinsicht, daß Bildung weitestgehend allen sozialen Schichten zugänglich gemacht wird und auf der anderen Seite auch eine bildungskonforme Entlohnung erfolgt. Das funktioniert bis heute und das funktionierte auch bis zu einer Zeit, so lange echter Mangel in verschiedenen Berufen, die eine geistige Ausbildung erfordern, besteht. Es wurde heute schon gesagt, daß wir uns auf dem Lehrersektor langsam dem Sättigungsgrad nähern, aber auch in anderen Bereichen, z. B. der Hoheitsverwaltung, der Privatwirtschaft, was die Aufnahmefähigkeit von Akademikern und Maturanten anbelangt.

Wir haben uns dann noch einmal den Sinn der Bildung und Ausbildung zu vergegenwärtigen, der uns ja zweierlei vermitteln soll. Erstens Bildung als Wert an sich — das heißt, die Vermittlung eines entsprechenden weitgestreuten Weltbildes, eine Allgemeinbildung, und zweitens natürlich Bildung zur Erreichung eines Berufszieles. Wenn wir vom Status quo ausgehen — und ich habe das schon einmal gesagt, daß in der heutigen Zeit und auch in den vergangenen Jahren stets bessere Bildung auch mit besserer Entlohnung verbunden wurde — so glaube ich auch, daß wir in Zukunft da einem gesellschaftspolitischen Problem entgegengehen, das wir auch zu meistern haben werden. Ich glaube, daß es in Zukunft so sein wird, nachdem auch Bildung nach Angebot und Nachfrage gehandelt werden wird, daß die Nachfrage nachlassen und deshalb Bildung schlechter bezahlt sein wird. Das ist leider ein kaufmännischer Grundsatz, den man nicht gerne gelten läßt, der leider Gottes, wie sich die Verhältnisse derzeit zeigen, nicht außer acht gelassen werden kann. Es erhebt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob die Kraft, Bildung als Wert an und für sich zu sehen, so groß und so stark sein wird, daß sie in der Lage sein wird, bis zu einem gewissen Grad auch eine nicht bildungskonforme Beschäftigung und Bezahlung zu übernehmen. Die ge-

sellschaftspolitischen Auseinandersetzungen in Zukunft werden sich auch in einem Teilbereich zwischen manuell und geistig Gebildeten abspielen. Und dieses Problem ist im Augenblick nicht gelöst, vielleicht ist es im Zuge der Entwicklung — ich weiß es nicht, und hoffe, daß es eintritt — möglich, daß der Bildung als Wert an sich höhere Bedeutung beigemessen wird und daß es vielleicht auch selbstverständlich wird, daß nicht unbedingt ein Maturant oder ein Absolvent einer Hochschule eine entsprechende Beschäftigung hat, sondern daß er sich vielleicht auch zu einem handwerklichen Beruf bekennt. Im Augenblick ist das nicht der Fall und ist im Augenblick das Verständnis bei den geistig Gebildeten nicht vorhanden. Es mag wohl eine Frage der Entwicklung sein. Der Trend ist: Weg von den allgemein bildenden höheren Schulen, hin zu den berufsbildenden Schulen. Auch da, meine Damen und Herren, ist mit den Schulgesetzen — nach unserem Dafürhalten — ein falscher Weg beschritten worden. Die AHS wird immer unattraktiver und der Trend zur berufsbildenden Schule ist im Steigen. Also auch eine Spezifizierung und Spezialisierung auf dem Schulsektor.

Das Schulgesetzwerk 1962 haben wir als Freiheitliche schon des öfteren einer Kritik unterzogen und wir haben heute im Jahr 1975 ein Durcheinander, ein Wirrnis sondergleichen. Wir sind aus dem Stadium des Experimentierens noch nicht herausgekommen und der Sinn des Polytechnischen Lehrganges, über den auch schon oft diskutiert wurde, ist bis heute nicht klar erkennbar. Wenn Sie die Praxis ansehen, so merken Sie, daß die Gestaltung dieses Polytechnischen Lehrganges weitestgehend von der Phantasie des einzelnen Lehrers abhängt. Es gibt durchaus fähige und ambitionierte Lehrer, die in der Lage sind, so einen Polytechnischen Lehrgang mit Leben zu erfüllen und ihn auch sinnvoll zu gestalten. Aber dort, wo es — ich möchte keine herbe Kritik üben — an den nötigen Qualitäten und an dem nötigen Engagement fehlt, kann man den Sinn des Polytechnischen Lehrganges nicht erkennen.

Das Schulunterrichtsgesetz aus dem Jahre 1974 hat genau das gebracht, was der Herr Kollege Heidinger vorher kritisiert hat. Minister Kolb hat seinerzeit vorgeschlagen und in einem Schulunterrichtsgesetz vorgesehen, die Schule zu einer Verwaltungseinheit zu machen. Durch das Schulunterrichtsgesetz 1974 wurden die Schulen in Behörden umgewandelt. Heute, knapp ein Jahr nach der Beschlußfassung bzw. nach dem Inkrafttreten, hat der Herr Unterrichtsminister Sinowatz schon angedeutet, daß es sehr wohl in einigen Bereichen reformbedürftig ist, weil die Papierflut und die Verbürokratisierung der Schule Formen angenommen haben, daß sich die Schuldirektoren durch diesen Dschungel überfordert fühlen. Die Erhöhung des Verwaltungsaufwandes, die Verbürokratisierung haben tatsächlich die Schule zu einer Verwaltungsinstanz gemacht und sie in vielen Bereichen ihrer pädagogischen Aufgaben entkleidet. Wenn man gedacht hat, daß dieses Schulunterrichtsgesetz zu einer Demokratisierung beitragen würde, das heißt, daß die Beziehungen zwischen Lehrer, Schüler und Elternhaus intensiviert werden sollten, so ist genau

das Gegenteil eingetreten. Es wird mit Verordnungen gearbeitet. Es wird der persönliche Kontakt nicht unterbunden, aber die persönlichen Kontaktmöglichkeiten zwischen den drei Gruppen zumindest in manchen Bereichen erübrigt. Sie wissen ganz genau, wie wertvoll es ist, daß die Zusammenarbeit und die persönliche Kontaktnahme zwischen Schule und Elternhaus eine harmonische ist. Das läßt sich mit Papier einfach nicht bewerkstelligen.

Eines hat das Schulunterrichtsgesetz nicht gebracht, nämlich eine Objektivierung bei den Leiterernennungen. Es ist keine Bundeskompetenz, das gebe ich zu. Aber in dem Zusammenhang könnten sich die Bundesländer Gedanken machen. Einige tun das auch. Ich habe das heute hier schon angeschnitten, daß ich die Vorgangsweise, wie die Leiterstellenbesetzungen vor sich gehen, als undemokratisch und für manche Schulleute als diskriminierend ansehe. Ich kann nur als besonders erfreulich hervorstreichen, daß das Land Oberösterreich durch eine Objektivierungskommission ein Punktesystem erarbeitet hat, weitestgehend nach objektiven Maßnahmen diese Leiterernennungen vorzunehmen. (Abg. Marzik: „Nachdem der Peter seine Stelle gehabt hat!“) Die Oberösterreichische Landesregierung wird bekanntlich durch einen ÖVP-Landeshauptmann angeführt. Die Steiermärkische Landesregierung könnte diesem Beispiel folgen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Es wäre auch allerhand, das zu bestreiten, daß es dort einen ÖVP-Landeshauptmann gibt!“) Ich möchte es nochmals betonen. Vielleicht gibt es jemanden, der es nicht weiß. (Abg. Dr. Eichtinger: „Nein, das ist wirklich bekannt!“) Trotzdem möchte ich es als besonders erfreulich hervorstreichen, daß es in Oberösterreich bereits zu einer Objektivierung bei Leiterstellenbesetzungen gekommen ist und daß dort ganz klare Richtlinien erstellt wurden, nach welchen solche Leiterpostenbesetzungen erfolgen. Ich würde die Herren der Steiermärkischen Landesregierung, den Herrn Landeshauptmann Niederl an der Spitze, der ja gleichzeitig der oberste Chef der Schulverwaltung ist, ersuchen, sich diesen Entwurf aus Oberösterreich kommen zu lassen. (Abg. Laurich: „Haben wir!“) Ich kann nur sagen: Sollten wir in der Steiermark zu so einem System kommen, dann würden Sie von mir in dieser Richtung keine Klagen mehr hören.

Als letztes. Die Gruppe 2 beschäftigt sich mit vielen Bereichen. Der Bogen ist weit gespannt. Da man sich im Rahmen einer Rede mit verschiedenen Dingen beschäftigen muß und ich von oben nach unten staffle, sind das zuletzt die kleinen Kinder. Es haben sich manche vor mir in diesem Haus mit der Situation des kleinen Kindes, mit der Situation auf dem Kindergartensektor und mit der Frage der Kinderspielplätze beschäftigt. Ich habe manchmal den Eindruck gehabt, nachdem das Redner beider Fraktionen waren, daß man nicht zur Kenntnis nehmen wollte, daß wir in den letzten Jahren nicht nur reicher geworden sind, sondern ich glaube, obwohl das nicht immer Hand in Hand gehen muß, daß wir in verschiedenen Bereichen auch gescheiter geworden sind. Das sollen wir alle auch zur Kenntnis nehmen. Wir müssen im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre

feststellen, daß manche Dinge vernachlässigt wurden und zu kurz kamen. Wir müssen heute daran gehen, das, was damals aus Unwissenheit oder weil wir damals andere Schwerpunkte gesetzt haben, versäumt wurde, zu reparieren. Es hat keinen Sinn, sich gegenseitig vorzuwerfen und zu sagen: „Ihr habt an die Kinderspielplätze vor 10 Jahren nicht gedacht und wir denken jetzt 1975 daran.“ Das sind Maßstäbe und Argumente, die man nicht gelten lassen kann. Sie wissen genau, daß die Frage der Kinderspielplätze vornehmlich ein Problem in den Ballungsräumen ist. In diesen Ballungsräumen hat es in den letzten 20 Jahren eine sehr rege Wohnbautätigkeit gegeben. Diese hat sich vorerst in quantitativer Richtung hin entwickelt. Es war jeder froh, in den größeren Städten vorerst zu einer Wohnung zu kommen. Am Land war das Problem nicht so groß. Da war einem die Größe dieser Wohnung vorerst einmal egal (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Und die Form des Spielplatzes!“) und an den Spielplatz und an die Erholung hat man gar nicht gedacht. Dann, als die Zahl dieser Wohnsiedlungen immer größer wurde, als die Verdichtung immer stärker wurde und die Leute in diesen Wohnungen gewohnt haben, ist man daraufgekommen, daß man auch andere Bedürfnisse hat. Wir haben uns jahrelang den Ruf eingehandelt, daß wir eine kinderfeindliche Welt hätten. Vor 10 Jahren ist über die Kinderspielplätze in diesem Haus nicht so heftig diskutiert worden. (Abg. Jamnegg: „Oh ja!“) Na, tun Sie nicht so. Ich habe die Protokolle gesehen. Das war vereinzelt der Fall, aber nicht so oft und in dieser Dichte wie heute, weil das Problem heute akuter geworden ist. Sind wir doch ehrlich. Ich will niemanden ausnehmen. Ich schließe mich auch ein. Wir haben auf verschiedenes erst draufkommen müssen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Die Kinder sind herangereift!“) Jetzt fangt der Prioritätenkrieg wieder an. Wenn Sie es tun wollen, tun Sie es. Aber in Wirklichkeit ist es so. Es heißt, wir sind in einer Phase der Umorientierung der Bedürfnisse. Das hat schon vor Jahren begonnen; lange bevor es überhaupt zur Bewußtseinsmachung des Umweltschutzgedankens gekommen ist. Vor vier, fünf Jahren hat man begonnen, an die Kinder zu denken, weil es uns zu denken gegeben hat, daß es zu gesellschaftspolitischen Problemen gekommen ist, wie z. B., daß die Jugendkriminalität im Steigen ist. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Die Lebensqualität insgesamt!“) Woran liegt es, daß junge Menschen auf der Straße völlig unmotiviert einen alten Menschen zusammenschlagen. Das passiert. Mitten in der Stadt Graz kommt so etwas vor. Woran liegt es, daß mutwillig öffentliche Einrichtungen beschädigt werden. An den Telefonhäusern steht: „Bitte schone das Telefon. Es kann ein Leben retten.“ (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist nur in Wien!“) Auch in Graz. Du telefonierst nie aus einem Telefonhäusl. (Heiterkeit!) Woran liegt es. Es ist an und für sich eine traurige Welt, daß man durch Tafeln darauf hinweisen muß, daß öffentliches Gut geschont werden soll. Da hat man sich gesagt, daß das schon im Kindesalter beginnt. Die Kinder haben keinen Auslauf. Sie haben nicht die Möglichkeit, sich abzureagieren. Diese aufgetauten Aggressionen haben dort und da dazu verleitet, daß es zu solchen Auswüch-

sen gekommen ist. Man hat sich nun gesagt, daß man Einrichtungen schafft, damit sich die Jugend austoben kann. Wenn ich meinen Buben beobachte, der tummelt sich wie ein junger Hund in der Natur herum. Er unterscheidet sich wenig von einem kleinen Hund. Die Kinder brauchen diesen Auslauf. Durch die erwähnten Umstände ist es dazu gekommen, daß wir uns wieder an die Kinderspielplätze erinnern haben. Es ist aber noch nicht so lange her. Und nun ist ja auch im Rahmen der zu novellierenden Bauordnung vorgesehen, daß den Kinderspielplätzen ein entsprechender Raum eingeräumt werden soll. Die Stadt Graz hat vor einigen Jahren zu ihrem Bereich — das war schon zu Scherbaums Zeiten, damit man das auch klar sagt — eine Verordnung erlassen, die dahingehend lautet, daß pro Wohneinheit in Wohnsiedlungen 5 Quadratmeter Kinderspielplatz vorgesehen werden müssen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Der Strenitz hat gesagt, viel zu spät!“) Das ist der berühmte Prioritätenstreit, aber wir müssen die Entwicklung auch ein bißchen beleuchten, wie es dazu kam. Das war positiv und hat eine erste Abhilfe geschaffen und gerade in einer Stadt wie Graz. In den anderen Städten der Steiermark ist ja das Problem ähnlich gelagert. Dann ist man einen Schritt weitergegangen — das war nicht mehr zu Scherbaums Zeiten — daß man die öffentlichen Parkanlagen geöffnet und für den Zugang freigegeben hat. (Unverständliche Zwischenrufe der SPO!) Das stimmt nicht, ich habe genau betont, was zu Scherbaums Zeiten erfolgte und betone auch das, was nicht zu Scherbaums Zeiten erfolgte. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das war der Hasiba!“) Das ist eine Initiative des Vizebürgermeisters Hasiba gewesen. Das muß ich sagen. (Beifall bei der ÖVP.) Und heute kann jeder Grazer den Stadtpark betreten, heute kann jedes Kind im Grazer Stadtpark spielen. Es ist vielleicht durchaus auch zu prüfen, was der Kollege Strenitz gesagt hat, daß die Kinder auch im Burggraben planschen, nur glaube ich, daß sich in hygienischer Hinsicht die Ärzte dagegen vehement aussprechen werden. Es ist nicht leicht, das Wasser dort sauber zu halten und Infektionen zu verhüten. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Aber den Aushub von der Tiefgarage müßte man nicht in den Stadtpark schmeißen!“)

Meine Damen und Herren, als letztes zum Kindergartengesetz. Wenn wir Sozialeinrichtungen schaffen — in den vergangenen Jahren hat es von Jahr zu Jahr neue solche soziale Einrichtungen gegeben — da hat es auch immer wieder den Prioritätenstreit gegeben. Aber wir sind nie herumgekommen zu sagen, daß wir diese Sozialleistung nur bieten können, weil die durch den Fleiß der steirischen und österreichischen Bevölkerung florierende Wirtschaft erhöhte Steuereinnahmen erbringt. Also, wir können vom Prinzip der einfachen Milchmädchenrechnung ausgehen, daß wir nur das verteilen können, was wir als öffentlicher Haushalt einnehmen. Wenn wir etwas eingenommen haben und uns in die Lage versetzt gesehen haben, das auch entsprechend auszugeben, so ist natürlich dem sozialen Bereich ein ganz respektabler Anteil zugeflossen. Das müssen wir auch bei dem Kindergartengesetz, meine Damen und Herren, beachten. Ich bin überzeugt, daß wir einmal für alle steirischen

Kinder den Kindergartenbesuch umsonst bieten können werden. Ich glaube, in Zukunft, wenn wir auch jetzt in der Wirtschaft einen gewissen Knick zu verzeichnen haben, werden wir das sicher bieten können. Das geht eben nicht alles auf einmal, meine Damen und Herren, und ich glaube, daß es zuerst einmal möglich sein muß, jedem Kind überhaupt einmal einen Kindergartenplatz zu bieten. (Abg. Dr. Eichinger: „Sehr richtig!“) Es gibt ja noch eine Reihe von steirischen Gemeinden, die keinen Kindergarten haben. Dahin müssen wir einmal schwerpunktmäßig die Mittel investieren. Wenn es in jeder Gemeinde einen Kindergarten gibt und jedes Kind — das gehört auch zur Chancengleichheit dazu — einmal den Kindergarten besuchen kann, dann glaube ich, ist es vernünftig, daß wir den zweiten Schritt, den Gratisbesuch des Kindergartens, ermöglichen. Ich glaube, daß das ein Weg ist, zu dem alle ja sagen müßten (Beifall bei der OVP und FPÖ.)

Präsident: Meine Damen und Herren!

Wir unterbrechen nun unsere Verhandlungen bis morgen, den 11. Dezember, um 8.30 Uhr. Auf Wiedersehen und gute Nacht.

Unterbrechung der Sitzung: 21.45 Uhr.

Wiederaufnahme der Sitzung: 11. Dezember, 8.30 Uhr.

2. Präsident Gross: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und erteile zur Gruppe 2 dem Abgeordneten Kohlhammer das Wort.

Abg. Kohlhammer: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin froh, mit einem an und für sich erfreulichen Thema den Tag beginnen zu dürfen. Ich darf zur Jugendarbeit, Position 259, das zweite Mal in diesem Haus sprechen. Auch in diesem Budget 1976 wurden die Ziffern nach oben angehoben und ich darf allen Verantwortlichen herzlich danken. Wenn man einen Blick in den Landesvoranschlag wirft, so sieht man trockene Zahlen. Dabei muß man sich vor Augen halten, daß hinter all diesen Positionen Leben steckt und eine Voraussetzung dafür geschaffen wird, daß die positive Jugendarbeit gedeihen kann. Leider wurde die Position, die ich für die wesentlichste halte, nicht bevorzugt behandelt, nämlich 76,70 „Förderung von Jugendverbänden und ihren Veranstaltungen“.

Nach meiner Information sind 22 Jugendverbände im Landesbeirat vereinigt, die auf Grund ihrer Struktur eine sehr breite Streuung haben und die unterschiedlichsten Interessensgebiete berühren. Die positive Grundidee dieser Vereinigung, die ich bei dieser Gelegenheit wieder hervorheben will, ist sicher ein wesentlicher Beitrag zur Förderung des stetigen Demokratisierungsprozesses, dem wir unterworfen sind und den wir nach besten Kräften unterstützen sollen. Wenn auch diese Gruppen einerseits das Handikap zu tragen haben, daß sie, altersmäßig bedingt, einem relativ starken Wechsel in der Führungsgarnitur ausgesetzt sind und dabei die Kontinuität etwas leidet, so hat das andererseits unbestritten auch Vorteile. Die Nach-

drängenden sorgen für eine ständige Blutauffrischung. Manche Gruppen stehen im Verdacht, nur sogenannte Postenjäger zu produzieren. Aber man darf auch hier nicht von einigen wenigen auf alle schließen. Daß so differenzierte Vereinigungen Jugendlicher jeweils ein umfassendes Eigenleben führen und gut geführt werden müssen, ist selbstverständlich.

Eine Jugendleiterausstellung soll im Herbst 1976 durchgeführt werden. Ein siebenteiliges Kursprogramm soll einem geeigneten Personenkreis an ebensoviele Wochenenden geboten werden. Es wird, zugegeben, sehr viel getan und doch bleibt ein gewisses Unbehagen, wenn man den geringen Prozentsatz Jugendlicher betrachtet, der sich am gemeinschaftlichen Leben interessiert zeigt und sich aktiv in Jugendgruppen betätigt. Ob die Jugend etwa spürt, daß die Erwachsenen sie doch als einen relativ unbequemen Teil betrachtet, wohl wissend, daß sie unaufhaltsam nachdrängt, es aber beizeiten nicht wahrhaben wollen. Die Gefahr, die Jugendlichen in jedem möglichen Stadium zu frustrieren, ist sehr groß. Wir dürfen uns nicht wundern, wenn sich die Menschen immer mehr zu einer Konsumgesellschaft entwickeln, der die Motivation zum Mitgestalten und Mitverantworten fehlt. Ich bin zwar skeptisch, daran etwas ändern zu können. Es scheint mir doch ein Generationsproblem zu sein, das sich im Pensionsalter wiederholt. Ich möchte dafür eintreten, daß man sich neben der harten Tagesarbeit auch darüber ernsthaft Gedanken macht. Diese sicher schwierige Materie läßt sich allzu leicht auf-schieben.

Herr Landesrat Peltzmann hat in seiner gestrigen Rede die besondere Aktivität der jungen Feuerwehrleute hervorgehoben. Ich freue mich mit ihm über diesen Idealismus der Jugend, ohne jedoch darüber erstaunt zu sein. Ich behaupte, Feuerwehr und Rettungswesen sind besondere Beispiele dafür, wie die Jugend richtig motiviert werden kann. Ich wünsche mir, daß das in vielen Bereichen mit einer gewissen Hartnäckigkeit versucht werden sollte. Sehr treffend wurde einmal geschrieben: „Der Erwachsene kann nur hoffen, von der Jugend ernst genommen zu werden, wenn er sich ihrer Probleme annimmt.“

Anläßlich eines informativen Gespräches mit einem Jugendfunktionär wurde ich auf einen Landtagsbeschuß vom 7. Dezember 1973 aufmerksam gemacht. Bei der damaligen Budgetdebatte zum Landesvoranschlag 1974 wurde mit Beschluß Nr. 579 die Landesregierung aufgefordert, im Zusammenwirken mit den Jugendverbänden, Pensionisten- und Rentnerverbänden und anderen Vereinigungen die Einrichtung eines, wie es hieß, freiwilligen Hilfsdienstes zu prüfen. Die meisten anwesenden Abgeordneten haben damals sicher mitgestimmt. Mich würde sehr interessieren, warum daraus bisher nichts geworden ist. Ich würde einen derartigen Hilfsdienst, ebenso wie die Initiatoren vor 2 Jahren, für eine sehr begrüßenswerte Einrichtung halten. Im übrigen hat sich seit dem Vorjahr, als ausführlich zum Thema Jugendförderung gesprochen wurde, in der Struktur nicht allzuviel verändert.

Hervorzuheben ist sicherlich die für das Jahr 1976 geplante große Ausstellung der steirischen Jugend-

organisationen. Auf Einladung des Vorsitzenden des Grazer Jugendforums, Herrn Stadtrat Stingl, wird diese Ausstellung im Rahmen der Grazer Jugendwochen durchgeführt. Anschließend wird sie in allen steinischen Bezirken gezeigt. Sie soll unter dem Titel „Jugend und Gesellschaft“ dargeboten werden und die Probleme der Jugend bei der geistigen Konfrontation mit der Gesellschaft der Erwachsenen aufzeigen. Man verspricht sich neben einer notwendigen Öffentlichkeitsarbeit eine Bewußtseinsbildung der Öffentlichkeit über die Handlungsziele der Jugendorganisation. Eine gleichzeitige Mitgliederwerbung soll kein Hindernis sein, selbstkritisch mit den Interessierten die zukünftige Jugendarbeit zu diskutieren. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wimmler. Ich erteile es ihm.

Abg. Wimmler: Herr Präsident, meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Es wurde ausgerechnet, daß der Schuldendienst des Landes in den Jahren 1970 bis 1974 jährlich um 35,6 % gestiegen ist. Das heißt, daß das Land im Jahre 1970 für Zinsen und Kapitaltilgung 90 Millionen Schilling, im Jahre 1974 aber bereits 295 Millionen Schilling zurückzahlen mußte. Setzen wir diese Entwicklung fort, dann wird der Schuldendienst voraussichtlich in den Jahren 1979 bis 1981 die Milliardengrenze erreicht haben und dem Land jede Möglichkeit genommen sein, Mittel für Investitionen und Förderungen zu vergeben. Nur die ausgesprochenen Pflichtaufgaben könnten erfüllt werden. Wir sind uns sicher einig, daß wir einen solchen Zustand verhindern müssen. Und der Herr Landesfinanzreferent hat ja auch deutlich ausgesprochen, daß es so nicht weitergehen kann. Aber er hat gleichzeitig zugegeben, daß in den Jahren 1972/1973 und 1974 zu viel ausgegeben worden ist. Es heißt also sich rechtzeitig zu besinnen, es heißt maßhalten auf allen Gebieten, es heißt sparen. Wir haben in gleicher Weise an die zu denken, die mit ihren meist schwer verdienten Steuergroschen uns die Mittel in die Hand geben, jene Aufgaben für die Gemeinschaft zu erfüllen, die eben der Einzelne nicht erfüllen kann. Aber auch an jene, deren Arbeitsplätze in einer solchen Situation gefährdet wären, die aber alle ein Recht auf Arbeit besitzen.

Dies, meine Damen und Herren, möchte ich zu bedenken geben, wenn ich nun nicht umhin kann, nochmals und hoffentlich ein letztes Mal auf die Kallinger-Ruine am Putterersee zu sprechen zu kommen, weil in der letzten Zeit einiges bekannt geworden ist, was im Zusammenhang mit der Behandlung des Landesvoranschlages doch nicht unerwähnt bleiben darf. Mir scheint nämlich, daß hier der uns alle verpflichtende Grundsatz der Sparsamkeit ein wenig zur Seite geschoben worden ist. Dem Baubescheid der Gemeinde Aigen vom 3. Dezember des Jahres entnimmt man, daß anlässlich der Bauverhandlung am 19. November des Jahres Frostschäden an dem Gebäude, das das Land gekauft hat, Frostschäden an tragenden Konstruktionen und erhebliche Risse an tragenden Bauteilen sowie im Fundament und Sockelmauerwerk festgestellt wurden und daß Fertigteile zwischen den Säulen voll-

kommen unfachgemäß lediglich mit Flacheisen an den Pfeilern befestigt sind. Eine Befestigung, die, wie es im Befund dieses Bescheides ausdrücklich heißt, als bedenklich angesehen werden muß. Ein Statiker wird erst prüfen müssen, welche Maßnahmen zu treffen sind, bevor ein Weiterbau gestattet wird. Es erhebt sich daher die Frage, inwieweit alle diese Mängel im Kaufpreis ihre Berücksichtigung gefunden haben und worin die Sicherung des Rohbaues bestand, für die dreiviertel Millionen Schilling aufgewandt worden sind, wie aus den Erläuterungen zu diesem Voranschlag hervorgeht. Die bei der Bauverhandlung anwesenden Herren des Landes waren vom Zustand des Bauwerkes keineswegs begeistert, um nicht zu sagen „beeindruckt“. Was vermuten läßt, daß die übereilte Flüssigstellung des Kaufschillings keine exakte Überprüfung des Bauzustandes ermöglicht hat und, wie mir scheint, nur der Firma Kallinger zugute gekommen ist, dem Land Steiermark aber zum Nachteil gereicht hat. Fachleute meinen überdies, daß im Hinblick auf diesen Bauzustand 8 Millionen Schilling statt 12 Millionen Schilling angemessen wären. Es konnte bei dieser Verhandlung auch die Frage nicht geklärt werden, ob die wasserrechtliche Bewilligung für die Ableitung der Gewässer nicht schon abgelaufen sei und in gleicher Weise die Frage nicht geklärt werden, ob die Wasserversorgung überhaupt gesichert sei. So ist der Ausdruck „Kallinger-Ruine“, wie er immer gebraucht worden ist, vollauf gerechtfertigt. Nach der vorliegenden Planung wurde das Bauvolumen um 9000 Kubikmeter vergrößert, so daß der umbaute Raum in diesem Objekt insgesamt 20.000 Kubikmeter beträgt. Bei einer Gesamtbausumme von 90 bis 100 Millionen Schilling, wie es in den Erläuterungen steht, ergibt sich daraus ein Preis von S 5000,— pro Kubikmeter umbauter Raum. Ein Preis, der doppelt so hoch ist, als der bei vergleichbaren Bauten. Es hat also den Anschein, daß in den Baukosten außer den bereits genannten S 750.000,— noch weitere Beträge für die Sanierung des von der Firma Kallinger übernommenen Rohbaues stecken, um die der Kaufpreis eigentlich hätte verringert werden müssen. Und so gesehen, kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß man dem Herrn Kallinger dafür, daß er mit aller Gewalt das Landschaftsbild verunstaltet hat, einen Liebhaberpreis gezahlt hat, der anderswo bestimmt hätte besser verwendet werden können. Dies, meine Damen und Herren, glaubte ich aufzeigen zu müssen, weil meines Erachtens der Steuerzahler ein Recht darauf besitzt, zu erfahren, wofür seine Steuergroschen ausgegeben werden, aber auch in der Hoffnung, daß daraus die entsprechenden Konsequenzen für die Zukunft gezogen werden. Am Schluß bleibt nur der Wunsch, daß aus der Kallinger-Ruine bald ein funktionstüchtiges Lehrhotel wird, das durch seine Gestaltung, durch seine Aufgabe und durch seine Führung die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes einigermaßen wettmacht. (Landesrat Peltzmann: „Das gehört aber nicht zur Gruppe 2!“)

Als Handwerker möchte ich aber auch bei dieser Gruppe auf die Lehrlingsausbildung zu sprechen kommen, weil ich glaube, daß es an der Zeit ist, auch hier nach dem Rechten zu sehen. Wir müssen

dabei in Betracht ziehen, daß es immer seltener wird, daß der junge Mensch den Beruf fürs Leben lernt und diesen Beruf bis zum Ende seines Lebens ausübt. Es wird immer häufiger, daß man unter Umständen mehrmals im Laufe seines Lebens seinen Beruf ändern muß. Aus diesem Grund müssen wir uns um eine zeitgemäße Berufsausbildung bemühen. Zu allererst aber müssen wir das Ansehen der handwerklichen Berufe wieder herstellen, das zum großen Teil durch die verbesserten Möglichkeiten zum Schulbesuch sehr gelitten hat. Nicht selten hört man die Drohung von Eltern: „Wenn du in der Schule nicht lernst, dann mußt du eben in eine handwerkliche Lehre gehen!“ Dieser Diskriminierung müssen wir ebenso entgegenwirken, wie der Auffassung von der Ausbeutung der Lehrlinge. Wer sich einigermaßen mit den Lohnnebenkosten befaßt, weiß, daß der Lehrling längst keine billige Arbeitskraft mehr ist.

Wir halten das duale Ausbildungssystem, das System Schule, Theorie, Betrieb und Praxis mit der Meisterlehre und der Berufsschule für das Richtige und glauben, daß vor allem das Berufsschulsystem den geänderten Verhältnissen angepaßt werden müßte. Schon in der 7. und 8. Schulstufe müßte unseres Erachtens eine Berufsorientierung ermöglicht werden, um das berufliche Interesse des Menschen rechtzeitig erkennen zu können. Und darum müßte sich ein Jahr der Berufsgrundschule anschließen, dem ohne weiteres das gestern auch schon besprochene Polytechnische Jahr einbezogen bzw. zu dem dieses Politechnikum umgebaut werden könnte. Es gibt nämlich derzeit 304 Lehrberufe, z. B. Schlosser, Schmiede und Installateure und andere, die in einer einzigen solchen Berufsgrundschule zusammengefaßt werden könnten, als Gruppe, an die sich dann die praktische Lehre im Betrieb mit der echten Berufsschule anschließen müßte, und hier wäre unserer Meinung nach das starre Jahrgangssystem durch ein flexibles Fachkurssystem zu ersetzen. Auf diese Weise, meine Damen und Herren — das waren nur die Grundzüge — wäre meiner Meinung nach die Gewähr gegeben, daß wir wieder zu einer guten und zeitgemäßen Berufsausbildung kommen, für die wir alle die Verantwortung tragen und letzten Endes alle auch die Nutznießer sein werden. (Allgemeiner Beifall)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Maitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Maitz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Strenitz hat sich gestern mit Kinderspielplätzen befaßt. Er hat aus einer Untersuchung einer Grazer Architekten-Psychologen-Juristen-Gruppe, die uns auch bekannt ist, zitiert und sehr interessante und wesentliche Dinge, die es in verschiedenen Bereichen bereits gibt, dargestellt. Ich glaube, das war sehr wesentlich und scheint mir nur in einem Punkt ergänzenswert. Sie haben gestern mehrfach gemeint, alles geht zu langsam. Es sind die Spielplätze nach 0-8-15-System gebaut, es mangelt an solchen in Siedlungen und in Gemeindefiedlungen. Es sind untaugliche Spielplätze mit keineswegs kindertauglichen Geräten.

Ich stimme Ihnen voll zu. Ihre Erfahrungen dürften vor allem aus der Stadt Graz stammen. In dieser Stadt Graz ist in diesem Bereich seit 25 Jahren ein Referent Ihrer Fraktion für diese Sachbereiche zuständig. Ich möchte das klarstellen, weil Ihnen alles zu langsam geht. 25 Jahre hatten Ihre Kollegen dazu Zeit. Im übrigen muß man nicht immer auf Gesetze warten, Herr Abgeordneter Strenitz. Man braucht nicht immer auf Gesetze warten, denn Initiativen in dieser Richtung, sehr ähnlich wie Sie das dargestellt haben, gibt es seit 1973 unter der neuen Rathausführung, obwohl sachlich nicht zuständig, eine ganze Reihe. Ich darf in Erinnerung rufen: Vizebürgermeister Hasiba hat zirka 10 Hektar Grünflächen für alle Grazer und besonders natürlich für Kinder für die Spielformen, die Sie gestern auch genannt haben. (Abg. Dr. Strenitz: „Das war ein Beschluß des Stadtsenates!“) in den Grazer Parkanlagen und darüberhinaus geöffnet. Das war ein Vorschlag des Bürgermeisters Hasiba. Dieser Vorschlag wurde im Stadtsenat auch beschlossen. Auch der zuständige Referent ist Hasiba, also wohl eine eindeutige Initiative. (Abg. Dr. Eichinger: „VP-Initiative!“)

Zweitens hat Bürgermeister Hasiba eine Aktion „Offene Sportstätten für Jugendliche und für Kinder“ vorgesehen und bereits 8 Plätze, die im Eigentum der Gemeinde Graz stehen, für 1976 reserviert. Es wird auf die Budgetverhandlungen innerhalb der Stadtgemeinde Graz ankommen. Ich bitte Sie, mit Ihren Kollegen zu reden, daß sie diesen Ansätzen und dem Geld, das dafür notwendig ist, ihre Zustimmung geben. Dann wird in Ihrem Sinn wieder etwas in Graz geschehen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Also machen Sie es doch mit den Sozialisten!“) Darüber würden wir uns alle sehr freuen.

Eine weitere Initiative, die nicht auf ein Gesetz warten mußte, betrifft z. B. eine beachtliche Zahl — es sind 9 oder 11 — von Schulhöfen, die ebenfalls auf Antrag unserer Fraktion im Grazer Rathaus während der Ferien den Grazer Schulkindern zusätzlich geöffnet werden. Das ist durchaus im Sinne Ihrer gestern dargebrachten Äußerungen und sehr erfreulich. Aber 25 Jahre hätten Ihre Kollegen auch dasselbe tun können und haben es nicht getan. Daher sollte man nicht sagen, daß es viel zu lange dauert und man schon seit Monaten das gesagt hat. Es dauert seine Zeit. Ihr habt es bei Euren Leuten sehr lange nicht durchsetzen können. (Abg. Schrammel: „Diese Versäumnisse!“)

Außerdem gibt es eigene Initiativen, die auch kein Gesetz brauchen. Eine Bürgerinitiative zur unkonventionellen Gestaltung des Spielplatzes Graz-St. Lukas wurde vom Stadtrat Edegger unterstützt, obwohl er wiederum sachlich nicht zuständig ist. Ich weiß nicht, ob Herr Stadtrat Stingl davon wußte. Es wurden auf Edeggers Betreiben 7000 Quadratmeter Grund der Gemeinde dieser Initiative zur Verfügung gestellt. 3000 Quadratmeter wurden für Spielplätze, eben im Sinne eines Abenteuerspielplatzes, im Sinne eines modernen Erfordernisses, zur Verfügung gestellt und 4000 Quadratmeter für eine offene Sportstätte. (Abg. Doktor Strenitz: „Das ist eine sehr einseitige Darstellung!“) Das ist auf Initiative bzw. mit der Un-

terstützung Edeggers, obwohl er nicht zuständig ist, geschehen. Tun ist wichtig. Gebe ich Ihnen vollkommen recht. Warten auf Gesetze ist wahrscheinlich gar nicht notwendig, wenn man die Mittel dazu in der Hand hätte. Ich würde daher sehr bitten, daß Sie Ihrem zuständigen Referenten Stadtrat Stingl alle Ihre guten Vorschläge recht bald unterbreiten. Wir würden uns sehr freuen, wenn in Graz auch ohne Gesetz solche Dinge, die Sie hier angeschnitten haben, im weiten Maß stärker berücksichtigt würden.

Eine ganz konkrete Bitte hätte ich noch. Vielleicht kann der Stadtrat Stingl endlich dafür sorgen, daß der seit Monaten — es sind 9 oder 12 Monate mindestens — verschlammte Abenteuerspielplatz repariert wird. (Abg. Gerhard Heidinger: „Kennen Sie den Herrn Stadtrat Stingl?“) Sehr gut, Herr Abgeordneter. (Abg. Gerhard Heidinger: „Warum sagen Sie es ihm nicht selber?“) Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Strenitz gerne die Möglichkeit geben, das zu tun, denn er hat sich besonders in seiner Fraktion dafür eingesetzt. (Abg. Gerhard Heidinger: „Der Maitz fürchtet die Konfrontation mit Stingl, jetzt braucht er den Strenitz!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe) Im Sinne der gestrigen Debatte. Ich habe Zeit. (Abg. Dr. Strenitz: „Das ist eine unerhörte Verdrehung!“ — Landesrat Dr. Krainer: „Das ist eine Informationslücke!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten. Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Maitz.) Würden Sie, Herr Abgeordneter Strenitz, Ihrem Referenten Stingl die Bitte überbringen, er möge endlich die Abenteuerspielplatzgeräte, die seit einem Jahr in einem Zustand sind, daß sich die Kinder dort verletzen, die total verschlampt sind und auf deren Zustand er schon mehrfach aufmerksam gemacht wurde, endlich reparieren lassen. Das wäre eine Initiative, wozu man auch kein Gesetz braucht.

Trotzdem muß man über neue Regelungen dieser ganzen Materie sehr ernst verhandeln und wir werden uns selbstverständlich mit diesen Sachen ausführlich beschäftigen. Das vorweg.

Im Vorjahr habe ich an dieser Stelle der Budgetdebatte einiges Grundsätzliches zur Jugendarbeit gesagt. Wir haben von den Dienstleistungen des Landesjugendreferates gesprochen und die eigenen Veranstaltungen und Aktionen des Landes hervorgehoben. Die Schlußfolgerung war damals die Forderung, möglichst viele Initiativen von Gemeinschaften junger Menschen zu fördern, also keine Zwangsbeglückung von oben, sondern freie Entfaltung im wohlverstandenen Sinn einer Subsidiarität. Anlässlich dieser Budgetdebatte möchte ich einige konkrete Beispiele jener Jugendarbeit nennen, die Ihnen, Kollege Kohlhammer, zu wenig dotiert erscheint. Dazu werde ich später noch etwas sagen. Die Jugendarbeit einzelner Organisationen hat ganz besondere Akzente gezeigt. Zwei gemeinsame Arbeitsschwerpunkte für das Jahr 1976 aller Jugendorganisationen und 3 Forderungen, die mir wesentlich erscheinen, werde ich zum Schluß präsentieren. Eine an die Jugendorganisationen, eine an die Landesregierung und eine an den Bund.

Neben den angestammten Tätigkeiten aller Jugendorganisationen, die in ihrem speziellen Bereich

liegen, möchte ich eine herausstreichen, die im Jahr 1975 wiederum einen steirischen Rekord bedeutet hat. Die steirischen Jugendorganisationen sind nämlich im Jahr 1975, wie schon vorher da und dort, aber nicht so stark, führend bei den internationalen Jugendkontakten gewesen. Einige Beispiele aus den vielen Möglichkeiten, die Jugendorganisationen in dieser Beziehung genützt haben:

Es haben 120 steirische Burschen beim Weltpfadfindertreffen in Norwegen teilgenommen. Eine über die Maßen hohe Förderung des Landes hat dies ermöglicht. Es war ein Jamboree, das von 94 Nationen besucht war. Ein sicherlich starkes Erlebnis für diese 120 steirischen Burschen. Ein anderes Beispiel: Die Alpenvereinsjugend führte gemeinsame Ausbildungskurse für junge Bergsteiger mit slowenischen und italienischen Gruppen und mit einer Reihe von kroatischen Gruppen durch. Ein weiteres Beispiel: Der Bund steirischer Landjugend hat in seinem Austauschprogramm für Landjugendgruppen im Vorjahr eine spanische und eine englische Landjugendgruppe hier zu Gast gehabt und es wurden in fachlichen und gesellschaftspolitischen Diskussionen eine Reihe interessanter Erfahrungen ausgetauscht. Im nächsten Jahr ist so ein Austausch mit der Bundesrepublik und Schweden vorgesehen. Im Sinne einer guten nachbarschaftlichen Politik hat sich die Landjugend auch bemüht, zwischen slowenischen und steirischen Bezirken eine Partnerschaft herzustellen, was mir im Sinne des Dreiländergedankens sehr wesentlich erscheint. Die drei Länder sind Italien, Jugoslawien, Österreich.

Der Bund europäischer Jugend hat ein internationales Jugendtreffen im nach dem früheren Landtagspräsidenten benannten Karl-Brunner-Europa-Haus durchgeführt. (Abg. Gerhard Heidinger: „Trigon!“) Das ist nicht nur Trigon, Herr Kollege Heidinger. Es ist auch ein anderer Gedanke. Acht europäische Staaten haben junge Leute ins Karl-Brunner-Europa-Haus entsandt, das heuer zu einem wesentlichen Teil vom Bund europäischer Jugend selbst, aber auch mit Hilfe des Landes Steiermark angekauft wurde, was mir im Sinne der internationalen Kontaktpflege sehr wertvoll erscheint.

Auch eine kleine, aber eine sehr aktive Gruppe möchte ich hier erwähnen, nämlich die Grazer Gruppe des American Field Service, die neuerdings versucht hat, nicht nur einen Auslandsstipendienaustausch für höhere Schüler zu vermitteln, sondern einen neuen Versuch unternommen hat, unter dem Titel „Interkulturelles Lernen“ Spezialgebiete herauszuholen und Jugendliche mit diesen Sachgebieten besonders vertraut zu machen. Es hat eine Jugendgruppe aus Triest in Graz 14 Tage lang Sozialprobleme anhand konkreter Beispiele unter der Federführung dieser Vereinigung studiert.

Der zweite Bereich, aus dem ich einige Beispiele nennen möchte, ist ein Grundanliegen von uns allen, die wir hier vertreten sind, nämlich die aktive Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens, also Politik. Die Pflicht, an der Gemeinschaft mitzuarbeiten, besteht vor allem dort, wo die Menschen am unmittelbarsten und am überschaubarsten in ihrem Bereich berührt sind, also in der Gemeinde. Auch dieser Gemeinschaftsaufgabe, die für uns alle wesentlich ist, haben sich drei Jugendor-

ganisationen im Jahr 1975 besonders gestellt. Die katholische Landjugend, der Bund steirischer Landjugend und die Junge ÖVP. Der Akzent beim Bund steirischer Landjugend und der katholischen Landjugend lag vor allem bei der Verständniswerbung für das im Vorjahr hier in diesem Haus beschlossene Raumordnungsgesetz für die öffentliche Planung. Hier hat es Arbeitsgruppen und Diskussionen über Mitsprache und Mitverantwortung bei Flächennutzungsplänen gegeben. Die Junge ÖVP hat unter dem Titel „Auftrag zur Mitgestaltung in der Gemeindepolitik“ in einer Tagung in Sachbereiche gegliedert, ein Konzept erarbeitet und schriftlich niedergelegt und im Vorjahr dadurch auch Impulse ins Land getragen. Es wurden dort brisante Themen, wie Verbesserung der demokratischen Einrichtungen, Raumplanung, Industrie- und Betriebsansiedelung ebenso behandelt wie die Kernbereiche Wohnen, Soziales, Verkehr, Bildung, Kultur, Freizeit, Fremdenverkehr oder Landwirtschaft.

Noch einige Beispiele aus einem 3. Bereich, der im Vorjahr eine besondere Rolle gespielt hat und den ich hier auch herausstellen möchte, nämlich die Problematik jugendlicher Arbeitnehmer. Es hat schon viel Polemik zu dieser Frage gegeben, auch in bezug auf die Lehrlingsziffern; auch gestern bei der Debatte. Ich möchte aus dem Bereich jugendlicher Arbeitnehmer zunächst von der Arbeit der Österreichischen Gewerkschaftsjugend berichten, die in der Aktion 1975, in einer Befragungsaktion, einer Postkartenaktion, in ganz Österreich zu 10 Problemkreisen eine Beurteilung versucht hat. In der Befragung der Österreichischen Gewerkschaftsjugend hat es in der Steiermark zirka 9000 Rücksendungen bei der Postkartenaktion gegeben. Dabei sind 3 Problemkreise vorrangig herausgestellt worden. Als erstes war erstaunlich, denn bisher hat man aus der sozialistischen Seite wenig Positives über den Polytechnischen Lehrgang gehört, eine positive Einstellung zu einer gründlichen Berufsvorbereitung im Polytechnischen Lehrgang. Berufsbezogene Informationen und zusätzliche Besuche und Studien direkt an Stätten der Arbeitswelt, wie sie in Polytechnischen Lehrgängen auch schon praktiziert werden, sollen verstärkt werden. Hier sind wir durchaus einer Meinung. Ein zweiter Punkt war die stärkere pädagogische und fachliche Ausbildung für betriebliche Ausbilder der Lehrlinge. Auch da gibt es keine Differenz. Auch das soll ein gemeinsames Anliegen sein. Der dritte Punkt, der hier angeschnitten wurde, nämlich die Verstärkung der Allgemeinbildung in den Berufsschulen, ob dieser Punkt sinnvoll in die Berufsschule verlegt werden soll, ist eine andere Frage, denn das ist vor allem Aufgabe der allgemein bildenden Schulen und auch eine Aufgabe, die kompetenzmäßig dem Bund zusteht und den Ländern in den Grundschulen, also der öffentlichen Hand, während die Berufsschulausbildung vorwiegend von der Wirtschaft mitfinanziert ist. Also sollte man hier auch noch diese Fragen diskutieren. Die Befragung als solche und die Initiative als solche wollte ich jedenfalls auch hier nennen. Die Kolping-Jugend hat im gleichen Bereich eine weitere Initiative für uns Arbeitnehmer gesetzt. Bei Heimen in Graz, wo etwa

600 jugendliche Arbeitnehmer untergebracht sind, wurde ausgebaut, verbessert, und zwei Heime in Kapfenberg, wo ebenfalls ein Mädchen- und ein Burschenheim zur Verfügung stehen, werden im Sinne einer Familie als Selbstverwaltung geführt. Also auch ein sehr fortschrittlicher — für die Kolping-Jugend allerdings relativ alter Gedanke. Die katholische Arbeiterjugend in der Steiermark hat für den Bereich der jungen Arbeitnehmer eine Untersuchung mit den jungen Arbeitnehmern durchgeführt, die sich vor allem mit der sozialen und wirtschaftlichen Lage dieser Arbeitnehmer befaßt hat. Das durchgehende Ergebnis war dabei, daß die jungen Arbeitnehmer der Meinung sind, daß die Verknappung der Lehrstellen wesentlich, durch die wirtschaftliche Rezession hervorgerufen, dazu führt, daß oft — und das ist auch ein Grund dafür, daß die vielen Lehrstellen, die vielen Lehrplätze, die zuerst auch gesucht wurden, jetzt nicht mehr in diesem überhöhen Maß gesucht werden — durch die Verknappung der Lehrstellen ein ungewollter oder oft ungewollter weiterer Schulbesuch in Kauf genommen wird und daß andererseits wieder die Abgänger von allgemeinbildenden höheren Schulen nicht eine entsprechend ihrer Ausbildung passende Arbeitsstelle bekommen. Ebenso ist dort zum Ausdruck gekommen, daß eben jetzt in dieser schwierigen Situation bei der Verknappung der Lehrstellen fast jeder Lehrling, ob männlich oder weiblich, jede angebotene Lehrstelle annehmen muß, ganz gleich, ob sein Talent ihn dort dazu befähigt oder ob er eine Neigung dazu hat, diesen oder jenen Beruf auszuüben. Also keine freie Auswahl der angebotenen Lehrstellen, wie es bisher der Fall war, keine freie Berufswahl in diesem Sinn.

Das waren nur einige Beispiele aus den Jugendorganisationen, die sich das Land in einem besonderen Ausmaß vorgenommen hat, zu fördern. In diesem Zusammenhang sei dem Kollegen Kohlhammer gesagt, die steirische Jugendförderung ist ja im prozentuellen Vergleich mit allen Ländern die am besten dotierte. Aber ich gebe gerne zu, daß wir zu diesen Dotierungen weitere interessante Aktionen zusätzlich fördern sollten. Die steirischen Jugendorganisationen dienen also nicht nur — und das wollte ich mit meinem kurzen Beispiel sagen — einer sinnvollen Freizeitgestaltung, der Weckung des Gemeinschaftsempfindens und des Austausch von Leistungen und Erfahrungen, sondern auch der Erfassung von Problemen, die junge Menschen betreffen. Daher möchte ich es hier nicht versäumen, allen Jugendorganisationen und den Jugendfunktionären, oder wenn Sie wollen, verantwortlichen Jugendleitern, herzlich für ihre Arbeit zu danken, denn es ist ja in unserem Sinn, im Sinn der Politik, der gemeinsamen Verantwortung, daß aus diesen Organisationen wiederum für die Gemeinschaft interessierte Menschen hervorkommen, die auch dann für diese Gemeinschaften in Gemeinde, Land und darüber hinaus zu arbeiten bereit sind.

Die zwei Arbeitsschwerpunkte für 1976 hat Kollege Kohlhammer bereits genannt. Ich möchte nur eines korrigieren: Die Initiative für die Ausstellung, die Landesausstellung Jugend und Gesellschaft, ging nicht vom verantwortlichen Grazer Stadtrat

aus, sondern wurde im Landesjugendbeirat, dem 23 Organisationen angehören, beschlossen und wird vom Land Steiermark unter Federführung des Landesjugendreferates durchgeführt werden. Richtig ist, daß sie im Rahmen der Grazer Jugendwochen im Frühjahr 1976 am Grazer Hauptplatz damit beginnen werden. Das nur zur Klarstellung.

Das zweite war die Jugendleiterausbildung, mit der im Sinne der vorjährigen Budgetdebatte — hier haben Sie gemeint, es hat sich nicht allzuviel geändert — nun konkret in diesem Jahr begonnen wird. Wir haben im vorigen Jahr hier an dieser Stelle von dieser gemeinsamen Jugendleiterausbildung gesprochen und es scheint mir sehr wesentlich, daß diese für alle Organisationen zusammen stattfinden kann, damit ein Erfahrungsaustausch und auch die Diskussion gemeinsamer Probleme wie steuerlicher Fragen hier stattfinden kann. (Abg. Spöner: „Wann denn?“) Das wurde vor einem Jahr vorgenommen und findet bereits statt. (Abg. Spöner: „Im Protokoll steht Herbst 1976!“) Nein, im Frühjahr 1976 kann damit begonnen werden und zwar in einem Sechs-Monate-Kurs in Form von Wochenendseminaren. Ich glaube, das ist Ihnen ohnedies bekannt. (Abg. Gerhard Heidinger: „Er wird das schon machen!“) Die ersten wesentlichen Zusammenkünfte in dieser Richtung sollen im Frühjahr 1976 stattfinden, vielleicht geht es ein bißchen früher oder später. Ich glaube, das ist nicht wesentlich, im Sinne von 25 Jahren Versäumnissen in der Stadt Graz. Ein paar Monate spielen keine große Rolle. (Abg. Kohlhammer: „Da ist nichts neu, da hat sich nichts geändert!“) Voriges Jahr vorgenommen, heuer verwirklicht, das wollte ich damit sagen.

Drei Forderungen, die ich am Beginn angekündigt habe, möchte ich hier zum Abschluß stellen. Eine Forderung an die Jugendorganisationen im Sinne der angezogenen Wortmeldung. Die offene Jugendarbeit wäre zu verstärken, das heißt, Veranstaltungen und Aktionen wären durchzuführen, die nicht nur die Mitglieder einer Jugendorganisation einbeziehen, sondern alle Jugendlichen einer Altersgruppe, einer Neigungsgruppe, einer Region. Das scheint mir deshalb wichtig, weil die sehr oft guten Ideen, die in einer Jugendorganisation entstehen, doch ein breiteres Angebot, eine breitere Gruppe, erfassen sollen. Und vielleicht kommt es auch dadurch zu einer Art Arbeitsteilung, einer konkreten Arbeitsteilung in den Jugendorganisationen. Ein prominentes Beispiel für diese offene Jugendarbeit, die ja zusätzlich besonders gefördert wird, möchte ich mit dem Bundesjugendorchester nennen. Aus dem Bundesbewerb, dessen unermüdlicher Motor Professor Knopeck in Leoben ist, und der Förderung des Landes Steiermark ist das Bundesjugendorchester entstanden. Ein kurzer Bericht dazu: 75 Teilnehmer aus allen österreichischen Bundesländern, die ein Durchschnittsalter von 16,6 Jahren hatten, nehmen an dieser steirischen Initiative teil. Ich glaube, das ist eine Jugendinitiative, eine offene Initiative, die nicht nur steirisch-österreichisch hinaus wirkt, sondern nun auch noch mit einer Schallplatte, die ich Ihnen hier zeigen möchte und die gerade druckfrisch vom Professor Knopeck heute früh gekommen ist, eine über Österreich

hinausreichende Anerkennung gefunden hat. Es ist keine Firma darauf, daher kann ich sie ruhig zeigen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Können wir sie nicht abspielen?“) Es geht um das Bundesjugendorchester. Ich würde sie gerne abspielen. Das würde aber den Rahmen der Budgetdebatte sprengen und wäre nicht im Sinne der Kürze der Beiträge. Es wäre sinnvoll, die Platte zwischen den Kapiteln 2 Erziehung und 3 Kultur abzuspielen. Das könnte einen Übergang darstellen. Also eine interessante Initiative der offenen Jugendarbeit. Das wollte ich damit sagen. Diese Initiative fand Anerkennung weit über den Bereich der steirischen Jugend hinaus.

Die eine Forderung an die Landesregierung wäre die, daß wir uns gemeinsam bemühen sollten, ein steirisches Jugendraumprogramm zu entwickeln, denn viele Initiativen in Gemeinden — bei Gesprächen mit den Organisationen ist das oft hervorgekommen — enden mit der Raumfrage. Sie können nicht weiter verfolgt werden, weil kein entsprechender Raum zur Verfügung steht. Auch einzelne Jugendorganisationen haben oft nicht die Möglichkeit, sich einen Raum zu schaffen. Daher der konkrete Vorschlag: 3 Phasen: Erhebung vorhandener Jugendräume, regionale Schwerpunktbildung und 3. und wesentlichster Punkt, gemeinsame Errichtung solcher Jugendräume für mehrere Organisationen. Wenn sich im Sinne einer gemeinsamen Jugendarbeit mehrere Organisationen zusammenschließen und einen Jugendraum errichten, sollte das eine besondere Förderung erfahren. Wir hätten damit, wenn wir eine solche Förderung etwa in Form einer Vorfinanzierung erreichen können, über lange Zeit ein ausgeglichenes Jugendraumprogramm im ganzen steirischen Bereich, das für die Jugendorganisationen den Einsatz ihrer Mittel ökonomischer gestalten könnte.

Die Schlußbemerkung ist die Forderung an den Bund, die Fortbildung von Jugendleitern in die Bildungsfreistellung einzubeziehen. Es scheint mir sehr wesentlich, daß jene Leute, die eine Ausbildung als Jugendgruppenleiter haben, sich weiterbilden können und dazu die Bildungsfreistellung in Anspruch nehmen können. Denn, meine Damen und Herren, je mehr Anreiz wir den Idealisten in der Jugendarbeit geben können, desto bessere Leute werden wir dafür gewinnen, desto größer ist aber auch die Gewähr, daß auch zukünftig an den Schaltstellen der Arbeitswelt, des geistigen Schaffens, der wirtschaftlichen und politischen Verantwortung Leute sein werden, die erkennen, daß bei aller nur erdenklichen freien Entfaltung des einzelnen, Dienst an der Gemeinschaft der größere Wert ist. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nachdem der Herr Kollege Wimpler bereits zweimal zur Frage des Lehrhotels in Aigen gesprochen hat, möchte ich dazu am Anfang einige Anmerkungen machen. Es ist sicher so, daß theoretisch

tisch eine bessere Lösung denkbar wäre. Es sind aber auch die Beweggründe für die Entscheidung Aigen anzuerkennen, weil, und das ist letzten Endes auch der Grund für die Raschheit des Handelns der Landesregierung, die Frage im Raum gestanden ist, wie einige hunderte Arbeitsplätze gesichert werden können und ob es möglich ist, viele Hunderte anderer Mitbürger vor Schäden zu bewahren.

Herr Kollege Wimpler, es dürfte Ihnen nicht unbekannt sein, daß die Bauwirtschaft seit längerer Zeit, nicht durch Verschulden der einzelnen Unternehmer, in einer schwierigen Situation ist. Wie dem auch sei, und hier stimme ich mit dem letzten Absatz Ihrer Ausführungen überein, es wird sicher so sein, daß für die Ausbildung des Fachpersonals für die steirische Fremdenverkehrswirtschaft Aigen eine hervorragende Rolle spielen wird, daß wir diese Einrichtung brauchen. Ich bin auch davon überzeugt, daß sich — auch für die Gemeinde Aigen, für die Entwicklung dieses schönen Fremdenverkehrsgebietes und sicher auch für jene, die heute noch dagegen sind, auf lange Sicht diese Initiative des Landes Steiermark zum Vorteil auswirken wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es sind heuer zum ersten Mal in der Gruppe 2 auch die landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen eingeordnet und zwar im Ansatz 222. Es ist hier vorgesehen, daß für den Sach- und Personalaufwand ein Nettozuschuß von rund 124,5 Millionen Schilling und für den außerordentlichen Haushalt rund 27,5 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden. Hohes Haus, ich darf berichten, daß im Schuljahr 1975/76 in der Steiermark 19 landwirtschaftliche Fachschulen, 13 einjährige ländliche Haushaltungsschulen und 9 land- und forstwirtschaftliche Berufsschulen eingerichtet und auch bis auf den letzten Platz voll besetzt sind. Insgesamt werden in diesem Schuljahr rund 3163 Burschen und Mädchen in den Berufs- und Fachschulen in Ausbildung sein, was gegenüber dem vergangenen Schuljahr noch eine Steigerung von 237 Burschen und Mädchen bedeutet. Es sind in diesen Bildungseinrichtungen des Landes 218 hauptberufliche Lehrkräfte tätig.

Was wird in diesen landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen erreicht? Welche Bildungsziele werden angestrebt? Zum ersten ist es die Aufgabe der Berufsschule, eine fachliche Grundausbildung allen jenen Burschen und Mädchen zu vermitteln, die nach der Pflichtschule weiter in der Landwirtschaft verbleiben werden. Zum zweiten eine berufsorientierte Ausbildung im 9. Schuljahr und damit eine spezielle Form einer sinnvollen, auf den zukünftigen Beruf hin orientierten Nutzung des Polytechnischen Lehrganges. Zum dritten wird in den landwirtschaftlichen Fachschulen eine umfassende Fachausbildung für die zukünftigen Bäuerinnen und Bauern gegeben, aber auch für eine Reihe anderer landwirtschaftlicher Fachberufe. Ich darf hier besonders auf den dreijährigen Schulversuch der Handelsschule in Grottenhof hinweisen, der sich sehr bewährt hat, weil er eine spezifische Form eines fachlich gebildeten — kaufmännisch und landwirtschaftlich gebildeten — Angestellten hervorbringt, der gerade im Bereich der Landwirtschaft und der

landwirtschaftlich orientierten Betriebsarten, Genossenschaften, Raiffeisenkassen usw. sehr gefragt ist. Zum vierten möchte ich besonders darauf hinweisen, daß in den landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen auch der Frage des Zweitberufes, des künftigen Berufswechsels, eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Es würde hier zu weit führen, darauf hinzuweisen, wie notwendig es gerade für die Landwirtschaft ist, neben dem Hauptberuf auch in anderen Berufszweigen eine Ausbildung zu haben, um damit die Existenz sichern zu können. Dieser Anforderung entsprechend wird z. B. seit Jahren in den Fachschulen der Gegenstand Fremdenverkehr auch für die Burschen unterrichtet. Es werden Vorbereitungen für Sozialberufe, für Facharbeiterberufe und eine Reihe anderer zweiberuflicher Möglichkeiten gegeben. Es wird hier auch, das möchte ich ganz besonders betonen, auf eine ständige Anpassung der Lehrpläne, der Ausbildungsmethoden an die geänderte Situation des Strukturwandels Wert gelegt.

Zusammenfassend möchte ich zum landwirtschaftlichen Schulwesen mit Befriedigung feststellen, daß sich hier eine erfolgreiche, vorausschauende Aufbauarbeit bewährt hat, daß hier ein 10-Jahres-Plan, der noch unter dem damaligen Landesrat, Landeshauptmann Dr. Niederl, erstellt wurde, erfüllt wurde. Wir haben heute durch zahlreiche Neu- und Umbauten zweckmäßige moderne Anstalten, die jeden Vergleich mit anderen Einrichtungen am Bildungssektor standhalten. Ich darf auch darauf hinweisen, daß die Steuergelder hier sparsam verwendet wurden. Es ist somit durch eine ständige Anpassung und durch einen Ausbau des land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens auch die Voraussetzung gegeben, daß die bäuerliche Jugend im ländlichen Raum ihren bestimmt nicht leichten Aufgaben und Berufsproblemen entsprechend entgegenzutreten kann.

Meine Damen und Herren! Zur außerschulischen Jugenderziehung gehören aber auch im Ansatz 251 die Schüler-, Lehrlings- und Gesellenheime. Hier sind im ordentlichen Haushalt ein Nettozuschuß von rund S 38,200.000,— und im außerordentlichen Haushalt für den Neu- und Ausbau 106 Millionen Schilling vorgesehen. Derzeit werden vom Land Steiermark 11 Landesschülerheime unterhalten. Mit Dankbarkeit möchte ich darauf hinweisen, daß das Landessportschülerheim Schladming seit 1. September 1975 in Betrieb ist und unter der Verantwortung des Landes geführt wird. Die Kosten haben rund 50 Millionen Schilling betragen. Es ist ein moderner, zweckmäßiger Bau entstanden, wengleich auch kein Prunkbau. Diesbezügliche Pressemeldungen sind sicher als übertrieben einzustufen. Und dazu möchte ich auch noch sagen, daß selbstverständlich auch für Schladming, für das Landessportschülerheim, genügend Wirtschaftsgeld zur Verfügung stehen wird, um den dort in Ausbildung befindlichen Buben und Mädchen, die ja einer Doppelbelastung, nämlich Schule und Sport unterliegen, auch von Seiten der Erstellung des Verpflegungsplanes eine entsprechende Voraussetzung zu geben. Allein für Schladming wird pro Jahr ein Zuschuß von rund 4 Millionen Schilling gewährt. Ich möchte zum Abschluß den zuständigen Referenten,

Herrn Landesrat Dr. Krainer und Landesrat Professor Jungwirth, für die Bereiche, die ich hier vertreten konnte, recht herzlich danken.

Ich möchte auch noch etwas sagen. Meine Damen und Herren, die Demokratie führt ständig zur Versuchung, eine Politik der „großen Zahl“ zu betreiben, und wir müssen uns ständig der Gefahr bewußt sein, daß Randschichten der Bevölkerung, Menschen, die in verdünnten Zonen leben, die in kleinen Gruppen und Berufen orientiert sind, benachteiligt werden könnten. Die Leistungen des Landes Steiermark für das land- und forstwirtschaftliche Schulwesen und für die Schüler- und Lehrlingsheime sind ein wesentlicher Beitrag dazu, um berufliche, regionale und soziale Benachteiligungen der Jugend, die speziell im ländlichen Raum lebt, zu beheben. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Das Wort hat Herr Landesrat Bammer.

Landesrat Bammer: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die Leistungen der österreichischen Spitzensportler erwecken ständig das Interesse größerer Teile unserer Bevölkerung. Daneben fristet — darauf hat schon Herr Abgeordneter Buchberger hingewiesen — der Breitensport und zum Teil auch der Leistungssport ein eher bescheidenes Dasein in unserem Lande. Grundvoraussetzung für eine wirklich sportliche Betätigung unserer Jugend und aller, die am Sport interessiert sind, sind aber die Sportstätten und hier glaube ich, darf man sagen, daß in der Steiermark die Städte und Gemeinden in den letzten Jahren außerordentliche Leistungen vollbracht haben. So gibt es derzeit in unseren Gemeinden zwölf Sporthallen mit Normmaßen, die Hallensportarten aller Kategorien zulassen. So gibt es fünf Kunsteisbahnen, wenn die Stadt Zeltweg ihr Vorhaben realisiert hat. Es sind vier Kunststoffbahnen für Leichtathletikbewerbe vorhanden. All das wäre nicht möglich, hätten nicht die Gemeinden und ihre Funktionäre mit Hilfe des Landes und zum Teil auch des Bundes, dort wo Bundessportschulen sind, wesentliche Investitionen in die sportliche Zukunft unseres Landes getätigt. Wenn gestern der Abgeordnete Buchberger mit sichtlicher Freude darauf hingewiesen hat — ich weiß, er ist dem Sport sehr verbunden —, daß die Ansätze der Sportförderung im Landesbudget von Jahr zu Jahr gestiegen sind, so muß ich ihn in diesem konkreten Fall leider korrigieren und darf hinweisen, daß dies zu unserem großen Leidwesen nicht der Fall ist. Zwei Ziffern: Im Jahr 1974 stand dem Einfluß der Landessportorganisation ein Betrag von 13,2 Millionen Schilling zur Verfügung, im Jahr 1975 waren es knapp 9 Millionen, also ein Drittel weniger und auch im Jahr 1976 werden es nur wenig mehr als in diesem noch währenden Jahr sein. Würde nicht der Sportreferent, der zugleich das Fremdenverkehrsressort hat, bemüht sein, aus dem Fremdenverkehr bei Kleinsportanlagen mitzuwirken und der Herr Landeshauptmann und auch ich als Gemeindeferent noch dem Sport etwas zukommen lassen, so hätten wir eine echte finanzielle Not im steirischen Sport. Ich sage das deshalb, weil sich im Oktober des Jahres 36 steirische Fachverbandspräsidenten als die Verantwortlichen aller steirischen Fachverbände

zusammengesetzt haben und in einer Resolution ihrer Sorge um die Entwicklung im steirischen Sport Ausdruck verliehen haben. Wir werden am kommenden Samstag in der Burg erleben, daß der Herr Landeshauptmann einer großen Anzahl von steirischen Spitzensportlern die Landessportlehrerabzeichen und die Silbernadeln überreichen wird, aber wir haben Sorgen für die Zukunft. Wenn es in den letzten Jahren nicht mehr möglich war, jene Expansion des Budgets generell auch im Sport mitzumachen, so darf ich doch anmerken und im Interesse dieser 36 Fachverbände darum ersuchen, daß vielleicht heute schon vorgemerkt wird, bei aller Wahrung der Berechtigung anderer Interessen, daß 1977 wieder ein Nachholbedarf des Sportes befriedigt werden kann. Diesem Alarm der Fachverbandspräsidenten darf noch hinzugefügt werden, daß wir es gegenwärtig mit einem Trend von der Förderung des Sportlers und seiner sportlichen Vorbereitung zur Veranstaltung zu tun haben, und wir wissen nicht, ob all die sportlichen Großveranstaltungen so sehr im Interesse der steirischen Sportler und des steirischen Sportes stehen.

Ich habe auch hier überprüfen müssen, ob nicht der Repräsentation zu viel Augenmerk beigemessen wird und dem Verein, dem Verband, zu wenig zukommt. Daß die Vereine in Sorge und auch in Schwierigkeiten sind, ist jenen, die seit Jahrzehnten mit dem Sport verbunden sind, nicht mehr verborgen geblieben. Es sind ja auch große Schwierigkeiten zu bewältigen. Gestatten Sie mir, daß ich an einem einzigen Beispiel die Sorgen eines Vereines oder einer Sektion, einer Sparte, wenn Sie wollen, demonstriere. Ich komme konkret zu der Eishockeysektion, die in Graz in der Bundesliga mitspielt, um ihre wirtschaftliche Lage darzustellen und einige Ziffern zu nennen, die den meisten wahrscheinlich unbekannt sind. In einer Saison verbraucht so ein Verein Eishockeystöcke um 120.000 Schilling, weil ein Spieler oft zwei, drei oder vier bei einem Spiel bei vollem Einsatz kaputt schlägt. Die Ausrüstung eines Spielers kostet 10.000 Schilling, die des Tormannes 20.000 Schilling, das reicht oft nicht für zwei Saisonen. Das heißt, daß die Ausrüstung der zwei Jugendspielermannschaften und der Kampfmannschaft in zwei Jahren eine Million Schilling kostet. Denn sie müssen den Schüler genauso sicher ausstatten, wie den Spieler der Kampfmannschaft, weil die Verletzbarkeit der Kinder ja noch viel größer ist. Die Eishallenmieten betragen in einer Saison 160.000 Schilling. Die Fahrtkosten betragen in einer Saison 100.000 Schilling. Hier ist noch nicht der Betrag für Trainer und andere Kleinigkeiten, die auf einer Auswärtsfahrt finanziell bedeckt werden müssen, enthalten. Das heißt, so ein Verein hat, und die Funktionäre sind ja kleine Angestellte, die keinerlei eigenes Vermögen haben, im Jahr einen Aufwand vor rund einer Million Schilling. Wenn Sie in die Hallen hineinschauen und nur 200 zahlende Leute sehen, fragen Sie sich, wo das Geld herkommt. Wir haben daneben eine Reihe anderer Sportdisziplinen, die weniger aufwendig sind, aber nahezu auch unter Ausschuß der Öffentlichkeit ihren Betrieb vollziehen.

Herr Abgeordneter Maitz, Sie haben den Abgeordneten Strenitz gebeten, für den Stadtrat Stingl

etwas mitzunehmen. Ich schätze die Bemühungen des Vizebürgermeisters Hasiba sehr, aber der vieljährige Wasserballstaatsmeister aus Graz kann gewungen sein, seinen Betrieb einzustellen, weil die Hallenmieten — Einnahmen gibt es ja für die Schwimmhallen keine — von den Pächtern an die Bank zediert wurden und 80.000 Schilling bei kleinen Angestellten und Lehrern exekutiert werden sollen. In allen österreichischen Städten stehen die sportlichen Einrichtungen, Schwimmbäder und Hallen, den Wasserballern und Schwimbern kostenlos zur Verfügung. In Graz sind es nicht unwesentliche Belastungen des Vereines. Es ist aber auch so, daß zum Beispiel in Wien, Kapfenberg, Klagenfurt, Salzburg und Innsbruck die Eishallen gratis zur Verfügung stehen. Es ist eine Bundeseinrichtung — kein Zweifel. Aber in Graz müssen wir uns bemühen, zu niedrigen Mieten zu kommen. Sie mögen daraus erkennen, wie schwer dieses Nicht-Mitwachsen der Voranschlagsziffern die Vereine trifft. Ich mache niemandem einen Vorwurf. Nur, die Sorgen dieser Leute sind groß. Wenn sie dafür persönlich noch haften sollen, sind sie überfordert. Wir werden unter Umständen in einigen Jahren einige durchaus repräsentative Sportarten nicht mehr betreiben können, wenn sich die Dinge nicht ändern.

Nun zur zweiten Frage, die auch von Dr. Eberdorfer angeschnitten wurde. Wintersport — Alpenschilau. Der Abgeordnete Buchberger hat darauf hingewiesen, was Primarius Dr. Rass als Ergebnis seiner Untersuchungen in Stams und in einer anderen Schihauptschule zustande gebracht hat. Ich muß Ihnen sagen, ich würde mein Kind nicht dorthin schicken. Wer die Ziffern anschaut, muß sagen, zwei Drittel der Schüler sind für lange Zeit gesundheitlich geschädigt. Ich sage ernsthaft, wenn wir einen hohen Betrag zur Errichtung der Schihauptschule in Schladming ausgegeben haben, so darf uns nichts zu teuer sein, eine echte sportmedizinische Betreuung in Schladming einzurichten. (Allgemeiner Beifall.) Ehrgeizige Eltern und nicht voll mit allen medizinischen Folgen vertraute Trainer können viel bei der Schuljugend anrichten. Wir bekennen uns zu dieser Einrichtung, aber bitte, Sportmediziner müssen mitwirken und eine ständige Überprüfung muß durchgeführt werden. Weg mit den Schülertestrennen auf gefährlichen Abfahrspisten! Wer die bisherige Bilanz der Weltcupabfahrtsläufe und des Trainings sieht, muß schaudern. Wir sind ja alle, wenn Sie wollen, schizophoren. Wir freuen uns, wenn einer durchkommt. Manche freuen sich, wenn der Gegner stürzt, der auch Medaillenchancen gehabt hätte. Ich sehe viel und ich sah auch die Freude, als die Nadig gestern gestürzt ist. Täuschen wir uns nicht. Der Nervenkitzel ist beim alpinen Schilau, bei der Abfahrt genauso wie bei der Formel I in Zeltweg, die Triebfeder vieler Besucher. Aber, meine Damen und Herren, ich fürchte mich, wenn ich lese oder höre, daß die Planai um 400 m verlängert wurde. Ich war am Sonntag oben und habe die Piste einigermaßen gesehen. Die Geschwindigkeit konnte im Durchschnitt auf 115 bis 120 km/h gesteigert werden, die Höchstgeschwindigkeit auf 150 km/h. Ich sage Ihnen, ein Formel-I-Pilot hat mehr Chancen mit der Gesundheit davonzukommen, als ein Abfahrer

auf dieser Piste. Ich weiß nicht, ob das die sportliche Zukunft sein kann, wenn man sagen kann, daß wir eine Gold- und Silbermedaille holen und schon sieben oder acht Schwerverletzte in den Krankenhäusern liegen und einer tot ist. Wer den Rausch der Jugend in der Frage der Geschwindigkeit kennt, weiß, daß nach einer solchen Fernsehübertragung sich jeder zweite bemüht, im Sturzflug die Piste zu nehmen und dabei nicht nur sich gefährdet, sondern auch andere mitreißt und schwer verletzt. Ich glaube, daß man ernsthaft umdenken muß, ob nicht die technischen Bewerbe Slalom und Riesenslalom ausreichend sind, zumindest für die Kinder und Jugendlichen, die sich in Ausbildung befinden. Hier tun sich große Gefahren auf. Wir dürfen nicht darüber hinwegsehen, daß es immer wieder Tote und Schwerverletzte gibt. Wem ging es nicht nahe, als man hörte, daß Collombin verunglückte. Die Gefahr, daß Roland Collombin gelähmt bleibt, ist Gott sei Dank vermieden. Es ist doch eine furchtbare Situation, wenn jeder Startende befürchten und denken muß: „Hoffentlich liege ich nicht im Nebenbett des anderen Spitzenläufers.“

Wenn wir wissen, daß im Jahr 1974 in Schladming — ich sage das leise — 2100 Schiunfälle waren und davon 600 stationär im Krankenhaus versorgt werden mußten mit Aufenthaltszeiten von zehn Tagen bis dreieinhalb Monate, so muß man auch sagen, daß man beim Anlegen von Pisten für Normalschifahrer in Zukunft mehr auf die Sicherheit bedacht sein muß. Jedes Jahr sind für den Österreicher Millionen notwendig, um die Sicherheitsbestimmungen der Fahrgewerkschaft zu erfüllen. Bei den Schipisten klagt bisher noch niemand und es verweigert niemand den Start, weil halt beim einen oder anderen das Motiv besteht, wenn er sich weigert zu fahren, dann fehlt ihm der Betrag, den er zur Fertigstellung seiner Pension zu Hause braucht. Es ist ein Zweitberuf geworden. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Darf ich nur kurz etwas sagen? Ich glaube, die Pisten sind ja in Ordnung, nicht aber die Disziplin der Fahrer. Eine Pistenordnung wird notwendig sein!“) Herr Landeshauptmann, Sie haben sicher recht, daß eine Pistenordnung notwendig ist und daß die Pisten zum Teil recht geschickt angelegt sind. Aber das Vorbild der Rennläufer — im Fernsehen oder am Pistenrand beobachtet — ist bei den jungen Menschen da und sie machen die Augen zu und versuchen gleich nachzufahren, wobei oft große Schäden auftreten.

Wir haben uns im Landessportrat sehr eingehend mit diesen Fragen beschäftigt. Wir glauben, daß hier echte Alarmzeichen erkennbar sind. Was dem steirischen Sport noch fehlt, ist die Organisation der Sportmedizin. Zwei Läufer des steirischen Alpinkaders sind gefahren, obwohl praktisch seit Jahren ernste gesundheitliche Schäden vorhanden waren. Man ist durch Zufall darauf gekommen. Es besteht die Gefahr, daß ehrgeizige Eltern mit allen Mitteln versuchen, ihre Kinder zu einem Weltstar zu machen und in einer solchen Spezialausbildungsstätte unterzubringen.

Ich bitte alle, die mit dem Sport befaßt sind, sich dieser Dinge anzunehmen und hier die Zeichen der Zeit zu erkennen und das übergroße Risiko zu sehen, das heute Sportler bereit sind, einzugehen,

sowie mit beizutragen, daß dem Rausch der Geschwindigkeit doch echte Grenzen gesetzt werden, soweit man das von diesem Forum aus tun kann.

Die Regierung und das Hohe Haus darf ich namens der steirischen Sportler und der Vereinsfunktionäre aufrichtig bitten, zu erkennen, daß die Ansätze für die steirische Sportentwicklung leider zurückgeblieben sind und daß doch beim Budget 1977 höhere Ansätze und damit bessere Arbeitsmöglichkeiten für die steirischen Sportler und ihre Funktionäre vorhanden sein sollen. In diesem Sinne mein Appell an dieses Hohe Haus. (Allgemeiner Beifall).

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ing. Stoisser.

Abg. Ing. Stoisser: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In der Gruppe 2 ist unter dem Ansatz 220 „Berufsbildende Schulen“ die Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen mit rund 94 Millionen Schilling ausgewiesen. Das sind so in etwa die Betriebskosten der Landesberufsschulen. Da sind die halben Lehrergehälter enthalten, denn die Hälfte der Gehälter für die Berufsschullehrer bezahlt der Bund. Im Posten 223 sind weitere Beträge für schulentlassene Jugendliche, zur individuellen Förderung von Lehrlingen, das sind insgesamt etwa 7 Millionen Schilling. Weiters sind für Heimerhaltungsbeiträge usw. weitere Beträge ausgewiesen, so daß das Land Steiermark insgesamt für den Betrieb der Landesberufsschulen und zur Lehrlingsförderung 113 Millionen Schilling ausgibt, das ist ein ganz beachtlicher Betrag. Noch wesentlicher sind jedoch die Ausgaben, die wir im außerordentlichen Haushalt auffinden, und zwar sind das in der Summe 207 Millionen, die für den Ausbau und für den Neubau von Landesberufsschulen, zum Beispiel für die Landesberufsschule in Gleinstätten, dienen. Für das Lehrhotel in Aigen sind 30 Millionen Schilling drinnen. (Abg. Wimmler: „Sie sind nur noch nicht bedeckt!“) Kollege Wimmler, ich glaube, daß dann dein Wunsch in Erfüllung gehen wird, daß diese Ruine, wie du sie genannt hast, bald guten Zwecken zugeführt wird. In Knittelfeld soll auch eine Landesberufsschule errichtet werden und für das Nahrungsmittelgewerbe steht der Standort noch nicht fest. Weiters sollen Zubauten bei bestehenden Landesberufsschulen durchgeführt werden. Es wurde dafür ein Plan erstellt, demzufolge bis zum Jahre 1980 insgesamt 612 Millionen Schilling verbaut werden sollen. Dann wäre das große Ziel erreicht, daß sämtliche Lehrlinge der Steiermark in einer lehrgangsmäßig geführten Schule ihren Berufsschulunterricht absolvieren könnten. Ich glaube, daß wir hier einen Schwerpunkt des Budgets haben.

Erfreulich ist es dabei, daß diese Beträge unter einem OVP-Mandatar zustande gekommen sind. Wir sehen also, daß die OVP sehr wohl für das Lehrlingswesen und für die Ausbildung im Beruf etwas übrig hat. Wir haben hier in der Steiermark ein gut bestelltes Haus. Wir sind auch zur Zeit bereits am weitesten mit dem Ausbau der Landesberufsschulen fortgeschritten und haben in etwa 10.500 Lehrbetrieben zirka 32.500 Lehrlinge in Aus-

bildung. Dafür gilt mein Dank dem Land Steiermark, dem zuständigen Referenten, den Beamten und Lehrern, vor allen Dingen auch den Lehrmeistern draußen. Die Garantie für eine gute Ausbildung hat uns bisher das Berufsausbildungsgesetz aus dem Jahre 1970 gegeben. Darin ist ausdrücklich festgehalten, daß die fachliche Ausbildung nach bestimmten Richtsätzen durchgeführt werden muß. Ich möchte auch hier nur am Rande betonen, daß diese duale Ausbildung für viele Menschen die Grundlage für ein gutes Leben, für eine gute Karriere war. Allein auf unserer Regierungsbank sitzen, glaube ich, etwa vier Herren, die diese duale Ausbildung absolviert haben und unter den Abgeordneten dürften es schätzungsweise auch etwa 20 sein, also so schlecht kann diese duale Ausbildung nicht gewesen sein.

Nun zum Präsidenten Ileschitz. Präsident Ileschitz erklärte, daß 602 offene Stellen für Lehrlinge in Graz und Umgebung seien. (Abg. Ileschitz: „200!“) Bitte 200 bis 250. Bitte um Entschuldigung, dann habe ich falsch gehört. Es sind in der ganzen Steiermark 1898 offene Stellen. Allerdings stehen dem auch 1252 stellensuchende Jugendliche gegenüber. Das ist immerhin jeder Neunte, der einen Lehrplatz haben wollte und das sind schon, glaube ich, gewisse Alarmzeichen, vor allen Dingen betrifft es hier die weiblichen Jugendlichen, für die wesentlich weniger offene Stellen da sind, als gesucht werden. Ich möchte hier noch auf einige Beispiele hinweisen, was die Sozialisten für die Lehrlingsaufnahmen tun, wo sie regieren. Der Konsumverein Obersteiermark hat im Jahr 1974 103 Lehrlinge aufgenommen und im Jahre 1975, als der Mangel an Lehrstellen eingetreten ist, hat er 17 Lehrlinge aufgenommen. Ich glaube, das ist nicht sehr sozial. (Abg. Dr. Eichtinger: „Das gibt es nicht!“ — Abg. Ileschitz: „Ein Gegenbeispiel. In Graz wurden statt 40 80 aufgenommen. Man muß das im Ganzen sehen!“) Aber ich weiß nicht, warum es so in der Obersteiermark ist. Auf der anderen Seite ist es sehr erfreulich, daß Elin, also ein verstaatlichter Betrieb, zusätzlich 40 Lehrlinge aufgenommen hat. Allerdings nur unter der Bedingung, daß er Mittel aus der Arbeitsmarktförderung bekommt. Ich kenne auch einige Betriebe, die beim Bundesministerium für Soziales um solche Arbeitsmarktmittel angesucht haben, um Lehrlinge aufnehmen zu können, diese haben sie nicht bekommen. Ich glaube, da wird auch stellenweise mit zweierlei Maß gemessen.

Nur am Rande, Herr Präsident Ileschitz: Sie haben von Proporz der Direktoren der Berufsschulen gesprochen. Sie sind, glaube ich, im Vorstand der Gebietskrankenkasse. Ich frage Sie, wieviel Direktoren und Abteilungsleiter sind denn dort OVPler? Meines Wissens nicht ein einziger. (Abgeordneter Ileschitz: „Drei zu eins, schon wieder schlecht unterrichtet!“) Geben sie ein gutes Beispiel. Nein, ich bin nicht schlecht informiert. Ich würde mich freuen, wenn es anders wäre. Ich weiß nur einige Fälle, da sagte man: „Du bist ein tüchtiger Bursch, du hast nur einen Fehler, du bist ein Schwarzer und deshalb können wir dich nicht befördern.“ (Abg. Ileschitz: „Ich frage Sie, wieviele sind in der landwirtschaftlichen Versicherung gewesen? Dort gibt es gar keinen Proporz!“)

Wir haben uns hier in diesem Haus in den letzten fünf Jahren immer zur dualen Ausbildung bekannt, nun kommt aber ein bißchen ein anderer Ton herein. Die Gewerkschaftsjugend hat eine Aktion 1975 gestartet und das Ergebnis war ein neuer Entwurf für ein Berufsausbildungsgesetz. Ich könnte da auch mit den Worten von Landeshauptmannstellvertreter Wegart fragen, war das auch der Hund, der hier gebellt hat? Aber ich glaube, es ist hier eine neue Linie, ein roter Faden, der da durchgeht, wenn ich die Passage von Ihnen höre. (Abg. Ileschitz: „Herr Kollege Stoisser, einstimmige Beschlüsse aller Fraktionen. Sie sind schlecht informiert!“ — Landesrat Peltzmann: „Bei der Direktorenbestellung sind es auch einstimmige Beschlüsse!“ — Abg. Ileschitz: „Sicherlich!“ — Landesrat Peltzmann: „Warum denn die Aufregung!“ — Abg. Ileschitz: „Es gibt überall einen schwarzen Vertreter, wo die Sozialisten den Obmann haben, nur bei euch nicht!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Herr Präsident Ileschitz, in der Öffentlichkeit hat sich auch der Gewerkschaftsbund zur dualen Ausbildung positiv bekannt. Nun, wie gesagt, ein neuer Entwurf ist da, der diese Ausbildung sehr in Frage stellt, wenn er zum Gesetz erhoben werden sollte. Nun eine Frage speziell an Sie: Sie haben eine Passage drinnen gehabt, die ein bißchen nach Gewerkschaftsschule da draußen im Stiftingtal riecht. (Abg. Ileschitz: „Die tut euch weh! Wir werden Sie einmal einladen!“) Wir sind dagegen, wenn das Kapital Jugend den Lehrherrn Zinsen bringt. Das ist sehr, sehr klassenkämpferisch. Hier gebe ich auch dem Kollegen Wimmler recht, der gesagt hat: „Lehrlinge halten ist wirklich kein Geschäft mehr.“ Wenn das die Grundhaltung bei der Reform der Berufsausbildung ist, dann glaube ich Ihnen Ihre Beteuerung nicht mehr, daß Sie für die duale Ausbildung sind. (Abg. Ileschitz: „Lieber Herr Abgeordneter Stoisser! Ich möchte, wenn Sie zu mir in die Kammer kommen, Ihnen einmal die Masse — und zwar wöchentliche Berge — von Anzeigen über schlechte Lehrlingshaltung vorlegen. Ich werfe nicht alle Lehrherrn in einen Topf, aber wenn Sie sich das anschauen, wie heute Lehrlinge noch behandelt werden, wie im frühesten Mittelalter, dann müssen Sie mich verstehen!“) Herr Präsident Ileschitz, darauf kann ich Ihnen auch eine Antwort geben. (Abg. Ileschitz: „Kommen Sie zu mir!“) Ich habe einmal ausheben lassen, wie viele das sind. Es ist eine verschwindende Minderzahl. Da kann ich Ihnen auch ein Beispiel geben. Schon bei den zehn Geboten heißt es: „Du sollst nicht stehlen.“ Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch ist das auch verboten und trotzdem gibt es immer wieder Diebe. Selbstverständlich wird es Verstöße geben, dafür haben wir aber eine Rechtsordnung, daß diese geahndet werden und das ist mit der heutigen Rechtslage genauso möglich. Sie haben nun einen neuen Entwurf, und ich möchte hier nur auf einige Gefahren dabei hinweisen. Unter dem Titel Integrierung der Berufsbildung in die allgemeine Bildung, die auch ich bejahe, werden neue Behörden usw. gefordert. Sie nennen das Demokratisierung. Ich nenne das Verbürokratisierung. Denn allein in Ausschüssen würden dann etwa 70 Mitglieder sein und zehn neue Behörden müßten installiert werden. Wir haben

zur Zeit die Lehrlingsstellen, die das bisher bestens besorgen. Wozu immer mit aller Gewalt etwas Neues? Ich kann es Ihnen sagen, Sie wollen hier nur mehr Einfluß vom Staat her nehmen. Die Verstaatlichungsidee der Sozialisten soll hier unter einem Mäntelchen verwirklicht werden. Denn es steht da drinnen „der Herr Bundeskanzler hat zu bestellen“. Diese Behörde soll dem Bundeskanzler unterstehen. Das ist der wahre Grund, warum Sie das ändern wollen. (Abg. Ileschitz: „Graben Sie doch nicht die ‚rote Katze‘ aus, die ist schon verreckt!“) Nein, das ist keine „rote Katze“, sondern das ist doch die Wirklichkeit. Schauen Sie, es sind schon mehr als 50 Prozent des Bruttosozialproduktes vom Staat abhängig. Der Mensch soll im Kindergarten schon, den wir selbstverständlich wollen, mehr und mehr beeinflusst werden und dann auch noch in der Lehre. Wozu das, ich bitte Sie, wenn wir Bestehendes hier haben, das ohnehin ausgezeichnet funktioniert. Das ist dasselbe wie beim Universitätsorganisationsgesetz. Alle neuen Gesetze haben eines im Sinn: den Menschen, den Bürger mehr und mehr in die Krallen des Staates zu bekommen. (Abg. Bischof: „Aber nie!“) Unter die Räder kommt dabei der Mensch. Sie nennen es Demokratisierung, ich nenne es anders. Noch eines möchte ich aus dem Gesetzentwurf herausnehmen: Das ist der Fonds, für den 2 Prozent Lohnsumme gefordert werden, um diese Ausbildung — ich sage es noch einmal —, die jetzt tadellos funktioniert, zu finanzieren. Das würde der Wirtschaft im Jahr runde 5 Milliarden Schilling kosten. (Abg. Ileschitz: „Woher haben Sie diese Ziffer? Das ist genauso eine Ziffer wie vorher bei den Lehrlingsstellen!“) Das ist keine Ziffer, Sie können die Bruttolohnsumme nehmen, 2 Prozent davon ergibt 5 Milliarden Schilling in etwa. Nächstes Jahr sind es noch mehr. (Abg. Pichler: „Das ist eine Hausnummer!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Anscheinend ist es Ihnen unangenehm, darüber zu reden!“ — Abg. Ileschitz: „Sie können mitkommen, Herr Abgeordneter Fuchs!“ — Abg. Schrammel: „Der Ileschitz gehört eh zur ÖVP!“ Landesrat Peltzmann: „Ileschitz hast du das gehört? Der Schrammel beantragt eine Ehrenmitgliedschaft bei der ÖVP!“ — Heiterkeit — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Diese neue Abgabe entspringt auch wieder sozialistischem Gedankengut. Auf der einen Seite ist die Bildung Bundesaufgabe, hier auf diesem Gebiet soll sie auf einmal die Wirtschaft bezahlen. Die Wirtschaft ist doch kein einzelner Teil dieses Staates, sondern sie kommt allen zugute, uns allen. Warum soll hier in einem Fall ein Teil der Bevölkerung nur für seinen Nachwuchs die Ausbildung selbst bezahlen. Das geht etwas übereinander. Auf der einen Seite wollen Sie diese Ausbildung in den Griff des Staates bekommen, finanzieren soll sie aber ein anderer. Ich bitte Sie im Interesse der Jugendlichen, die in der Berufsausbildung stehen, Bewährtes und Entwicklungsfähiges nicht über Bord zu werfen, denn unsere duale Berufsausbildung ist sicher das System, das der technischen Entwicklung am besten angepaßt werden kann und somit uns allen zugute kommt. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Pinegger.

Abg. Pinegger: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Vom Berufsschulwesen ablenkend darf ich mich kurz dem Schulunterrichtsgesetz, welches im Jahre 1974 rechtswirksam wurde, zuwenden. Dieses Gesetz trug der gesellschaftlichen Realität der Gegenwart Rechnung und damit hat ein Gesetzeswerk des Jahres 1937 Ablöse gefunden. In diesem Gesetz, das das Schulwesen hinsichtlich des Zusammenwirkens von Lehrern und Schülern und Elternhaus bzw. Erziehungsberechtigten regelt, wurde die Schulgemeinschaft als Instrument eines demokratischen Zusammenwirkens dieser Institutionen geschaffen. Bei der Durchführung dieses Gesetzes tauchten aber verschiedentlich Schwierigkeiten auf. So führte die lückenlose Einrichtung der Hauptschulpflichtsprengel im Schuljahr 1974/75 zur Auflösung der Oberstufen. Die Auflösung der Volksschuloberstufen wurde vor allem im ländlichen Bereich von den Gemeinden schmerzlich registriert, da damit für diese Schüler nicht nur das tägliche In-die-Schule-fahren in entferntere Orte begonnen hat, sondern darüber hinaus auch für die Schulerhalter die Kostenfrage aufgetreten ist. Die Gemeinden haben einerseits noch das eigene Schulhaus mit einem minimalen Belag weiter zu erhalten und andererseits Schulkosten an andere Gemeinden zu entrichten. Ich möchte dabei bemerken, es ist dies keine Trauerkundgebung, sondern es ist einzig und allein eine sachliche Feststellung.

Neben dieser Erscheinung haben wir jüngst auch in Entsprechung dieses Gesetzesentwurfes die Koe dukation, das heißt das Zusammenführen von Knaben und Mädchen in einer Schule bzw. in einem Klassenverband vorgenommen. In diesem Zusammenhang tauchen verschiedentlich vom schulbaulichen Standpunkt her Schwierigkeiten auf, die ganz besonders die städtischen Gemeinden in der Form registrieren, daß sanitäre Anlagen geschaffen werden müssen, um hier die Trennung nach den Geschlechtern zu erreichen. In weiterer Folge sind auch Arbeitsräume, Knabenhandarbeitsräume, Mädchenhandarbeitsräume und Lehrküchen zu installieren. Ich bitte in diesem Zusammenhang die Schulbehörden, bei der Durchführung der entsprechenden Verordnungen nicht eine schlagartige Ausführung zu verlangen.

Ich möchte nunmehr, geschätzte Damen und Herren, auf den Schulbezirk Voitsberg bezogen, die schulischen Sorgen anreißen. Hier spreche ich wohl in eigener Sache als Vertreter des Södingtales, und ich darf mich in aller Form bei Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl bedanken, daß für das Södingtal, das eine Längenausdehnung von 25 km hat, in dem bereits drei Volksschulen mit über 15 Klassen ihren Standort haben, der Baubeginn einer der letzten Hauptschulen im Schulbezirk Voitsberg im Jahre 1976 vorgesehen ist. Nach Abwicklung des Finanzierungsgespräches ist hier „grünes Licht“ gegeben. Aber nicht nur das Södingtal hat schulbauliche Sorgen, sondern ich darf ganz kurz die schulbaulichen Wünsche des Bezirkes Voitsberg, soweit sie den

Pflichtschulbereich betreffen, deponieren. Als zweites Vorhaben wäre der Bau der Volksschule Mooskirchen, welche in einem überaus desolaten Zustand ist, als drittes — hier wurde ich, über alle Fraktionen hinweg, um Intervention bei der geschätzten Landesregierung gebeten — wäre der Turnsaalbau im Schulzentrum von Edelschrott wünschenswert. Meine Damen und Herren, wenn dem Rechnung getragen werden könnte, so darf ich über den Pflichtschulbereich hinaus einen bescheidenen Wunsch des Bezirkes hier anmelden und ich würde bitten, daß er auch erfüllt wird. Die Schwierigkeiten im Bezirk Voitsberg auf Grund der Auflösung von Betrieben infolge der wirtschaftlichen Rezession deuten schwerpunktmäßig darauf hin, daß der Bezirk Voitsberg, da er ein industrieller Bezirk ist, neben der allgemeinbildenden höheren Schule und der berufsbildenden auch eine höhere technische Lehranstalt braucht, um damit im besonderen der Metallbranche aber auch der Glasindustrie Rechnung zu tragen. Sollte dies verwirklicht werden und diese Bauvorhaben im Bezirk in Angriff genommen werden können, so wäre vom pädagogischen Standpunkt aus eine positive Entwicklung eingeleitet, aber darüber hinaus wären diese Bauvorhaben auch ein echter Beitrag, um diesem Bezirk schnell aus dem wirtschaftlichen Tief herauszuhelfen. Wenn dem so wäre, meine Damen und Herren, dann würden in Voitsberg durch die Vergabe von Arbeitsaufträgen an die Baufirmen wieder Arbeitsplätze geschaffen werden können, die wir als ein Bezirk, der hinsichtlich der Arbeitslosenziffern an der Spitze liegt, echt vonnöten haben.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, möchte ich der geschätzten Regierung die Wünsche dargelegt haben und ich danke Ihnen, daß Sie mir die Aufmerksamkeit schenkten. (Allgemeiner Beifall.)

Dritter Präsident Feldgrill: Das Wort erteile ich dem Herrn Abgeordneten Preamberger.

Abg. Preamberger: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Man muß widersprechen, wenn hier von einem 25jährigen Versäumnis hinsichtlich Kinderspielplätze und Kindergärten in unserer schönen Stadt Graz gesprochen wird. Es darf nicht übersehen werden, daß in den letzten 25 Jahren alle im Gemeinderat vertretenen Parteien um jede Grünfläche in Graz gestritten und gekämpft haben, damit sie erhalten blieb für unsere alten und jungen Menschen. Es wurde in diesen 25 Jahren von den Bezirksvorstehern der einzelnen Bezirke darum gekämpft, daß in ihrem Bereich Kinderspielplätze und Kindergärten geschaffen wurden. Diese Kindergärten wurden nach den modernsten Erkenntnissen der damaligen Zeit gebaut und sind heute bereits wieder zum Teil überholt. Wenn Herr Dr. Maitz, der beneidenswert jung ist, diese Entwicklung in Graz verfolgt hätte, dann könnte er nicht von 25jähriger Versäumnis sprechen. (Unverständliche Zwischenrufe.)

Aber nun zu dem Problem der Lehrlingsausbildung. Ich bestreite nicht, daß die angekündigte Wirtschaftsrezession in Österreich sich auf die lernbe-

reite Jugend auswirkte, indem nicht mehr die Anzahl von Lehrplätzen zur Verfügung gestellt wurde, wie in der Vergangenheit. Viele Betriebe überlegten sich sehr genau, wie sie sich eine gewisse Zahl von Lehrlingen ersparen könnten, weil, wie hier auch erwähnt wurde, die Kosten dementsprechend hoch sind. Es ist so, daß im Gewerbe der Lehrling sofort oder nach kürzester Zeit eine vollwertige Arbeitskraft ist, die nicht übersehen werden kann; dies ist zum Beispiel im Installations-, Elektro- und auch zum Teil im Tischlereigewerbe der Fall. In der Industrie sieht es ein wenig anders aus. Die Industrie verfügt über Lehrwerkstätten und der Einsatz auf dem Arbeitsplatz findet weit später statt als im Gewerbe. Wir Betriebsräte der Industrie haben bereits im Jahr 1974 in den Industriebetrieben gefordert, man möge die Lehrwerkstätten vergrößern, damit die geburtenreichen Jahrgänge auch 1975 genügend Lehrplätze vorfinden. Leider waren die meisten Großbetriebe nicht bereit, die Lehrwerkstätten und die notwendigen Sozialräume zu vergrößern, weil sie auf dem Standpunkt standen, daß die Lehrlingsausbildung, die natürlich mit Kosten verbunden ist, nicht nur von der Industrie vorgenommen werden sollte. (Abgeordneter Kollmann: „Es ist nur ein Sechstel der Lehrlinge in der Industrie!“) Dafür haben wir gefordert, daß die Industrie in Zukunft mehr Lehrlinge aufnehmen soll, um einen gewissen Ausgleich zu schaffen. (Abg. Kollmann: „Nicht nur die Industrie!“) Die Erreichung des Lehrziels ist natürlich von den Qualitäten der Lehrwerkstätten abhängig. Gerade aus der Industrie — wenn Sie hier durch Ihren Zwischenruf darauf hinweisen, daß nur ein kleiner Teil aus der Industrie kommt, so ist das sehr bedauerlich — kommen die bestausgebildeten Lehrlinge, weil in diesen Werkstätten noch zusätzlich und gezielt Unterricht erteilt wird. (Abg. Ing. Stoisser: „Bitte nicht klassifizieren, Herr Kollege Premberger, das ist unfair!“) Die Jugend des Gewerkschaftsbundes, wo auch alle Parteien vertreten sind, hat sich ein Programm gesetzt, wie man unter Umständen der Entwicklung der heutigen Zeit in der Lehrlingsausbildung gerecht werden kann. Hier wurde mit Recht gefordert, man möge doch einen Fonds bilden, wo den Betrieben, die bereit sind, Lehrwerkstätten im größeren Ausmaß zu führen oder noch zu erweitern, gewisse Zuschüsse zugeteilt werden. Das wäre wünschenswert und wäre auch richtig. Ich weiß, daß dieser Vorschlag nicht überall Zustimmung findet, aber man bedenke, daß ja diese Lehrwerkstätten in der Lage wären, vielen Gewerbebetrieben, die vielleicht nicht imstande sind, Lehrlinge größerer Anzahl aufzunehmen und auszubilden, gut ausgebildete Fachkräfte für die Zukunft zur Verfügung zu stellen. (Landesrat Peltzmann: „Das ist bisher immer umgekehrt gewesen!“ — Abg. Kollmann: „Das Gewerbe bildet die Lehrlinge bestens aus!“) Herr Landesrat, auch in der Ausbildung der Lehrlinge ändert sich jährlich die Situation. Das muß man zur Kenntnis nehmen. (Landesrat Peltzmann: „Das ist nicht wahr!“)

Wenn hier von Jugendarbeitslosigkeit recht viel geschrieben wurde, so darf ich darauf hinweisen,

daß dies nicht stimmt, denn die jungen Menschen haben sich damals an verschiedensten Lehrstellen angemeldet. Sie wurden zur Ablegung der Prüfung eingeladen und hier fand natürlich eine dementsprechend große Auslese statt. (Abg. Ing. Stoisser: „Nur bei der Industrie hat diese Auslese stattgefunden!“) Diejenigen aber, die die Prüfungen und Voraussetzungen bestanden haben, wurden zeitgerecht von den einzelnen Betrieben verständigt, daß sie im September 1975 die Arbeit aufnehmen könnten. Nun mußte man feststellen, daß viele junge Menschen, die eingeladen wurden, den Arbeitsplatz zu beziehen, nicht bereit waren, die Lehrstelle anzutreten, weil sie sich nach der Ablegung der Prüfung die bestmögliche Lehrstelle ausgesucht haben. (Abg. Pözl: „Das ist unerhört! Machen Sie das den Lehrlingen zum Vorwurf?“) Das ist wünschenswert. Es wird immer so sein. Nur haben wir in der Vergangenheit mehr Lehrstellen in der Meinung zur Verfügung gestellt, wir würden mehr Lehrlinge brauchen, weil die Wirtschaft floriert hat und diesmal, 1975, waren sie gekürzt, zum Teil wesentlich gekürzt. (Abg. Pözl: „Wer sind wir?“) Die Wirtschaft, die Industrie. Sie am Land draußen, am Bauernhof, haben sehr wenige Lehrlinge, nehme ich an. (Abg. Schrammel: „Jetzt ist er wild!“) Das muß ich nur sagen, weil Sie so dazwischenrufen. (Unverständliche Zwischenrufe.) Wenn man den Berichten entnehmen konnte, daß wir 250 offene Lehrstellen noch in Graz und Umgebung nachweisen können, dann ist bewiesen, daß die Jugendarbeitslosigkeit noch nicht besteht.

90 Prozent der österreichischen Lehrlinge haben ihren Lehrberuf in 35 Sparten ergriffen und es wäre sehr gefährlich, wenn wir im Augenblick die Lehrberufe weiter einengten, denn auch die Anzahl der Lehrberufe ist ein gewisser Gradmesser in der Entwicklung eines Landes. Hier darf ich auf die Bundesrepublik hinweisen, die 400 verschiedene Lehrberufe verzeichnet. Wir in Österreich haben eine Reduzierung von 304 auf 225 Lehrberufen in der letzten Zeit durchgemacht. Nun ist es aber auch erfreulich, daß außer der Einengung von Lehrberufen vier neue hinzugekommen sind. Dies sind: Bautechnischer Zeichner, Bergwerksschlosser, Fotokaufleute und Orthopädienschuhmacher. Es ist begrüßenswert, Herr Landesrat, daß das Gewerbe hier auf diesem Gebiet sich für die Lehrlingsausbildung so fortschrittlich bereit erklärt. Die Berufsbilder ändern sich und es ist notwendig, daß wir unsere Lehr- und Lernvorstellungen diesen Wandlungen anpassen. Um der Jugend die negativen Konsequenzen dieser Veränderungen zu ersparen, sollte man schon zeitgerecht in den Schulen beginnen, einen berufsvorbereitenden Unterricht einzuführen — das ist auch eine Forderung der Jugend. Denn die jungen Menschen sind schon zum Teil in der sechsten Klasse in der Lage, sich zu einer der Berufsausbildungen zu entscheiden. Es wäre auch notwendig, daß der Forderung der Jugend nachgekommen wird, daß die Ausbilder der Lehrwerkstätten auch eine gewisse pädagogische Ausbildung erfahren. Auch der Lehrplan sollte von Zeit zu Zeit entrümpelt werden, damit die neuen Erkenntnisse Fuß fassen können. Es ist damit aber

auch möglich, daß bei gewissen Berufssparten eine Verlängerung der Lehrzeit verhindert und sogar eine Verkürzung erzielt werden kann. (Abg. Pölzl: „Bei welchen zum Beispiel?“) Das ist bei den Elektrikern zum Beispiel der Fall, auch bei den Mechanikern. Ich bin davon überzeugt, daß bei der Entrümpelung der Lehrberufe gerade die Fahrradmechaniker berücksichtigt werden müßten, denn dieser Beruf als alleinige Ausbildungssparte sollte nun endlich der Vergangenheit angehören. (Abg. Ing. Stoisser: „Das ist schon geschehen!“ — Landesrat Peltzmann: „Schon lange geschehen!“) Ja, ich wurde auch gefragt, in welcher Sparte eine Verkürzung der Lehrzeit, Herr Landesrat, möglich ist und wo eine Bereinigung stattgefunden hat. Ich muß Ihnen ehrlich sagen, Herr Landesrat, auf diesem Gebiet kenne ich mich auch ein bißchen aus und Sie haben nicht das Monopol für sich allein gepachtet, das möchte ich ausdrücklich sagen. (Landesrat Peltzmann: „Oho!“ — Abg. Pölzl: „Na, na, das ist nicht ganz sicher!“) Ja, das muß ich Ihnen auch einmal sagen, wenn Sie die ganze Zeit dazwischenrufen.

Ich bestreite nicht, daß die Berufsschulen des Landes zur Lehrlingsausbildung positiv beitragen, denn es ist in gewissen Sparten des Gewerbes nicht möglich, über all die modernen Maschinen zu verfügen, die aber in den Berufsschulen vorhanden sind. Ich glaube, es ist auch notwendig, daß wir zeitgerecht dafür sorgen — das habe ich bereits das letzte Mal bei der Budgetdebatte gesagt —, daß wir Lehrlingsheime in den Wirtschaftsballungsräumen sowohl in Graz und Umgebung, als auch im obersteirischen Raum neu schaffen müssen, denn die Erreichung des Arbeitsplatzes ist für den Lehrling oft mit Strapazen verbunden. Die Nahverkehrsmittel sind leider noch nicht so ausgebaut, daß hier nicht sehr viel an Freizeit verloren gehen würde. Es ist auch, glaube ich, unsere Aufgabe, daher sind wir verpflichtet, der lernbereiten Jugend die Möglichkeit eines Arbeitsplatzes zu bieten. Ich darf aber auch hier an dieser Stelle allen Lehrlingsausbildnern der Industrie als auch aus dem Gewerbe und auch allen Berufsschullehrern besonderen Dank für ihr Bemühen sagen, denn sie sind es, die unserer Jugend das nötige Wissen auf ihrem Weg in die Wirtschaft mitgeben. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zu Wort hat sich der Herr Abgeordnete Ritzinger gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Meine beiden Vorredner, auf der einen Seite der Herr Abgeordnete Buchberger und auf der anderen Seite der Herr Landesrat Bammer, haben schon die wesentlichen Dinge, die den steirischen Sport betreffen, in ihren Referaten und in ihren Reden gebracht. Man kann mit einigen Ausnahmen dazu feststellen, daß man auf breiter Front ihren Ausführungen folgen kann. Ich kann mir daher auch sparen, auf die wesentlichen Dinge noch weiter einzugehen. Der Herr Landesrat Bammer hat zum Ausdruck gebracht, daß das Landessportbudget im heurigen Jahr bzw. besser für das kommende Jahr in finanzieller Höhe nicht jenen Vorstellungen entspricht, wie es sich die Dachverbände vorstellen.

Hohes Haus! Wenn man das steirische Landesbudget für 1976, vor allem den Bereich Sport, ansieht, darf man dies nicht isoliert sehen, sondern muß es im Zusammenwirken mit dem Budget des Fremdenverkehrs in einer Zusammenschau betrachten. Unser Sportreferent, der gleichzeitig auch Landesfremdenverkehrsreferent ist, hat hier eine Reihe von Möglichkeiten, vor allem was den Breitensport betrifft, Förderungen über das Fremdenverkehrsbudget vorzunehmen. Das geschieht ja, das weiß jeder von uns, im reichlichen Maße. Beachtlich sind die Summen, die über das Sportbudget für den Sportstättenbau ausgegeben werden. Hier sind für 1976 sowohl im direkten Sportbudget als auch im außerordentlichen beträchtliche Erhöhungen enthalten. Tatsache aber ist, daß das Budget des Sports nie befriedigend für alle sein wird, darüber sind wir uns im klaren. Immer wieder kommen berechnete neue Wünsche von den Verbänden auf den Tisch. Aber, meine Damen und Herren, im Vergleich mit anderen Bundesländern steht die Steiermark in Fragen der Sportförderung, das möchte ich ausdrücklich deponieren, an der Spitze, und zwar nicht nur in einem bestimmten Bereich des Sports, sondern generell gesehen.

Zum zweiten Problem, das der Herr Landesrat Bammer angeschnitten hat, dem Schisport, vor allem dem alpinen Schisport, dem sogenannten Pistenrausch, der auch von der Presse bereits kritisiert wird! Hiezu muß man folgendes feststellen: Man darf nicht übersehen, daß beim alpinen Schisport, und zwar in ganz Österreich, im Verhältnis zu anderen Bereichen die wenigsten Unfälle passieren; und daß die österreichischen Rennpisten, was die Sicherheit betrifft, zu den besten der Welt zählen. Wenn Unfälle vorkommen, müssen wir die Feststellung machen, daß sie überwiegend bei Schirennen im Ausland passieren. Wenn man berechtigterweise die Frage des Pistenrausches oder der Abfahrtsrennen und der immer schneller werdenden Pisten kritisiert, dann muß man sich auch im klaren sein, daß ja letzten Endes jede FIS-Strecke von einer internationalen Kommission abgenommen wird. Heute hatte es in dieser Debatte beinahe den Eindruck, daß mehr oder weniger seitens der Landesregierung, wenn sie fördert, etwas unternommen werden soll, bzw. diese die ganze Entwicklung bremsen sollte. Meines Erachtens ist es beachtlich, was das Land Steiermark vor allem für den alpinen Schisport tut. Wenn in einigen Tagen in Schladming der zweite Weltcup über die Bühne rollt, dann müssen wir Steirer glücklich sein, daß damit das sportliche Winterfenster in die Welt für unser Land geöffnet wird. Gleichzeitig können wir aber auch feststellen, daß dieses Geld, das wir dort für die Pisten und für die Veranstaltung ausgeben, sehr gut angelegt wird.

Weiters wurde die Zunahme der Schiunfälle aufgezeigt. Meine Damen und Herren, hier glaube ich, sind viele dieser Unfälle auf das mangelhafte Material, vor allem auf die nicht immer fachgerechte Einstellung der Schibindungen und darüber hinaus auch auf die Tatsache, daß sich auch sehr viele in sportlicher Hinsicht zuviel zumuten, zurückzuführen. Es ist nachgewiesen, wenn Sie bei Liftstationen nachfragen, daß beispielsweise die meisten Unfälle

in der Zeit von 3 bis 4 Uhr am Nachmittag passieren. In jener Zeit, in der schon bei den Schifahrern Ermüdungserscheinungen auftreten. Darüber hinaus muß man hinzufügen, daß auch eine gewisse Undiszipliniertheit, manchmal bei den Schifahrern selbst, vorhanden ist. Im großen und ganzen gesehen, nimmt natürlich mit dem Zunehmen des Breitensports auch der Prozentsatz der Unfälle zu. Trotzdem möchte ich von dieser Stelle aus vor allem an die Vereine, an die Dachverbände und auch an die Schulen das Ersuchen richten, hinsichtlich der Unfallverhütung durch dauernde Aufklärungsarbeit zu wirken. Das kann weder vom Landtag aus geschehen, noch durch ein Gesetz, noch durch eine Verordnung. Die Unfallrate zu senken ist praktisch nur durch aufklärende Worte, durch Selbstdisziplin der Sporttreibenden möglich. Das, meine Damen und Herren, ganz kurz zu diesem Bereich.

Ich möchte aber auch nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß wir immer wieder in diesem Hause die Forderung erheben, daß in den Berufsschulen der obligatorische Sportunterricht endlich eingeführt wird. Dies ist eine Forderung, die seit Jahren auf dem Tisch liegt und noch nie zu einem echten positiven Ergebnis gebracht wurde. Man muß sicher daher die Frage vorlegen, warum es noch immer nicht so weit ist? Ein diesbezüglicher Antrag, das wissen wir alle, wurde ja bereits vor längerer Zeit an das Unterrichtsministerium gerichtet. Das Unterrichtsministerium ist letzten Endes gesetzlich dafür zuständig, aber bis heute haben wir noch keine konkrete Antwort auf den Tisch bekommen. Die Ursache ist schwer zu eruieren. Verständlich ist die Tatsache auch nicht. Man könnte sich daher nur in der Richtung Gedanken machen, daß man vermutet, es geschieht deshalb nichts, da Wien der einzige Bereich ist, in dem es keine Landesberufsschulen gibt, sondern nur Tagesberufsschulen. Aus dieser Sicht gesehen könnte es sein, daß man in Wien beispielsweise bei einer Tagesberufsschule keinen obligatorischen Turnunterricht einführen kann und daher Wien der Hemmschuh für ganz Österreich ist. Daß dies auf Dauer gesehen nicht hingenommen werden kann, das werden Sie mir zugestehen. Ich darf vor allem den zuständigen Referenten der Landesberufsschulen, Herrn Landesrat Peltzmann ersuchen, daß er sich weiterhin sehr energisch mit der Frage des Turnunterrichtes in den Berufsschulen beschäftigt.

Meine Damen und Herren, wir haben im vergangenen Jahr wieder eine Reihe von Spitzensportlern hervorgebracht, die in die Weltelite hineingewachsen sind. Ich denke hier besonders an einen, und dieses Beispiel möchte ich anführen, es ist der Schispringer Willi Pürstl aus Schöder. Wie ist es dazu gekommen, daß dieser junge Mann den Namen der Steiermark und seiner engeren Heimat vor allem im Sprunglauf in die Welt hinaustragen konnte? Das war deshalb möglich, weil er seinerzeit ein sogenanntes Josef-Krainer-Stipendium bekommen hat, um überhaupt das Schigymnasium Stams zu besuchen. Ich kenne persönlich die Verhältnisse dieser Familie, es wäre sonst nicht möglich gewesen. Gerade dieser Fall zeigt auf, daß man auf diesem Sektor, nämlich der Sportstipendien,

mehr tun sollte, vor allem in den Spezialdisziplinen. Ich möchte daher an den Herrn Landeshauptmann, an den Sportreferenten, das Ersuchen richten, die Frage zu prüfen, ob nicht überhaupt das Land Steiermark ein eigenes Sportstipendium für hoffnungsvolle Spitzensportler, die auch eine höhere Schule besuchen wollen, ins Leben rufen sollte!

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht versäumen, von dieser Stelle aus allen steirischen Sportlern zu ihren Erfolgen des Jahres 1975 herzlich zu gratulieren und Dank zu sagen, aber ein ganz besonderer Dank gilt vor allem den Sportfunktionären und Trainern, die diese Leute zu diesen Titeln und Höhen gebracht haben. Ich danke schön. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Strenitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Strenitz: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bin an sich kein Freund dieses Hin und Her, bei dem jede Seite versucht, alles Gute für sich zu reklamieren, weil das ja zu nichts führt. Und ich habe es in meiner gestrigen Rede über die Kinderspielplätze auch bewußt vermieden, zu schildern, was in den vergangenen Jahren und auch jetzt noch in der Stadt Graz auf diesem Gebiet geschieht. Aber weil Kollege Dr. Maitz doch ein bißchen zu dick aufgetragen hat, und weil er versucht hat, alles Herrn Dipl.-Ing. Hasiba gutzuschreiben, so wie man bei den Russen behauptet, alles erfunden zu haben, zurück bis Adam und Eva (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Also das ist wirklich ein Witz, der Maitz und die Russen!“), möchte ich die Dinge doch ein bißchen ins rechte Licht rücken. Das Problem der Kinderspielplätze ist nämlich durchaus nicht so einfach, wie Abgeordneter Dr. Maitz es hier geschildert hat. Es geht nämlich nicht nur um die öffentlichen, sondern auch um die privaten Spielplätze und nicht nur in der Stadt Graz, sondern auch um die Spielplätze im Lande Steiermark. Aber weil der Kollege Dr. Maitz schon von den Spielplätzen in der Stadt Graz gesprochen hat, so möchte ich hier einige Zahlen nennen.

Die Stadt Graz hat heute, und das ist in den letzten 25 Jahren geschaffen worden, 40 öffentliche Kinderspielplätze mit einer Gesamtflächenanzahl von nahezu 200.000 Quadratmetern und die Stadt Graz ist, wenn man das Verhältnis zwischen Grundfläche der Stadt und Spielplatzflächen nimmt, heute wahrscheinlich die bestausgestattete Stadt in Österreich überhaupt. Aber weil mein Freund Stingl in Graz weiß, daß es nicht nur um diese finanziellen Dinge geht, hat er in den letzten Jahren eine Fülle von Aktionen gesetzt, die sich durchaus nicht im Rahmen der konventionellen Klettergeräte und Spielgerüste bewegen. Es waren Aktionen in Zusammenarbeit mit Grazer Tageszeitungen, deren Vertreter ja hier sitzen. Es waren Ponyreiten, Häuschenbemalen, Bücheraktionen, Schlauchbootfahren im Brunnen am Eisernen Tor, die Aktion Spielbus, die sehr wesentlich in Zusammenarbeit mit privaten Initiativen zur Kreativität der Kinder beigetragen hat und so manches andere noch. (Abg. Pözl: „Das hat gestern anders geklungen!“)

Da schließlich der Herr Kollege Dr. Maitz gemeint hat, man würde die privaten Vereinigungen und Initiativen links liegen lassen, so darf ich nur eine Zahl nennen: Die Aktion, welche den Abenteuerspielplatz in der Brandstetter-Siedlung ins Leben gerufen hat und betreut, hat allein im Jahre 1975 von der Stadtgemeinde Graz 55.000 Schilling an Subventionen erhalten — das zur Information des Kollegen Dr. Maitz. Ich werde die Dinge aber auch gerne meinem Freund Stingl mitteilen, und ich bin überzeugt, daß Stingl auch zur Bewußtseinsbildung des Kollegen Dr. Maitz in Sachen Kinderspielplätze noch einiges beitragen kann. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Das Wort hat Herr Landesrat Peltzmann.

Landesrat Peltzmann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

In der Budgetgruppe 2 schlägt sich das Berufsschulwesen, die Lehrlingsförderung und all die Dinge, die sich mit der Ausbildung unserer Jugend in der gewerblichen Wirtschaft befassen, nieder. Ich glaube, daß wir auf den Erfolg und das Erreichte doch gemeinsam ein bißchen stolz sein dürfen. Ich kann heute feststellen, daß die schulische Ausbildung der steirischen Jugend in den Berufsschulen aus der nationalen Sicht, das heißt für Österreich gesehen, hervorragend in der Steiermark gemeistert werden konnte; auch bei Besuchen im Ausland konnten wir feststellen, daß wir hier sehr viel erreicht haben.

Meine Damen und Herren, 86,83 Prozent aller in der Steiermark lernenden Jugendlichen in der gewerblichen Wirtschaft sind bereits in lehrgangsmäßig geführte Berufsschulen eingeschult. Es ist uns gelungen, hier den Dreiklang herzustellen zwischen Betrieb, Schule und Lehrling. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß in dieser Dreiteilung der Lehrling den wichtigsten Faktor darstellt. Sind es doch die jungen Menschen, die uns, die wir in der Wirtschaft tätig sind, eines Tages ablösen. Eine Wirtschaft ohne einen guten Facharbeiterstand, das wissen wir ganz genau, ist gar nicht denkbar.

Wir haben heute 32.064 Lehrlinge eingeschult, davon rund 1600 von der Industrie. Aus anderen Bundesländern kommen 1080 Lehrlinge zu uns, wir geben 383 Lehrlinge an andere Bundesländer. Aber das, was wir erreicht haben, ist noch nicht die Vollendung. Wir wollen, daß jeder Lehrling die Möglichkeit hat, in modernen Berufsschulen seine schulische Ausbildung zu bekommen und zu dieser Verwirklichung haben wir noch etliches zu tun.

Wir haben die Berufsschulplanung aus dem Jahre 1965 im Jahre 1973 den geänderten Verhältnissen angepaßt und nach der Fertigstellung der Landesberufsschule Mitterndorf ist noch der Bau der Berufsschule Gleinstätten, der Bau der Landesberufsschule Knittelfeld sowie der Bau einer Landesberufsschule für das Nahrungsmittelgewerbe erforderlich. Hierzu kommt noch, daß der Ausbau des Lehrhotels Aigen von uns aus in die Stufe 1 eingereicht wurde. Warum? Weil es der steirischen Schulbehörde gelungen ist, die Lehrlinge im neuen Lehrberuf Hotelassistenten aus der gesamten Republik in die Steiermark zu bekommen. Hier, Herr

Abgeordneter Wimmler, doch ein paar Worte zu Ihrem „Trauma Putterersee“, ich kann es nicht anders ausdrücken. Ich weiß schon, auf dem Klavier haben Sie jahrelang gespielt. Wir haben damit nichts zu tun gehabt, das war Sache der Gemeinde. (Abg. Ing. Turek: „Na, na, so billig ist das nicht!“) Sind Sie mir nicht böse, wer sonst! Entschuldigen Sie, das Land genehmigt einen Hotelbau? (Abg. Ing. Turek: „Im Landschaftsschutz hat das Land auch mitzureden!“) Aber das ist auch im Sinne der Gemeinde entschieden worden, lieber Herr Abgeordneter, das werden Sie wissen. Wenn Sie für Ihre drei Bürgermeister nichts übrig haben, dürfen Sie uns das nicht in die Schuhe schieben. Wir akzeptieren den Bereich der einzelnen Verwaltungsbehörden. Wenn Sie feststellen, daß Ihr Trauma oder Zick-Zack-Spiel nicht aufgeht, Herr Wimmler, ich weiß schon, woran es liegt — (Abg. Ing. Turek: „Sie sehen ja, was da herauskommt!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Nur der Bürgermeister kann eine Baugenehmigung erteilen und niemand anderer!“) weil die Einwohner, die mit Recht über den Baukörper erregt waren, mit uns einverstanden sind, mit uns die Lösung zu finden. (Abg. Ing. Turek: „Landschaftsschutz!“ — Abg. Wimmler: „Dagegen ist ja nichts zu sagen, Herr Landesrat!“) Zum Sachlichen, Herr Kollege Wimmler, möchte ich eines sagen: Der Baukörper wurde von Baufachleuten — ich bin keiner (Abg. Ing. Turek: „Da zieht man sich auf den ‚Fachleute-Standpunkt‘ zurück!“), du bist auch Schlosser, ich bin auch stolz auf meinen Beruf — geschätzt. (Abg. Ing. Turek: „Sie haben es nicht verbrochen, Herr Landesrat!“) Wir haben für nächstes Jahr die Mittel für den Weiterbau zur Verfügung gestellt, und mir ist das vom Bürgermeister, der erste Instanz im Bauwesen ist, nicht zu Ohren gekommen, was Sie heute hier an Horror mitgeteilt haben. (Abg. Wimmler: „Schauen Sie den Baubescheid an, da steht es drinnen!“) Ich darf Ihnen nur eines sagen, ich habe das übernommen, weil es sinnvoll war, es für unseren Zweck zu übernehmen. (Abg. Ing. Turek: „Um dem Kallinger aus der Patsche zu helfen ist es übernommen worden!“ — OVP: „Das ist eine Unterstellung!“) Das müssen Sie glauben. Das sagen Sie jetzt als Abgeordneter, der die Immunität besitzt. Ich würde hier keinen Namen nennen. Ich würde mir das verwehren, wenn ich der Herr Kallinger wäre! Ich kenne ihn vom Sehen aus, die Verhandlung habe ich nicht geführt, das darf ich Ihnen auch noch dazusagen. (Abg. Ing. Turek: „Sie wissen genau, was in der Liebiggasse passiert ist, Herr Landesrat! Das Bauvorhaben Liebiggasse hätte nicht durchgeführt werden können!“) Dann melden Sie sich in den Ausschüssen zu Wort und fragen Sie, dann werden Ihnen die zuständigen Beamten zur Auskunft zur Verfügung stehen, die das letztendlich mitzuverantworten haben. So haben wir jetzt die Möglichkeit, daß diese Berufsgruppe bereits mit dem Schuljahr 1976/77 in die Steiermark eingeschult wird. Wir haben nur den Notausweg Gleichenberg. Gleichenberg ist deswegen ein Notausweg, weil wir dort schon Privathotels anmieten mußten, um die jetzigen Schüler unterzubringen. Es gibt in ganz Österreich keine Hotelfachschule, die nicht zugleich auch ein Lehrhotel mitbetreibt. (Abg. Ing. Turek:

„Muß die Dependance von Gleichenberg unbedingt im Ennstal sein?“) Es ist ja keine Dependance, warum soll sie nicht im Ennstal sein. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Dort sind die meisten Lehrlinge!“) Der Herr Landeshauptmann hat vollkommen recht. (Abg. Ing. Turek: „Eine gewisse örtliche Nähe liegt auf der Hand!“) Der größte Teil der Angehörigen des neuen Lehrberufes der Hotelassistenten kommt aus dem Ennstal. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Das ist ja das Hauptgebiet des Fremdenverkehrs!“) Das sagt der Fremdenverkehrsreferent, ich kann es ihm ja nicht bestreiten. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Der Wimpler wird Schwierigkeiten bekommen!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Der Wimpler geht das Ennstal an!“) Aber die Streitfrage, wo eine Schule hinkommt, ist so alt, wie Schulen errichtet werden. Ich verstehe es schon, jeder will eine Schule haben.

Meine Damen und Herren, wir haben diese Schulen in überlegter und konsequenter Weise geplant und nacheinander gebaut. Dieser Weg ist nicht nur bezüglich der Qualität der Ausführungen sondern auch in pädagogischer und personeller Hinsicht sehr vorteilhaft. Das Nacheinander der Errichtung ließ nahezu alle Härten bei notwendigen personellen Änderungen vermeiden.

Nun, lieber Kollege, Herr Präsident Ileschitz, er ist leider Gottes nicht da, als Generalredner hat er dem Berufsschulwesens sechseinviertel Zeilen gewidmet und in diesen sechseinviertel Zeilen hat sich der Niederschlag gefunden, daß von zwölf Direktoren elf der ÖVP angehören. Nun, Herr Präsident Ileschitz, jeder Abgeordnete hat das Recht, sich die Unterlagen zu besorgen. Für die nächste Rede stelle ich mich selbst zur Verfügung, denn Sie sollen richtig informiert sein. (Heiterkeit — Abg. Pözl: „Das war ja schon seine Abschiedsrede!“) Ach so, das habe ich gestern andeutungsweise in der Zeitung gelesen, stimmt. (Heiterkeit) Von den 64 Berufsschuldirektoren gehören 40 der ÖVP an, 24 der SPO. Nur im Dienststellenausschuß schaut es anders aus: dort sind es 44 für die ÖVP und 9 für die SPO. Bei den Landesberufsschulen schaut es auch ein bißchen anders aus: Dort steht es 12 zu 2. Aber jetzt noch was, meine Herrn Kollegen von der linken Fraktion, ich habe meine Mitarbeiter gebeten, mir die genauen Zahlen zu erheben. Seit 1967 — weiter waren sie nicht in der Lage, die einzelnen Beschlüsse im Landesschulrat und in der Regierung zurückzuverfolgen — werden die Direktorenposten der Landesberufsschulen ausgeschrieben. Jetzt, lieber Ileschitz, halte dich an: Sämtliche Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt. (Abg. Gratsch: „Das ist der Schmäh vom einstimmigen Beschluß!“) Warum macht ihr uns immer einen Vorwurf, ich habe noch nie behauptet, daß die vier Kollegen von der linken Seite geschlafen haben! Sie werden es sich genau überlegt haben, warum sie ja gesagt haben. So sind ja die Dinge. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Schrammel: „Der Ileschitz hat gegen den Sebastian etwas!“)

Schauen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben bereits 1964 bei der Generalplanung gesagt, daß es zu Ende der Fertigstellung

zu gewissen Schwierigkeiten kommen wird und in diesen Schwierigkeiten befinden wir uns zur Zeit. Zur Zeit müssen wir zu unseren bereits bestehenden 17 Landesberufsschulen 14 Bezirksberufsschulen aufrecht erhalten. Man hat dort Miniklassen. Ich weiß von einer obersteirischen Schule, wo die Schneiderklasse sieben Schüler aufweist und sieben Schüler brauchen einen Lehrer, weil sie ein Recht auf diesen Lehrer haben und diese Schulen brauchen einen Direktor, eine Verwaltung, Lehrmittel und die Räume. Bei den Bezirksberufsschulen ist die Schulsitzgemeinde der Träger des Sachaufwandes. Aber das ist doch nicht mehr zu verantworten. Aus dieser Überlegung heraus haben wir bereits im Jahre 1974 und fortgesetzt 1975, eine neue Generalplanung zum Abschluß des Berufsschulwesens erstellt und diese Neuplanung schlägt sich im außerordentlichen Voranschlag nieder. Wir brauchen noch, wie ich Ihnen gesagt habe, drei Landesberufsschulen. Es sind bei etlichen Berufsschulen Zusatzbauten zu errichten, wie zum Beispiel in Eibiswald für die Elektrotechniker. Wir müßten in Feldbach noch bauliche Veränderungen machen und in Mureck für die Karosseriebauer eine Lehrwerkstätte errichten. Das noch zu Errichtende erfordert einen Bedarf von 611,700.000 Schilling. Wir haben der Regierung bei den Budgetverhandlungen einen Gesamtfinanzierungsplan für diese Vorhaben vorgelegt und die erste Tranche, wenn ich mich so ausdrücken darf, findet bereits im Landesvoranschlag 1976 in der außerordentlichen Post ihren Niederschlag in der Höhe von rund 200 Millionen Schilling. Mit der Fertigstellung unserer Planung, ich rechne, daß es 1980/81 möglich sein müßte, haben wir dann unser Ziel erreicht, jedem steirischen Lehrling eine lehrgangsmäßige Ausbildung angedeihen zu lassen. War es zuerst noch ein Streit, ob Tages- oder Lehrgangsschulen, so bekennt sich heute die gesamte steirische Wirtschaft zur lehrgangsmäßigen Ausbildung in bezug auf die Berufsschulpflicht. Nun, meine Damen und Herren, das verdanken wir in erster Linie dem steirischen Steuerzahler und seinem Verständnis.

Herr Kollege Preamberger, ich weiß schon, Sie sind ein kämpferischer Gewerkschafter, in Ihrem Imperium darf man wahrscheinlich weder dazwischenrufen noch einer anderen Meinung sein. Bei und ist es doch etwas anderes. Solange die ÖVP die Mehrheit hat, werden wir das gewährleisten. Wenn Sie das einmal haben, weiß ich nicht, wie das geschieht. (Beifall bei der ÖVP.) Da es ja in einer sozialistischen Bundesregierung nie eine Stagnation geben darf, hätte es ja auch keine Lehrstellenfreistellung in der Industrie geben dürfen. (Abg. Pözl: „Es wird keiner entlassen!“) Ich bin den Betrieben, die echte Lehrwerkstätten haben und auch den Betrieben, die in Privatschulen die Berufsschulpflicht im Betrieb absolvieren lassen, von Herzen dankbar. Dort, wo wir eingreifen können, haben wir das auch getan. Nicht nur in der Lehrlingsausbildung, sondern auch in der so notwendigen überbetrieblichen und zwischenbetrieblichen Ausbildung. Ich sage ein Beispiel: Das Umschulungszentrum und Lehrlingszentrum des Edelstahlwerkes Böhler in Kapfenberg. Das Land hat sich in den letzten Jah-

ren angestrengt, und wir haben auch heuer im Budget wieder etwas vorgesehen. Hier gibt es keine politischen Überlegungen, sondern hier dienen wir der gewerblichen Jugend, weil es keine Industriellen gibt. Der Sammelbegriff heißt: die gewerbliche Wirtschaft. Die kann man dann aufteilen in Handel, Geld- und Kreditwesen, aber im Gesamten ist es die gewerbliche Jugend. Wir tun es gerne, und wir tun es immer wieder und greifen überall dort ein, wo wir vom Land aus eingreifen können, auch dort, wo es nach der Verfassung gar nicht unsere Aufgabe wäre, weil wir wissen, um was es uns geht.

Ich beziehe mich jetzt auf die Lehrlingsförderung. Herr Kollege Preamsberger, dem Hohen Landtag wurde gestern unter anderem auch eine Vorlage zugemittelt. Diese Vorlage beinhaltet die Beantwortung eines Antrages an das Bundesfinanzministerium, auch den Lehrlingen die Schülerfreifahrt zuzuerkennen. (Abg. Preamsberger: „Das ist auch unsere Forderung seit langem!“) Aber da ist Ihr soziales Gewissen in die Binsen gegangen, das schiebt man herum. Dort, wo Sie die Macht haben, tun Sie sehr wenig für unsere gewerbliche Jugend. Dort schiebt man die Dinge einfach an andere Körperschaften ab. (Abg. Preamsberger: „Das stimmt nicht, Herr Landesrat! Wir in der Gewerkschaft kämpfen für unsere Jugend!“) Sie werden doch die Vorlage selbst durchgelesen haben. Die Antwort des Finanzministeriums ist ja drinnen. Ich weiß schon, wie man diese Dinge immer wieder in den Raum stellt. (Abg. Schrammel: „Die Wiener Herren haben taube Ohren!“) Sie können mir glauben, es war nicht allzu leicht, mit dem Finanzreferenten das Budget der Gruppe 2 durchzuführen. Er hat die Lehrlingsförderung mit 3 Millionen Schilling festgesetzt gehabt, er hat mir 2 Millionen Schilling weggestrichen. Ich habe hart gekämpft, um wieder auf die 5 Millionen Schilling zu kommen, weil ich glaube, daß das notwendig ist. Ich bin glücklich, daß wir in Graz offene Lehrstellen haben, aber lieber Kollege Preamsberger, die Steiermark besteht nicht nur aus Graz. (Landesrat Dr. Klauer: „Auch nicht nur aus Peltzman!“) Das ist richtig, das wäre ja traurig. Ein Land mit einem Einwohner, da bräuchten wir keinen Finanzreferenten. (Heiterkeit) Sehen Sie, wir haben unsere Randgebiete, wenn ich so sagen darf, zum Beispiel in Murau. Ich habe bei der Landesbahn das Lehrlingssoll ausgeschöpft bis zum letzten Lehrling, weil ich weiß, daß dort Jugendliche einen Lehrplatz suchen. Wir haben die Schwierigkeiten im Bezirk Radkersburg. Um den jungen Menschen eine gewisse Mobilität zu erleichtern, das heißt, daß er einen Platz in einem Lehrlingsheim erhalten kann, brauchen wir Mittel. Dafür sind die 5 Millionen Schilling erforderlich. Lieber Preamsberger, der Kollege Ileschitz wird wahrscheinlich in seinem Amt als Arbeiterkammerpräsident so dringend gebraucht, daß er jetzt keine Zeit hat, aber es wäre auch Aufgabe der Arbeiterkammer (Abg. Preamsberger: „Dort fordere ich das auch, mein lieber Herr Landesrat!“), ein Lehrlingsheim zu errichten. Die Handelskammer hat schon drei solche in Graz errichtet. Sehen Sie, nicht nur reden, sondern handeln. (Abg. Preamsberger: „Das wird

auch gefordert!“) Das Handeln kostet aber Geld. Da sind Sie weggetreten und nicht vorhanden. Wir haben wirklich alles getan, was wir tun konnten. Wir könnten doch wirklich gemeinsam stolz sein, daß wir bei den Lehrlingsziffern in der Steiermark führend sind. Hier machen wir keinen Unterschied zwischen Industrie, Handel, Handwerk, Geld, Kreditwesen, sondern es gibt nur die Jugend in der gewerblichen Wirtschaft und um die hat es uns zu gehen. Bei dem von mir genannten Dreiklang ist das der wichtigste Faktor. Wir wissen, Herr Preamsberger, daß das, was wir heute erarbeitet haben, nicht stehenbleiben darf. (Abg. Preamsberger: „Ich habe Sie ja auch gelobt! Haben Sie das nicht gehört!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe. — Heiterkeit) Das hat damit nichts zu tun. So billig machen wir uns die Dinge ja nicht. Ich weiß schon, wie das ist. Ich möchte nur noch sagen, wir wissen ganz genau, daß wir nicht stehenbleiben können.

Ich gehe jetzt auf einen Vorschlag, den der Jugendgewerkschaftskongreß auf den Tisch gelegt hat, ein. Dabei, lieber Kollege, verneine ich diesen Vorschlag gar nicht. Es geht um die Möglichkeiten, die Schulzeit zu verkürzen. Eine Verzögerung um nur eine Woche würde voraussetzen, daß der Landtag über eine Million Schilling hinlegen müßte, um die neuen Internatsplätze, um die neuen Klassenräume, um das nötige Personal bereitzustellen zu können. Dort liegen die großen Schwierigkeiten. Wir wissen, daß es in gewissen Betriebsparten zu einer einseitigen Ausbildung kommt. Auf der anderen Seite schreit man nach der Spezialisierung der gewerblichen Wirtschaft. Die Spezialisierung bringt natürlich zu den wirtschaftlichen Vorteilen ausbildungsmäßig gewisse Nachteile. Deswegen suchen wir Wege zur zwischenbetrieblichen und überbetrieblichen Zusatzausbildung. Hier bin ich immer sehr gerne für jedermann gesprächsbereit gewesen. Sehr gerne nehme ich Anregungen entgegen, und ich bin froh, wenn einer mit einer neuen Idee kommt, die man durchdiskutiert. Ich bin glücklich, wenn sich aus einer neuen Idee ein neuer Weg herauskristallisiert. Hier biete ich — zusammen mit dem ganzen Referat — die Zusammenarbeit an. Ich möchte herzlich Dank sagen, Dank sagen den Damen und Herren im Berufsschulbeirat. Wir werden uns im Jänner mit der neuen Aufgabe eingehendst befassen, weil hier Neuentwicklungen von uns zur Kenntnis genommen und von uns vorangetrieben werden müssen.

Ich danke hier der Rechtsabteilung 13, dem Berufsschulreferat mit seinen Beamten, mit dem Herrn Hofrat Dr. Klauer, ich danke der Hochbauabteilung IV a, Herrn Landesrat Dr. Krainer und Hofrat Pammer für ihre Unterstützung, die wir immer brauchen, um unser großes Bauvorhaben weiter vorantreiben zu können. Aber ich danke doch wohl auch recht herzlich den Betrieben und den Betriebsinhabern. Wenn da und dort der Einwurf getan wird, der Lehrling sei ein Geschäft, geht es mir kalt über den Rücken hinunter: Das sind junge Menschen, und wir sind froh, wenn sie da und dort echt produktiv arbeiten, das schadet den Jungen nichts, wenn sie das erlernen und lernen, daß man mit der Hände Fleiß sich etwas erarbeiten kann, um das Sozial-

prestige zu heben. Das haben wir versucht. Wir haben an das Unterrichtsministerium vor zwei Jahren den ausgefeilten Vorschlag der sogenannten Gewerbeakademie gerichtet. Auf Beamtenebene ist sieben Monate verhandelt worden und dann wurde der Vorschlag abgelehnt. Dann hat man im Unterrichtsministerium voriges Jahr auf einmal gehört, daß das ein Gedanke wäre, allerdings hat man ihn ein bißchen umformuliert. Vielleicht ist der Vorschlag zunächst nur deswegen nicht zur Kenntnis genommen worden, weil er aus der Steiermark kam. Das täte mir leid. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das sind überhaupt steirische Methoden!“ — Abg. Gratsch: „Hätten Sie vor sechs Jahren geschrien!“) Das wollten wir. Wir wollten den jungen Menschen mit unserem Gedanken den weiteren Weg in den zweiten und dritten Bildungsgang freimachen. Wir haben den Vorschlag nicht ad acta gelegt. Der Vorschlag ist zur Gänze, von den Lehrplänen begonnen bis zur Finanzierung, fertig. Wir können jederzeit wieder darauf zurückgreifen. Ich hoffe — wir haben ja endlich wieder eine wahllose Zeit, ich habe dies bei einem Referat schon kurz angedeutet —, daß man wieder mehr bereit ist, den fachlichen Dingen mehr Augenmerk zuzuwenden als in Wahlperioden. Vielleicht können wir diese Idee realisieren, weil wir damit das Sozialprestige der jungen Menschen etwas heben können; darauf kommt es auch an. Ich kann nur jedem Jungen, der heute in ein Lehrverhältnis eintritt, sagen, daß der Facharbeiter das wichtigste Glied in der Wirtschaft ist. Ich weiß, daß zuerst der Geist, die Idee, die Dinge zu steuern hat, aber man wird sie nie realisieren können, wenn man nicht einen ausgezeichneten Facharbeiterstand hat. Wir kennen die Schwierigkeiten in unserer Wirtschaft und — ich darf in der Gruppe 7 nochmals darauf zurückkommen — nicht die Grundstoffindustrie, nicht der Verkauf von Halbfabrikaten, sondern die Vermarktung, die Veredelung dieser von uns erarbeiteten Grundprodukte zu hochqualifizierten Gegenständen muß die Zielrichtung in der Wirtschaftspolitik darstellen. Dazu brauchen wir diese jungen und aufgeschlossenen Menschen. Es stimmt, wenn der eine oder andere sagt: „Was hat es für einen Sinn gehabt, daß ich diesen Beruf erlernt habe, aber meinen Lebensunterhalt finde ich in einem anderen?“ Eines kann man feststellen, wenn man zurückblickt: Eine Grundlage bleibt immer davon erhalten und bestimmt letztendlich den Werdegang des jungen Menschen. So darf ich wirklich diesen Betrieben und den Lehrherren, aber auch der Lehrerschaft danken. Es ist mit den Berufsschullehrern nicht so leicht, meine Damen und Herren; ich bin auch schon da und dort einmal angeeckt, wenn ich mir erlaubt habe, eine Kritik zu üben, aber etwas Hundertprozentiges gibt es Gott sei Dank nicht, weil die paar hundertprozentigen Steirer ja in Puntigam links, im Narrenhaus sitzen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Der Kaiser von China!“) Ist nur mehr einer dort, der Kaiser von China ist? Ich weiß es nicht, vielleicht sind es mehr. Natürlich hat es der Berufsschullehrerstand schwieriger als der Stand der Pflichtschullehrer. Als Berufsschullehrer hat man sich den Erkenntnissen und der Technologie in der Wirtschaft anzugleichen, sonst ist man fehl am Platze. Die Führung von jungen

Menschen im Alter von 15 bis 19 Jahren ist auch etwas schwieriger als in einer Taferlklasse, in der der Schüler mit dem Finger aufzeigt. Das gilt auch hier am Pult für manchen Lehrer im Hohen Haus! (Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist dem Peltzmann seine Schmähkiste, und ihr laßt euch das gefallen!“ — Abg. Koiner: „Tu nicht hetzen!“) Es ist schwieriger. Ich möchte diesen Lehrern echt danken, weil es nur ihnen möglich war, das Ziel, das wir bereits zu 86 Prozent erreicht haben, weiterzuverfolgen. In diesem Sinne darf ich Ihnen versprechen, daß wir die Mittel, die Sie hier in diesem Budget mitbeschließen, voll im Auftrage des Landes, im Auftrage der Wirtschaft, zum Nutzen der Menschen in der Wirtschaft verwenden werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Das Wort erteile ich dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart.

Landeshauptmannstellvertreter Wegart: Verehrte Damen und Herren!

Durch die Umstellung im Landesvoranschlag 1976 ist die Sportförderung von der Gruppe 5 in die Gruppe 2 gerutscht. Das ist der Grund, warum wir jetzt bereits Gelegenheit haben, uns in der Diskussion mit den Sportfragen zu beschäftigen.

Ich habe sehr aufmerksam den einzelnen Redner zugehört, die sich mit Sportfragen im Lande auseinandergesetzt haben und Anregungen gegeben haben, aber auch denen, die Forderungen angemeldet haben. Wer dabei war, als wir in der Regierung das Budget behandelt haben, dem konnte es zumindest nicht entgangen sein, daß wir vor allem um eine Ausgewogenheit bei jenen Fragen gerungen haben, in denen noch der freie Ermessensspielraum zur Verfügung stand. Der Ermessensspielraum des Landesvoranschlages ist nicht größer, sondern er ist kleiner geworden. Er ist zuletzt nicht auch deshalb kleiner geworden, weil die gesetzlichen Verpflichtungen um ein wesentliches angestiegen sind. Es ist das eine Tendenz, der alle im öffentlichen Haushalt unterliegen, und auch wir stehen vor derselben Situation. Ich kann mich nicht damit identifizieren und sagen, es ist im Sport zu wenig an Mitteln angesetzt worden, ich kann nur sagen, wir haben jene Möglichkeiten gewählt, die uns bei der Erstellung des Voranschlages zur Verfügung gestanden sind. Wir haben immerhin im Landesvoranschlag 1976 im ordentlichen Haushalt rund 22,5 Millionen Schilling und im außerordentlichen Haushalt rund 22,8 Millionen Schilling, das heißt, es stehen uns für die Sportförderung 1976 allein 45,5 Millionen Schilling zur Verfügung. Das ist ein ansehnlicher Betrag.

Wenn ich bei dieser Gelegenheit zu einigen Grundsätzen ein Wort sage, die von der Förderung aus beachtet werden, dann will ich Sie nicht damit langweilen, welche Veranstaltungen es gab, was auf dem Gebiet im Jahre 1975 geschehen ist, was uns 1976 in das Haus steht, ich möchte lediglich in der Sportförderung von einem ausgehen, um es in aller Kürze zu sagen: Der Schwerpunkt Nr. 1 in der Förderungspolitik sind die Investitionen bei den Anlagen und bei der Ausrüstung. Das ist, würde ich sagen, die Basis für die Förderungspolitik.

Nun zu den Anlagen, zu einem Problem, meine Damen und Herren, das für mich der Grund meiner Wortmeldung ist. Es geht um den Hallenbadbau. Die Medien haben sich in den letzten Wochen und Monaten mit einigen solchen Anlagen sehr ausgiebig beschäftigt. Ob es der Hallenbadbau in Graz-Eggenberg oder der Hallenbadbau in Feldbach ist, so möchte ich grundsätzlich zu diesem Hallenbadbau etwas vermerken: Nicht die Frage der Investitionskosten ist es, die uns bewegt, das läßt sich in der Regel, wenn auch auf einen längeren Zeitraum, verkraften. Aber, meine Damen und Herren, es steht außer Frage, daß solche Projekte in ihrer Betriebskostenrechnung für denjenigen, der sie baut — das ist in der Regel die öffentliche Hand — langsam unerschwinglich werden. Ich muß von dieser Warte aus sagen, ich halte es für nicht mehr verantwortbar, daß einfach Anlagen gebaut werden, ohne daß man sich gewissenhaft und kritisch an die Rentabilitätsrechnung heranmacht. Heute kostet die Betriebsstunde in einem Hallenbad, wenn es ein Normalbecken mit 25 Metern ist, mit allem was dazugehört, zwischen 500 und 600 Schilling. Dazu kommt, daß wir unter 3000 Betriebsstunden im Jahr nicht fahren können, die obere Grenze liegt bei etwa 5000 Betriebsstunden, und Sie können sich jetzt ausrechnen, wenn ich einen Mittelwert von 4000 Betriebsstunden nehme, bei Kosten von 500 Schilling pro Betriebsstunde, dann kostet eine solche Anlage allein im Betrieb im Jahr 2 Millionen Schilling. Aber niemand ist in der Lage, auch die Eintrittsgebühren in der gleichen Größenordnung aufzutreiben. Das geht nicht und es stellt sich zu unserer Bestürzung heraus, daß die einheimische Bevölkerung diese Anlage kaum zu 3 bis 4 Prozent benützt. (Abg. Brandl: „Das ist richtig, jawohl!“) Die übrigen schreien zwar nach einem Hallenbad, aber wenn es darauf ankommt, es zu benützen, dann meiden sie es. Dann können wir es eigentlich nur mehr über den Fremdenverkehr steuern. Ich darf Ihnen zum Beispiel zum Hallenbadbau in Feldbach sagen, daß ich es den Stadtvätern, gleichgültig welcher Couleur, nicht übel nehme, daß sie es gemacht haben, übel nehme ich ihnen nur eines, daß sie die Rentabilitätsrechnung erst zu dem Zeitpunkt angestellt haben, als der Rohbau dagestanden ist. (Abg. Laurich: „In Ramsau war es ähnlich!“) In der Ramsau hat es nicht die öffentliche Hand gebaut, sondern da haben es zwei Private gebaut (Abg. Brandl: „Und das Land hat dann helfen müssen!“), denen ich jahrelang gesagt habe: „Lassen Sie die Finger davon.“ Sie waren nicht bereit, die Finger davon zu lassen und dann war es, daß praktisch dann die öffentliche Hand einsteigen und das Hallenbad übernehmen mußte. Aber eines darf ich Ihnen auch bei der Gelegenheit sagen, ich bin Ihnen dankbar für diesen Zwischenruf, er belebt. Ich darf Ihnen/sagen, niemand in dem Lande wird je einmal so billig zu einem Hallenbad kommen, wie die Gemeinde Ramsau, denn sie hat erstens einmal das ganze Know-how, das die beiden Herren Pilz und Knaus mit viel Mühe auf sich genommen haben, eingheimst. Wir haben ihnen mit Hilfe des Finanzreferenten auch die Landeshaftung abgelöst, in dem wir sie ihnen in bar auf den Tisch gelegt haben. Heute ist dieses Hallenbad von der Ramsau nicht

wegzudenken, denn dort will ich hinaus. In einer Fremdenverkehrsgemeinde, die sich nahezu an der Millionengrenze von Übernachtungen bewegt und in der der Sommer und vor allem der Winterfremdenverkehr eine so dominierende Rolle spielt, können wir auf ein Hallenbad nicht verzichten. Sie werden wissen, daß wir von derselben Voraussetzung auch in der Stadt Schladming ausgegangen sind, und ich bekenne mich dazu, weil ich der Meinung war, daß Schladming einfach in seiner Entwicklung in der Dachstein-Tauern-Region auf eine solche Anlage nicht verzichten kann. Sie wollen etwas sagen, ich bitte Sie. (Abg. Laurich: „Wir sind von der Rentabilitätsberechnung ausgegangen und da habe ich die Parallele zwischen Feldbach und Ramsau gezogen. Sie haben sich dort und da verkalkuliert!“) Die Stadt Feldbach hat etwa 6000 Übernachtungen pro Jahr. Dort spielt der Fremdenverkehr von der Situation, wie wir ihn beurteilen, überhaupt keine Rolle. Wenn die Stadtväter von Feldbach bei mir gewesen wären, bevor sie das Projekt angegangen wären, da können Sie sicher sein, da hätte ich ihnen etwas gesagt. Und das sehr deutlich. Ich habe es jetzt öfters sagen müssen, weil ich der Meinung bin, das kann man nur mit dem Wort Skandal umschreiben. Ich kann es anders nicht, denn so einfach ist es ja nicht, daß man so wenig Respekt vor den Steuergeldern zeigt, daß man einfach sagt, das ist ganz egal, irgendwer wird sich finden. Jetzt haben sie dort eine Freizeitanlage geplant und das Hallenbad kostet, vorsichtig gerechnet, 38 Millionen Schilling. Das haben wir schon zurückgeschraubt. Die Freizeitanlage verschwindet jetzt, weil sie nicht zu verkraften ist. Jetzt stellt sich heraus, wenn das fertig ist, dann kommen noch die laufenden Ausgaben für die Benützung des Bades dazu. Ich bin mir nicht im klaren, wie Feldbach das verkraften wird. Denn ohne die Hilfe des Landes ist es nicht möglich, ohne die Hilfe des Bundes ist es nicht möglich, aber dann ist das Problem deshalb noch immer nicht gelöst, weil wir auf der anderen Seite davon ausgegangen sind, daß das Einzugsgebiet, wenn nicht die Übernachtungsziffern korrespondieren, für ein Hallenbad wenigstens 30.000 Einwohner umfassen soll. Wenn es überhaupt bei dieser Zahl möglich ist. Ich kann Ihnen nur aus der Erfahrung sagen, daß auch diese Ziffer nicht mehr hält. Sie hält einfach nicht mehr, weil die Leute zwar nach einer solchen Anlage schreien, wenn es aber darauf ankommt, sie auch zu benützen, dann geschieht das nicht und deshalb appelliere ich auch gerade von dieser Stelle aus, in dieser Frage sich jene Zurückhaltung aufzuerlegen, die auch im Hinblick auf die Entwicklung des Budgets von statten geht.

Meine Damen und Herren, es ist ja kein Geheimnis, daß wir sagen müssen, es wird nicht mehr und wenn es mehr wird, werden wir uns damit auch nicht mehr leisten können, weil wir ja auch Inflationsraten und ähnliches zu berücksichtigen haben. Das ist doch die Wahrheit. Wenn daher heute eine bestimmte Irensiade angestimmt wurde, ja, was es da alles an Anlagen gibt und daß sie teuer sind und daß man Mieten und ähnliches verlangt, da muß ich auch sagen, man wird sich — das hört niemand gerne, aber man muß es sagen — nach der Decke